

Nachmittagssitzung vom 30. September 1968

Séance du 30 septembre 1968, après-midi

Vorsitz – Présidence: Herr *Conzett*

**9893. Polytechnische Schule der  
Universität Lausanne.  
Übernahme durch den Bund  
Ecole polytechnique de l'Université de  
Lausanne. Transfert à la Confédération**

Botschaft, Gesetz- und Beschlussentwurf vom 4. März 1968  
(BBI I, 699)  
Message, projet de loi et d'arrêté du 4 mars 1968 (FF I, 728)

Beschluss des Ständerates vom 18. Juni 1968  
Décision du Conseil des Etats du 18 juin 1968

**9831. Motion Eisenring.  
Reorganisation der Eidgenössischen  
Technischen Hochschule  
Réorganisation de l'École polytechnique  
fédérale**

Text der Motion siehe Seite 552 hiernach  
Texte de la motion voir page 552 ci-après

**9994. Interpellation Wartmann.  
Weiterer Ausbau der Eidgenössischen  
Technischen Hochschule  
Développement ultérieur de l'École  
polytechnique fédérale de Zurich**

Text der Interpellation siehe Seite 553 hiernach  
Texte de l'interpellation voir page 553 ci-après

**Antrag der Kommission**

Eintreten.

**Proposition de la commission**

Passer à la discussion des articles.

*Berichterstattung – Rapports généraux*

**Berger-Zürich**, Berichterstatter: Die Kommission des Nationalrates, die mit der Beratung der Botschaft betreffend die Übernahme der Polytechnischen Schule der Universität Lausanne durch den Bund beauftragt war und in deren Auftrag ich Ihnen berichte, tagte am 3./4. September 1968 in Lausanne. Sie besichtigte zuerst das Baugelände, auf welchem die Bauten für die vorgesehene «Cité universitaire» in Dorigny erstellt werden sollen, und anschliessend die gegenwärtigen Gebäude der Polytechnischen Schule in Lausanne.

Der Ihnen mit Botschaft vom 4. März 1968 unterbreitete Bundesbeschluss sieht die Verlegung der EPUL nach Dorigny vor. Für den vorgesehenen Landerwerb in Dorigny, Gemeinde Ecublens, ist ein Objektkredit von 3,7 Millionen Franken erforderlich.

Nachdem durch die gleiche Botschaft ebenfalls ein Entwurf zu einem Bundesgesetz über die eidgenössischen

Technischen Hochschulen zur Diskussion gestellt wird, möchte ich zuerst über die Übernahme der Polytechnischen Schule der Universität Lausanne durch die Eidgenossenschaft berichten und behalte mir vor, auf den Gesetzesentwurf über die eidgenössischen Polytechnischen Schulen zurückzukommen, wenn Sie dem Beschluss auf Übernahme der EPUL durch den Bund zugestimmt haben.

Schon anlässlich der Feier des 50jährigen Bestehens der Schule, im Jahre 1903, befasste sich deren Leiter mit dem künftigen Status der Institution und äusserte sich damals wie folgt:

«Trotz den schwierigen Aufnahmebedingungen erhöhte sich – entsprechend der industriellen Entwicklung – die Zahl der Ingenieurschüler sehr rasch; in zunehmendem Masse empfindet man die Schwierigkeiten, die sich aus der Überfüllung der Vorlesungen und der praktischen Übungen ergeben. Deshalb kann man sich fragen, ob die Polytechnische Schule in Zürich weiterhin die einzige höhere Lehranstalt des Bundes bleiben soll oder ob es nicht am Platze wäre, im allgemeinen Interesse des Landes in absehbarer Zukunft die Schaffung einer zweiten Technischen Hochschule in Aussicht zu nehmen.»

Vor mehr als 60 Jahren wurde damit bereits ein Problem aufgeworfen, das nun heute eine Lösung erfordert.

Die EPUL umfasst heute eine Ingenieur- und eine Architektenschule. Die erstere gliedert sich in die folgenden sechs Abteilungen: Bauingenieurwesen, Maschineningenieurwesen, Elektrotechnik, Physik, Chemie, Kulturingenieur- und Vermessungswesen. Die Ingenieurschule verfügt über neunzehn Laboratorien und Institute, welche die theoretische Weiterbildung ermöglichen und auf Bestellung ebenfalls Forschungsaufträge für die Industrie ausführen.

Entsprechend ihrem französischen Vorbild kennt die EPUL die Einrichtung von Semesterprüfungen. Daneben bestehen in allen Abteilungen zwei Vordiplomprüfungen und eine Schlussdiplomprüfung. Als Zulassungsbedingung zur Schlussdiplomprüfung wird nur für die Studierenden der Architektur ein obligatorisches Praktikum verlangt.

Bei aller Übereinstimmung in den Ausbildungszielen bestehen zwischen der EPUL und der ETH in der Regelung der Studien grössere Unterschiede. Die Normalstudienpläne weichen heute zum Teil erheblich voneinander ab. Insbesondere ist die Zahl der obligatorischen Wochenstunden an der EPUL bedeutend grösser. Die ETH kennt andererseits keine Semesterprüfungen, verlangt jedoch wiederum in bedeutend grösserem Umfang ein Praktikum als Bedingung für die Zulassung zu den Schlussdiplomprüfungen.

Noch vor zehn Jahren zählte man an der EPUL in Lausanne lediglich 755 Studierende. Die gegenwärtig grosse Zahl von fremden Studenten erklärt sich ganz besonders durch die Tatsache, dass es im Vergleich mit der Lage in den deutschsprachigen Gebieten nur wenig technische Hochschulen französischer Zunge gibt. Bei den letzteren macht sich ausserdem auch ein starker Andrang von Angehörigen aus Entwicklungsländern bemerkbar, die vordem französischer Kolonialbesitz waren. Unzweifelhaft drängt es sich auf, die Zahl der ausländischen Studierenden an der EPUL etwas zu beschränken. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass ausländische Absolventen unserer Hochschulen sehr häufig als Freunde und damit als ausgezeichnete Botschafter unseres Landes in ihre Heimat zurückkehren.

Mit zirka 1200 Studenten hat heute die EPUL die Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit erreicht. Nach den durchgeführten Bedarfsschätzungen sollten die beiden Hochschulen in einer nicht allzu fernen Zeit 14 000 bis 16 000 Studierende (einschliesslich Studierende in der Nachdiplom-

ausbildung) aufnehmen können. Diese Zahlen liegen in den Grenzen der vorgenommenen Studien und entsprechen jenen, die im Bericht der Kommission Labhardt enthalten sind. Da mit dem Ausbau der ETH angestrebt wird, deren Aufnahmekapazität auf zirka 10 000 Studierende (wiederum inklusive Studierende in der Nachdiplomausbildung) zu erhöhen, bedeutet dies, dass ebenfalls die Erweiterung der EPUL unumgänglich ist. Diese sollte unmittelbar so erweitert werden, dass ihr die Aufnahme von wenigstens 2000 Studierenden möglich wird. Gleichzeitig wäre aber dafür zu sorgen, dass sich später ein Ausbau bis auf 6000 Studienplätze verwirklichen liesse.

Bis heute durchgeführte Studien ergeben, dass sich das Gelände der EPUL für die vorgesehene Erweiterung als viel zu knapp erweist und dass, auf die Dauer gesehen, die einzig zweckmässige Lösung in der sukzessiven Verlegung der ganzen Schule nach Dorigny besteht. Dorigny ist zirka 5 km vom Zentrum der Stadt Lausanne entfernt und liegt Richtung Genf. Es ist ein prächtiger, sehr gut gelegener, sonniger Ort, der für die Errichtung eines Universitätszentrums besonders geeignet ist.

Der Unterhalt einer Polytechnischen Schule, zusätzlich zu einer vollentwickelten Universität, geht heute über die finanziellen Möglichkeiten des Kantons Waadt hinaus. Will man aber den wissenschaftlichen Nachwuchs in den technischen Fächern gewährleisten, von welchem unsere Volkswirtschaft abhängt, so ist es notwendig, dass hier der Bund mithilft.

Die Frage einer Bundeshilfe ist auch in zwei Interpellationen der Nationalräte Sollberger und Bühler am 2. Oktober 1958 und 29. April 1959 aufgeworfen worden. Ein zusätzliches Gesuch um einen Beitrag des Bundes führte zur Botschaft des Bundesrates vom 24. Januar 1961 und stützte sich vor allem auf das vom Kanton Waadt ausgearbeitete Erweiterungsprojekt mit einem Kostenaufwand von zirka 11,1 Millionen Franken. Durch Bundesbeschluss vom 9. März 1961 wurde daran ein einziger Beitrag in der Höhe eines Drittels durch die eidgenössischen Räte gewährt.

Sodann war es beim Aufstellen der sogenannten Übergangsordnung der Hochschulförderung durch den Bund unumgänglich, den Umstand zu berücksichtigen, dass die Führung einer Technischen Hochschule den Kanton Waadt ausserordentlich belastet. Die Lösung wurde in der Zuerkennung einer Sonderhilfe für die technischen Wissenschaften der Universität Lausanne gefunden. Ich darf in diesem Zusammenhang an den Bundesbeschluss vom 16. Juni 1966 über die vorläufige Regelung von Beiträgen an die Ausgaben der Kantone für die Hochschulen erinnern.

Notwendigerweise stellte sich die Frage der Behandlung der EPUL erneut bei der Einführung der definitiven Ordnung über die Bundeshilfe an die kantonalen Universitäten, welche – wie Sie wissen – bis heute noch keine definitive Lösung in den Räten gefunden hat. Zum Antrag betreffend die Übernahme dieser Schule durch den Bund muss erwähnt werden, dass derselbe in Zukunft keine weiteren Beiträge zugunsten der EPUL mehr vorsieht.

In seinen Darlegungen vom 26. April 1966 erklärte der Wissenschaftsrat, dass eine Hilfe des Bundes an die EPUL unbedingt gewährt werden sollte, dass aber die Übernahme dieser Schule durch den Bund die weitaus vorteilhaftere Lösung wäre. Der Schweizerische Schulrat, dem die Eingabe des Kantons Waadt ohne Verzug bereits am 10. April 1967 zur Stellungnahme zugeleitet wurde, kommt in seinen Schlussfolgerungen zur Auffassung, dass schon der gegenwärtige Betrieb, erst recht aber die unumgängliche apparative und bauliche Erweiterung der EPUL, nicht mehr allein

Sache des Kantons Waadt sein könne, weshalb hier ein Sonderfall vorliege, der nach speziellen Massnahmen rufe, so dass die Übernahme der EPUL durch den Bund günstiger wäre als die Entrichtung von sich wiederholenden Subventionen. Die Periode des Überganges der provisorischen in eine solche ständiger Hilfe wäre angebracht, um diese Verlegung ohne weiteres vorzunehmen.

Sodann entwarf der Schulrat die hochschulpolitischen Richtlinien, die für den Fall der Übernahme der EPUL massgebend sein sollten. Sie lauten:

ETH und EPUL sollten als Bundeshochschulen gleichwertige Absolventen ausbilden, deren Diplome in der Schweiz und im Ausland ohne Unterschied anerkannt würden;

ETH und EPUL sollten bezüglich ihrer Schul- und Unterrichtssysteme eigenständig bleiben; das heisst letztere hätte sich nicht dem Schulsystem der ETH anzupassen;

ETH und EPUL dürfen als Bundeshochschulen nicht nach einer sprachlichen Ausscheidung betrieben werden. Es ist mehr darauf zu achten, dass welsch- und deutschschweizerische Elemente im Lehrkörper wie bei den Studierenden an beiden Hochschulen stark vertreten sein werden;

ETH und EPUL als Bundeshochschulen sind in Unterricht und Forschung so weitgehend als möglich zu koordinieren, was eine gemeinsame Oberleitung und gute Zusammenarbeit voraussetzt.

Im weiteren enthielt der Bericht des Schulrates eine Reihe von Erwägungen, welche die finanzielle, die personal- und anstaltsrechtliche sowie die organisatorische Seite einer Übernahme und das dabei zu befolgende Verfahren zum Gegenstand haben.

Der Staatsrat des Kantons Waadt ist der Meinung, dass die Übernahme der EPUL durch den Bund angebracht ist, da sie keinen rein waadtländischen, ja nicht einmal westschweizerischen Charakter aufweist, sondern eher eine wohl nationale Aufgabe erfüllt. Gestützt auf diesen Sachverhalt und die ihn bedrückenden Lasten unterbreitete er dem Bundesrat den Antrag, die EPUL in eine zweite Eidgenössische Polytechnische Schule umzuwandeln.

Unter Berücksichtigung der bereits erwähnten Stellungnahmen wurden die Verhandlungen mit dem Kanton Waadt unter der Leitung des Vorstehers des Departements des Innern eingeleitet. Sie führten zu einem vollen Einvernehmen, sowohl über den Wortlaut der uns nunmehr unterbreiteten Vereinbarung zwischen der Eidgenossenschaft und dem Kanton Waadt betreffend die Übernahme der EPUL als auch über den ebenfalls der Botschaft beigegebenen Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen.

Angesichts dieser Situation erweist sich die Tatsache, dass die Schweiz in der EPUL eine zweite vollwertige Hochschule erhält, als grosser Vorteil. Sie ergänzt einerseits die Schule in Zürich und entlastet andererseits das Eidgenössische Polytechnikum in Lausanne. Diese Rolle wird sich in Zukunft bestimmt vertiefen; es genügt jedoch nicht, nur Erweiterungen durchzuführen. Die Gleichwertigkeit der Ausbildungswege – obwohl verschieden –, die jedoch zur Gleichwertigkeit der Studiendiplome führen, muss gesichert werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Umwandlung der EPUL in eine Eidgenössische Polytechnische Schule die beste aller Garantien.

Um den Unterricht von neuen Fächern einzuführen und neue Lehrstühle zu schaffen, muss sorgfältig geprüft werden, was als geeignet erscheint, um die Zusammenarbeit zwischen den beiden Schulen zu fördern. Als erste Voraus-

setzung müssen die Anforderungen der Koordination geprüft werden; besonders in der Organisation des Unterrichts für Studierende in der Nachdiplomausbildung, sei es unter fortgeschrittener Studienform (Forschung oder Dokortitel) oder unter Kursform. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die vereinigte Führung von zwei technischen Lehr- und Forschungsanstalten auf Hochschulstufe es dem Bund ermöglichen wird, eine zeitgemässe hochschulpolitische Gesamtkonzeption der Pflege der technischen Wissenschaften in die Tat umzusetzen.

Vom finanziellen Standpunkt aus rechnet man nach den durchgeführten Schätzungen für 1969 mit 13 Millionen Franken Bruttobetriebskosten, die jedoch progressiv bis 1974 sukzessive auf 23 Millionen Franken anwachsen dürften. Diesen Aufwendungen stehen Einnahmen aus Gebühren, Taxen und Studiengeldern gegenüber, die auf etwa 1,8 Millionen Franken im Jahre 1969 geschätzt werden können und bis 1974 einen Anstieg auf etwa 2,3 Millionen Franken voraussehen lassen.

Die Investitionen betragen gesamthaft zirka 200 Millionen Franken, was mit Rücksicht auf ein achtjähriges Programm eine jährliche Belastung von zirka 25 Millionen Franken für den Bund ausmachen würde.

Im übrigen hat der Bund einmalige Beiträge zu übernehmen. Darunter fällt die Abfindung von 11,5 Millionen Franken gemäss Vereinbarung mit dem Kanton Waadt und zirka 3,7 Millionen Franken für den Rückkauf der Liegenschaft in Dorigny, wobei 2,4 Millionen Franken mit der Forderung aus dem damals vereinbarten, bisher gestundeten Verkaufspreis verrechnet werden können.

Die Übernahme der EPUL durch den Bund verursacht eine ins Gewicht fallende Belastung für unsere Finanzordnung, und zwar in einem Moment, in welchem man kaum voraussehen kann, wie die Kosten gedeckt werden sollen. Immerhin besteht zwischen diesem Übernahmeprojekt und dem Gesetz zur Hochschulförderung ein sehr enges Verhältnis. Wir müssen diesen Schritt tun, wenn wir im internationalen Wettbewerb der technisch und bildungsmässig fortgeschrittenen Völker bestehen wollen.

Der zur Diskussion stehende einmalige Beitrag von 11,5 Millionen Franken stellt 50% der Summe der nicht amortisierten Investitionen des Kantons Waadt für die Entwicklung der EPUL in den letzten zehn Jahren dar. Sobald die EPUL voll nach Dorigny verlegt sein wird, wird die gegenwärtige Liegenschaft «Les Cèdres» später dem Kanton Waadt gegen Rückzahlung dieses Betrages abgetreten.

Der Bundesrat beabsichtigt nun, die EPUL so rasch wie möglich zu entwickeln, damit in nicht allzu ferner Zeit 2000 Studenten Aufnahme finden können. Dies setzt allerdings die progressive Verlegung der Schule nach Dorigny voraus, die im letzten Ausbau zirka 6000 Studierenden Platz bieten soll.

In der Zone von 56 ha, die für die EPUL in Dorigny vorgesehen ist, befindet sich noch ein Grundstück, das der Stadt Lausanne gehört und gemeinsam mit dem Bund 1942 für den Bau eines Flugplatzes in Ecublens gekauft wurde. Da dieses Projekt aufgegeben wurde, kaufte die Stadt Lausanne dem Bund 1960 einen Teil ab. Unter Berücksichtigung der bei diesem Kaufvertrag eingegangenen Bedingungen für einen Wiederverkauf geschieht der für die EPUL notwendige Rückkauf zu den Preisbedingungen von 1942, was besagt, dass sowohl die Stadt Lausanne wie die Eidgenossenschaft auf einen eventuellen Gewinn aus dem Mehrwert verzichtet wird. Um diesen Rückkauf vornehmen zu können, beantragt der Bund die Eröffnung eines Objektkredits von 3,7 Millionen Franken, wovon – wie erwähnt –

2,4 Millionen durch Verrechnung mit dem gestundeten Kaufpreis getilgt werden können.

Das ständige Personal der EPUL wird, gestützt auf den gefassten Beschluss, zu den gleichen Bedingungen durch den Bund übernommen. Es wird in Zukunft den gültigen Vorschriften des Bundespersonals unterstellt. Die Mitglieder des Unterrichtspersonals der EPUL werden grundsätzlich gleich behandelt wie jene der ETH. Das Personal ist verpflichtet, der Eidgenössischen Versicherungskasse beizutreten. Die Pensionskasse des Kantons Waadt wird das Deckungskapital für die Aufnahme entrichten.

Verwaltungsmässig tritt nun an die Stelle eines Präsidenten eine dreiköpfige Führungsspitze, was die Verantwortung breiter verankert. Trotz der Einsetzung eines Vizepräsidenten in Zürich bleibt das Rektorat aufrechterhalten; was jedoch nicht bedeuten soll, dass auch die EPUL einen Rektor erhalten muss. In den Aufgabenbereich des Hochschulrates fallen die Koordination und Aufsicht der beiden Schulen. Ihm gehören die zwei vollamtlichen Vizepräsidenten und sechs weitere Mitglieder an. Die beiden Vizepräsidenten werden je mit der Leitung und Verwaltung einer Schule beauftragt.

In der Eintretensdebatte unserer Kommission ist ganz besonders hervorgehoben worden, dass sich der Transfer der Studenten von einer Schule zur anderen ohne Nachteile vollziehen sollte und den Studenten daraus keine Nachteile erwachsen dürfen, dass das Ingenieurstudium gefördert werden müsse und die gemeinsamen Aufgaben beider Schulen nach Möglichkeit koordiniert werden sollten. Sämtliche Fragen wurden zufriedenstellend beantwortet.

Die Übernahme der EPUL durch den Bund stellt eine neue Etappe unserer Universitätspolitik dar und entspricht der neuen, vom Schweizerischen Wissenschaftsrat ausgearbeiteten Konzeption. Ein gewisses System von Freizügigkeit ist für die Studenten in der Vorlage enthalten, da die beiden Schulen von nun an gleichgestellt werden.

Der durch Delegationen des Bundes und des Kantons Waadt abgeschlossenen Vereinbarung ist vom Waadtländischen Staatsrat am 2. Februar 1968, vom Grossrat am 7. Mai und vom Bundesrat am 4. März 1968 zugestimmt worden.

Die Übernahme der EPUL durch den Bund, aber auch die Inkraftsetzung der Vereinbarung ist auf den 1. Januar 1969 vorgesehen. Für die Wahl dieses Datums spricht namentlich die Tatsache, dass am gleichen Tag das Hochschulförderungsgesetz in Kraft treten soll. Da dieses Gesetz – im Gegensatz zur derzeitigen Übergangsregelung der Hochschulförderung – keine Bestimmungen enthält, die der besonderen Belastung des Kantons Waadt durch die EPUL Rechnung tragen, wäre er in einer Weise benachteiligt, die als nicht tragbar erscheint. Die Übernahme der EPUL ist deshalb mit der Inkraftsetzung des Hochschulförderungsgesetzes zu koordinieren.

Nachdem alle Aspekte des Problems geprüft worden sind und die aufgeworfenen Fragen zufriedenstellend beantwortet werden konnten, beantrage ich im Namen der einstimmigen Kommission Eintreten auf die Vorlage und Genehmigung des Entwurfes zu einem Bundesbeschluss.

**M. Kohler, rapporteur:** Le projet qui nous est soumis vise deux objectifs précis: la convention entre la Confédération et l'Etat de Vaud au sujet du transfert de l'Ecole polytechnique de Lausanne, d'une part, et la loi fédérale sur les Ecoles polytechniques, d'autre part.

Constatons d'abord que l'une et l'autre propositions correspondent à la conception du Conseil fédéral et de l'Organe suisse de coordination en matière de politique uni-

versitaire. Elles s'appuient également sur les conclusions du Conseil suisse de la science et les adaptations nouvelles de nos universités.

On sait que cette politique vise à plus ou moins brève échéance une augmentation considérable des candidats aux études universitaires, afin qu'ils atteignent le 3½ % des activités du pays au lieu du 2½ % comme c'est aujourd'hui le cas.

Lorsque le Polytechnicum de Zurich disposera de tous les potentiels locaux et équipements en voie de réalisation, son effectif, qui est actuellement de 6000 étudiants, passera à 10 000 étudiants, ceux du troisième cycle compris, c'est-à-dire à un nombre encore nettement insuffisant.

Mais on ne saurait, pour des raisons d'ordre pédagogique, fonctionnel et humanitaire facilement compréhensibles, aller au gigantisme; la limite de 10 000 étudiants pour l'Ecole polytechnique de Zurich semble donc raisonnable.

C'est ainsi que les contingents supplémentaires, dirigés selon les branches enseignées, seront pris à charge par l'EPUL. Lorsque les bâtiments prévus à Dorigny seront terminés, l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne sera à même de recevoir 6000 étudiants. Autrement dit, à vues humaines, les besoins du pays seront couverts.

Dans une première étape, on envisage de porter à 2000 le nombre des étudiants de l'EPUL, qui est actuellement de 1200, cela dans un contexte économique rationnel. La première vague de 800 nouveaux candidats au diplôme sera recrutée parmi les ressortissants suisses.

Le projet de loi abroge les dispositions transitoires actuelles, mettant un terme aux subventions extraordinaires consenties par la Confédération à l'Etat de Vaud pour l'EPUL.

La coordination intensifiée à l'avenir entre nos deux hautes Ecoles polytechniques fédérales et que ne stipule pas expressément la nouvelle loi fédérale sur l'aide aux universités sera assumée par le Conseil des Ecoles polytechniques fédérales, nouvel organisme qui assurera également la liaison avec la Conférence suisse des universités. Les décisions relatives à l'introduction de nouvelles disciplines d'enseignement seront prises en fonction d'une collaboration étroite et d'une judicieuse répartition des tâches respectives. Elles seront débattues non seulement dans le cadre des deux Ecoles polytechniques fédérales, mais encore avec les autres universités suisses, à telle enseigne que la coordination soit à la fois judicieuse et harmonieuse.

L'équivalence des exigences et des examens, sans porter pièce au génie propre des deux institutions, facilitera les libres passages des étudiants d'une école à l'autre. Les tractations qui ont abouti au projet qui nous est soumis, ont été introduites par le canton de Vaud, les charges de deux universités à vocation nationale dépassant largement ses possibilités financières. C'est ainsi qu'on se mit d'accord non seulement en ce qui concerne le contrat de reprise de l'EPUL par la Confédération, mais aussi sur les prérogatives et la composition du Conseil des Ecoles, ainsi que sur la loi. En acceptant les projets tels que conçus, le canton de Vaud et la ville de Lausanne bénéficieront des mêmes avantages que le canton et la ville de Zurich, s'agissant notamment des avantages économiques d'une Ecole polytechnique, de ses collections, de certains de ses locaux, etc. La Confédération qui en reprend l'actif et le passif, entrera en possession de l'EPUL - dont le personnel jouira du même traitement que celui de la Confédération - à partir du 1<sup>er</sup> janvier prochain, c'est-à-dire au moment où les dispositions transitoires relatives à l'aide de la Confédération aux universités deviendront caduques. Eu égard aux tâches consi-

dérables de la planification, la collaboration entre les organes vaudois et confédérés est d'ores et déjà acquise. Quant aux conséquences financières, il convient de relever les sacrifices considérables consentis par l'Etat de Vaud. Le solde de la dette provoquée par l'EPUL figure encore à raison de 23 millions de francs au passif de ses comptes. La Confédération en prendra le 50 % à sa charge sous forme d'indemnité de reprise.

On sait que le terrain de Dorigny, dont notre commission a pu apprécier la superficie imposante, la situation et les avantages, était primitivement destiné à la place d'aviation d'Ecublens. Lorsque le projet fut abandonné, la Confédération en céda sa part à la ville de Lausanne au prix coûtant. Bien que la valeur du terrain eût augmenté sensiblement depuis lors, la ville de Lausanne le lui a rétrocédé aux mêmes conditions, témoignant ainsi d'un excellent esprit que nous nous plaisons à souligner.

Le coût de l'opération se présente comme il suit:

- participation à l'achat de Dorigny: 3,7 millions;
- indemnité de reprise: 11,5 millions;
- investissements urgents: 13 millions par an

dès 1969, montant qui sera porté par la suite à 25 à 30 millions par an. Il faudra donc au total 200 millions pour réaliser la première étape, qui doit permettre d'accueillir 2000 étudiants. On admet que la continuation des implantations devra se poursuivre sans interruption de manière que d'ici 25 ans, soient réalisées les constructions à même de recevoir 6000 étudiants. Le financement des travaux n'est pas encore assuré. Il devra faire l'objet de prévisions budgétaires successives.

Le sacrifice que comporte la formation de cadres supérieurs fait partie intégrante d'une défense nationale bien comprise.

Grâce à ce projet, la Confédération disposera désormais de deux Ecoles polytechniques fédérales. Elles ne feront aucune discrimination de langues et s'efforceront d'aplanir toutes les difficultés du genre, les examens devant se faire dans la langue maternelle des candidats.

Suisse romande et Suisse alémanique disposeront désormais chacune d'une Ecole polytechnique fédérale. On ne peut que saluer cette réalisation, qui procède du meilleur esprit confédéral.

A noter que le projet de loi abolit la loi de 1854 sur les hautes études techniques, dont il reprend à son compte certaines des clauses plus ou moins essentielles. Sa vocation de loi-cadre permet les adaptations nécessaires imposées par l'évolution par voie d'ordonnances et de règlements. Elle prévoit à l'article 2 les objectifs communs des deux institutions, qui poursuivront les mêmes buts avec des voies différentes et des branches d'enseignement bien déterminées.

A l'article 6, MM. Reverdin et König ont demandé son application pour les admissions des candidats diplômés des instituts techniques supérieurs. L'article 10 postule des relations de confiance avec les étudiants, relations que votre commission a approuvées tout spécialement, comme elle salue les dispositions de l'article 17 qui demande au conseil des Ecoles de prendre l'avis du corps enseignant avant toute décision importante. L'article 19 fera l'objet d'une proposition de minorité, présentée par M. König, qui tend à garantir au sein du conseil un siège au canton de Vaud et un au canton de Zurich, proposition que le rapporteur de langue française a personnellement soutenue.

La discussion qui a eu lieu au sein de votre commission a également porté sur les problèmes du recrutement des étudiants aux Ecoles polytechniques supérieures qu'a

soulevés notre collègue Bächtold et dont la solution réside, de l'avis de M. Tschudi, conseiller fédéral, dans le développement des écoles moyennes, une meilleure information et une accentuation de l'orientation.

Nous avons appris avec satisfaction que l'avis des étudiants des deux Ecoles sera requis, comme l'ont souhaité certains de nos collègues, lors de l'examen du décret d'application.

S'agissant de la conception architecturale et fonctionnelle des implantations de Dorigny, nous avons pris acte avec intérêt que les laborieuses études, fort avancées, de la section d'architecture de l'Ecole polytechnique de Lausanne seront retenues et confrontées avec les conceptions des techniciens spécialisés de la Confédération.

L'organisation de l'administration collégiale et de la surveillance des deux écoles a fait l'objet d'un examen approfondi. L'avis du Conseil fédéral a été partagé, en particulier pour ce qui concerne les postes des deux vice-présidents qui assumeront la direction respective de l'un et l'autre établissement. La coordination des deux institutions, l'intégration éventuelle de l'Ecole d'architecture de Genève – possible si tel est le bon plaisir des autorités cantonales –, la mise en garde contre tous chevauchements et doubles enseignements de certaines branches déterminées, ont particulièrement retenu l'attention de vos commissaires, que les explications de M. Tschudi, conseiller fédéral, ont convaincu. Il en est de même pour les problèmes linguistiques agités avec à propos par M. Gianella, soucieux d'épargner toutes complications de langue aux étudiants tessinois auxquels, comme aux Romands et aux Alémaniques qui fréquenteront l'école de leur deuxième langue nationale, des facilités seront accordées.

Les deux Ecoles polytechniques bénéficieront du privilège de substantiels équipements sportifs que leur envieront peut-être les autres universités. La question reste ouverte quant à une forme éventuelle de compensation en leur faveur, comme l'estime M. Reverdin.

Quant aux difficultés de se loger à des conditions raisonnables, nous avons constaté avec intérêt que la préférence des étudiants s'oriente nettement vers la périphérie de Dorigny, vers la région avoisinante et l'agglomération de Lausanne, dont les autorités municipales se déclarent favorables à des solutions acceptables, cela conjointement avec le canton et la Confédération.

Tout en nous demandant à qui revient la primeur de nos compliments – si c'est à la diligence intelligente de M. Tschudi, conseiller fédéral, et à ses services ou à la diplomatie des autorités vaudoises ou encore à la générosité lausannoise –, nous vous recommandons, pour conclure, au nom de notre commission unanime, d'entrer en matière.

**Président:** Avant d'ouvrir la discussion générale sur les deux projets, nous entendons le développement de la motion Eisenring sur la réorganisation de l'Ecole polytechnique fédérale et, ensuite, l'exposé de M. Wartmann relatif à son interpellation sur le développement ultérieur de l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich.

#### *Text der Motion Eisenring*

Die Eidgenössische Technische Hochschule ist in den letzten Jahrzehnten in aufgabenmässiger und räumlicher Hinsicht stark erweitert worden, und ein weiterer, den Zeiterfordernissen entsprechender Ausbau wird im Gange und steht noch bevor. Der Bundesrat wird in Würdigung dieser Entwicklung beauftragt, die Gesetzgebung über die ETH – insbesondere auch in bezug auf deren Organisa-

tion – zu überprüfen und sie durch eine Revision den Erfordernissen unserer Zeit sowie der Zukunft anzupassen und dem Parlament entsprechenden Antrag zu stellen.

#### *Texte de la motion Eisenring*

L'école polytechnique fédérale a, au cours des dernières décennies, connu un développement considérable tant en ce qui concerne les tâches assumées que les bâtiments et installations. Une nouvelle extension, conforme aux exigences des temps, est en voie d'exécution et devra être poursuivie. En raison de cette évolution, le Conseil fédéral est invité à revoir la législation relative à l'école polytechnique fédérale, notamment sur le plan de son organisation, et à présenter aux conseils législatifs des propositions de révision tendant à adapter cette législation aux exigences de l'heure et de l'avenir.

**Mitunterzeichner – Cosignataires:** Albrecht, Bächtold-Bern, Binder, Breitenmoser, Duss, Furgler, Gugerli, Gut, Hackhofer, (Harder), Heil, Hummler, Hürlimann, König, Korner, Kurmann, Leu, Mugny, Primborgne, Rohner, Schregenberger, Schuler, Stadler, Trottmann, Vollenweider, Wilhelm, Wyer, Zeller. (28)

**Eisenring:** Meine Motion, die vor Jahresfrist eingereicht worden ist, gehört an sich nicht zur Vorlage ETH/EPUL. Allerdings ist es gleichwohl richtig, in diesem Zusammenhang auf die Organisationsfrage der ETH und damit im Zusammenhang der EPUL einzutreten, nachdem in der Vorlage der vollamtliche Schulratspräsident und neu zwei vollamtliche Vizepräsidenten vorgesehen sind. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Artikel 19 des Beschlussentwurfes.

Die organisatorische Neuordnung der Leitung der ETH/EPUL ist mit dieser Neuierung allein allerdings wohl kaum abgeschlossen. Die vorliegende Botschaft äussert sich zu einer Reihe von wichtigen Fragen der Organisation nicht oder nur in unzulänglicher Weise. Im Rahmen der in Ausarbeitung befindlichen Verordnung – zu der wir allerdings nichts zu sagen haben werden – sind Klarstellungen unerlässlich. So ist festzulegen, wie die Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen der ETH und der EPUL künftig abgegrenzt werden. Wer ist künftig bei dieser zwar einfachen, im Kerne aber doch komplizierten Organisationsform für den Ausbau der ETH und der EPUL zuständig? Wie spielt sich im konkreten – ich sage im konkreten, nicht auf dem Papier – die Koordination im Unterrichts- und Prüfungswesen ab? Wer bearbeitet die Pflichtenhefte der Direktoren und Vorsteher der einzelnen Abteilungen und der verschiedenen Annexanstalten der ETH? Wer überwacht im konkreten den finanziellen Haushalt? Wie soll die EPUL nach einheitlichen Koordinationsgesichtspunkten EPUL/ETH geleitet werden, wenn darauf hingewiesen wird, dass der EPUL ihre Eigenart erhalten bleiben soll? Wie soll der Hochschulrat laut Artikel 19 konkret die Oberleitung, die Koordination und die Überwachung der beiden Hochschulen durchführen? Ich möchte hier konkret die Frage stellen, ob dieser Hochschulrat – auch in seiner neuen Zusammensetzung – faktisch nicht überfordert wird.

Diese wenigen Fragen – sehr summarisch dargelegt – zeigen, dass bei der Leitung der ETH/EPUL künftig wohl weit weniger Fragen und Aufgaben der Verwaltung im Vordergrund zu stehen haben, sondern eigentliche unternehmerische Aufgaben. Ich verweise insbesondere auf die Organisationsform der amerikanischen Universitäten, die zielbewusst unternehmerische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen. Für uns ist es an sich gar nicht so wichtig,

aus wieviel Herren der Schulrat schliesslich besteht. Es kommt meines Erachtens entscheidend darauf an, dass der Bundesrat als Wahlbehörde in die Lage versetzt wird, die besten und geeignetsten Persönlichkeiten herbeizuziehen, und zwar Persönlichkeiten, die auch die notwendige Zeit zur Verfügung haben, ihren leitenden Aufgaben in diesem Gremium nachzukommen.

Man sollte bei der Zusammensetzung des Hochschulrates den Bundesrat nicht mit zu vielen sogenannten Ansprüchen belasten. Tut man dies, so wird man sich vom unerlässlichen Entscheid, dass unternehmerische Gesichtspunkte in die Leitung der ETH hineingetragen werden sollen, entfernen. Nach meiner Auffassung ist an dieser Stelle auch festzuhalten, dass es sich bei der Mitgliedschaft im Schulrat nicht um sogenannte Lebensstellungen handeln kann. Der Wechsel im Bildungswesen und die ständig erforderliche Anpassung an neue Verhältnisse erfordern höchste Elastizität auch in der Leitung und in der Führung unserer höchsten technischen Lehranstalten.

Man wird der Lösung, wie sie in der heutigen Vorlage proponiert wird, eine Chance einräumen müssen. Ich glaube aber nicht, dass diese Neuordnung die letzte Entscheidung darstellt. Wir werden in einigen Jahren wieder auf das Organisationsproblem der ETH/EPUL zurückkommen müssen. Auf jeden Fall ist die Gefahr vorhanden, dass die Koordination zu kurz zu kommen droht. Wir wären dann in der fatalen Situation, dass dort, wo der Bundesrat bzw. der Bund die Kompetenz zur Koordination hat, Mängel auftreten, während den kantonalen Universitäten mit der Koordination eine sehr grosse Aufgabe aufgebürdet worden ist.

Ich bitte den Bundesrat, der weiteren Entwicklung der organisatorischen Aufgaben der obersten Leitung von ETH/EPUL weiterhin seine volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich bin, weil in der heutigen Vorlage bereits einige Gesichtspunkte im Zusammenhang mit dem organisatorischen Aufbau der ETH und der EPUL enthalten sind, damit einverstanden, dass meine Motion in ein Postulat umgewandelt wird und der Bundesrat dieses entgegennimmt. Wir stehen vor der Tatsache, dass der Zusammenschluss ETH/EPUL zu einem Grossunternehmen des Bildungswesens führt und dass wir diesem Grossunternehmen den notwendigen organisatorischen Unterbau zu verleihen haben.

#### *Text der Interpellation Wartmann*

In der Botschaft vom 5. Juni 1967 waren die Belange der Studentenwohlfahrt, nämlich eine Studentenwohnsiedlung auf dem Höggerberg und eine Verpflegungsstätte (Mensa) im ETH-Zentrum, noch nicht berücksichtigt. Ebenso wenig war es in jener Botschaft möglich gewesen, den Vollausbau der Abteilung für Bauingenieurwesen zu berücksichtigen. Ein Artikel in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 10. Juni 1968, verfasst vom Sekretär des Schweizerischen Schulrates, gibt Veranlassung, den Bundesrat zu ersuchen, auf folgende Fragen Auskunft zu geben:

1. Stimmt es, dass weder für den Mensa-Neubau noch für die Überbauung des ehemaligen EMPA-Areals, in die auch die Liegenschaft des heutigen Studentenheimes einbezogen werden soll, die Planung abgeschlossen ist?

2. Wie weit sind die Vorarbeiten betreffend die Neubauten für Bauingenieurwesen und für Maschineningenieurwesen noch in Fluss? Liegen nun der neue Studienplan und das endgültige Raumprogramm für die vollständige Abteilung II (Bauingenieurwesen) vor, und wie sieht dieses Raumprogramm im Vergleich mit dem provisorischen Programm aus?

3. Kann das definitive Raumprogramm auf dem EMPA-Areal allen städtebaulichen und andern Vorschriften entsprechend verwirklicht werden?

4. Nach dem zitierten Artikel sollte eine «mensalose Zeit» nach Möglichkeit vermieden werden. Dies würde eine etappenweise Ausführung des BM-Gebäudes bedeuten. Sind die diesbezüglichen grossen Mehrkosten zu verantworten? Würde in diesem Fall der für 1970 vorgesehene und versprochene Baubeginn und eine rechtzeitige Fertigstellung der Bauten in Frage gestellt?

5. Ist der Bundesrat nicht auch der Auffassung, dass bei einer negativen Beantwortung der massgebenden Fragen man sich angesichts anderer Umstände und neuer Tatsachen nicht mehr unbedingt an die seinerzeitige Konzeption Pallmann klammern, sondern die Verwirklichung der BM-Bauten auf dem Höggerberg raschestens prüfen sollte? Auf dem Höggerberg stehen grössere Landreserven zur Verfügung, die Zufahrts- und die Entwicklungsmöglichkeiten sind ungleich besser als im Zentrum. Es darf angenommen werden, dass auf dem Höggerberg billiger gebaut werden kann als auf dem EMPA-Areal. Ob der Baubeginn für 1970 vom Architekten für die Alternative garantiert werden kann, müsste abgeklärt werden.

#### *Texte de l'interpellation Wartmann*

Il n'était pas encore question, dans le message du 5 juin 1967, de mesures d'ordre social en faveur des étudiants, notamment de l'établissement de logements au Höggerberg et d'un restaurant (mensa) au centre de l'EPF. Il n'avait pas été possible non plus d'y traiter de l'aménagement complet de l'école du génie civil. Un article du secrétaire du conseil de l'école, paru le 10 juin 1968 dans la «Nouvelle Gazette de Zurich», nous fournit l'occasion de poser les questions suivantes au Conseil fédéral:

1. Est-il exact que l'établissement des plans n'est pas terminé pour la construction du bâtiment du restaurant ni pour l'aménagement de l'ancien terrain du laboratoire fédéral d'essai des matériaux et de recherches pour l'industrie (EMPA), qui doit englober aussi le terrain sur lequel se trouve actuellement la maison des étudiants?

2. A quel point les travaux préliminaires pour la construction des nouveaux bâtiments de l'école du génie civil et de l'école de mécanique en sont-ils arrivés? Dispose-t-on maintenant du nouveau programme des études et du plan définitif d'aménagement des espaces en vue d'un aménagement complet de la II<sup>e</sup> division (école du génie civil)? Dans l'affirmative, comment ce plan d'aménagement se présente-t-il par rapport au plan provisoire?

3. Peut-on exécuter le plan définitif d'aménagement du terrain de l'EMPA en tenant compte de toutes les prescriptions des règlements communaux de construction et des autres prescriptions en vigueur?

4. Selon l'article précité, il faudrait éviter si possible que les étudiants soient sans restaurant pendant une certaine période. Il serait pour cela nécessaire de construire le bâtiment du génie civil et de la mécanique par étapes. Le supplément considérable de frais qui en résulterait serait-il supportable? Faudrait-il s'attendre en ce cas à ce que la mise en chantier des travaux, envisagée et promise pour 1970, ne puisse avoir lieu à cette époque et que ces constructions ne soient pas terminées à temps?

5. Le Conseil fédéral n'est-il pas aussi de l'avis que si les réponses aux questions posées sont négatives, il ne faudrait pas continuer à s'attacher d'une manière absolue aux conceptions qui avaient été élaborées à l'époque par M. Pallmann, étant donné que la situation s'est modifiée, mais qu'il

y aurait lieu de mettre rapidement à l'étude la réalisation des constructions pour le génie civil et la mécanique au Höggerberg? Il y a encore d'importantes réserves de terrain au Höggerberg, les voies d'accès et les possibilités de développement sont incomparablement meilleures qu'au centre. On peut admettre que la construction reviendra moins cher au Höggerberg que sur le terrain de l'EMPA. Il faudrait encore s'assurer que les architectes puissent garantir, dans cette éventualité, la mise en chantier pour 1970.

**Mitunterzeichner – Cosignataires:** Ackermann, Baumann, Blatti, Bürgi, Cevey, Chevallaz, Deonna, Dürrenmatt, Eibel, Fischer-Bern, Flubacher, Gianella, Glarner, Glasson Gérard, Grass, Grob, Grolimund, Grünig, Gut Hofer-Bern, Hofstetter, Jaccottet, Keller, Kurzmeyer, Langenauer, Meyer-Boller, Ott, Raissig, Roth, Schaller, Schneider, Schregenger, Tschopp, Wanner, Weber-Altendorf, Weber-Schwyz, Wenger. (37)

**Wartmann:** In der Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über den weitem Ausbau der Eidgenössischen Technischen Hochschule und der mit ihr verbundenen Anstalten, das heisst in der Botschaft vom 5. Juni 1967, steht auf Seite 9 der Satz: «Die weitem Bauvorhaben, die im Rahmen des Gesamtausbaus vorgesehen sind, sollten den eidgenössischen Räten nach heutigem – das heisst damaligem – Ermessen nicht unterbreitet werden müssen, ehe die Programme gemäss Botschaft vom 9. Juli 1965 und der gegenwärtigen Botschaft ihrer Vollendung entgegengehen.» Seither ist viel Wasser die Aare hinuntergeflossen, und ich sah mich deshalb veranlasst, durch meine Interpellation die Frage des Ausbaus der Abteilung für Bauingenieurwesen nicht nur wachzuhalten, sondern wenn möglich zu aktivieren. Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, dass die Abteilung für Bauingenieurwesen mit gegen 1000 regulären Studierenden die grösste aller Fachabteilungen an der ETH ist. Innerhalb eines Jahrzehnts hat sich die Zahl der Studierenden nahezu verdoppelt. Das Wachstum dieser Abteilung liegt wesentlich über dem Mittel der ETH. In der Zeit von 1939 bis 1966 stieg die Zahl der regulären Studierenden an der Abteilung für Bauingenieurwesen um 376%, während die Steigerung aller Fachabteilungen gesamthaft nur 298% betrug. Die Baubranche ist einer der grössten schweizerischen Wirtschaftszweige. Sie ist von entscheidender volkswirtschaftlicher Bedeutung, und die Abteilung für Bauingenieurwesen bildet das künftige Kader dieser Industrie aus. Die Raumknappheit der Abteilung II – so wird bekanntlich die Abteilung für Bauingenieurwesen an der ETH bezeichnet, war wiederholt Gegenstand von Gesprächen in den ETH-Kommissionen und auch hier im Rate. Wegen dieser Raumknappheit konnte die Abteilung bisher nicht ihrer Bedeutung entsprechend ausgebaut werden. Die Planungsrichtlinien vom 6. Februar 1959 sahen vor, die Abteilung II im Neubau für Bau- und Maschineningenieurwesen auf dem ehemaligen EMPA-Areal unterzubringen und dort zu entwickeln. An der Sitzung unserer Kommission zur Beratung der zitierten Botschaft vom 5. Juli 1967 wurde uns von Herrn Bundesrat Tschudi die Zusicherung gegeben, die Arbeiten auf allen Gebieten, d. h. auf dem Gebiete der Studienplanreform, des Raumprogrammes und der Bauplanung, so voranzutreiben, dass mit den Bauarbeiten 1970 bestimmt begonnen werden könne.

Damit komme ich zum Inhalt meiner Interpellation selbst. Sie hat gesamthaft den Zweck, zu erfahren, wie weit die Arbeiten inzwischen gediehen sind und wo noch allfällige Hindernisse bestehen. Ich will die fünf Fragen, die Ihnen durch die Interpellation bekannt sind, nicht im

Detail verlesen. Es geht mir darum, zu erfahren, wie weit die Arbeiten fortgeschritten sind und ob man schon weiss, ob auf dem EMPA-Areal gebaut werden kann oder nicht oder ob es mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die auf dem EMPA-Areal wegen der sich dort noch befindlichen Mensa bestehen, nicht wirtschaftlicher, interessanter, gescheiter und auch billiger wäre, die ganze Bauabteilung II auf den Höggerberg zu verlegen.

Da es sich nicht verantworten lässt, die Abteilung für Bauingenieurwesen noch auf Jahre hinaus in ihren heutigen prekären Raumverhältnissen zu belassen, wäre ich froh, von Herrn Bundesrat Tschudi zu erfahren, dass man seit dem Sommer 1967 ein gutes Stück weitergekommen ist und dass die eidgenössischen Räte im Jahre 1969 eine Botschaft über den Neubau der Abteilung II erwarten dürfen, und zwar, wie ich hoffe, nicht mit Standort auf dem Areal der EMPA, sondern auf dem Höggerberg.

#### *Allgemeine Beratung – Discussion générale*

**Hofer-Flawil:** Es scheint, dass diese beiden Vorlagen keine grossen politischen Wellen werfen werden, trotzdem sie für das ganze Schweizervolk, besonders die Jugend, von allergrösster Wichtigkeit sind, handelt es sich doch darum, dass der Bund zwei technische Hochschulen führt und versucht, diese Schulen auf gesetzlichem Wege und auf dem Wege der Verordnung zu koordinieren. Wir dürfen aber in diesen beiden Vorlagen auch einen staatspolitischen Akt sehen, weil die welsche Schweiz nun der deutschen Schweiz mit ihrer ETH in Zürich gleichgestellt werden soll. Schlussendlich sind natürlich auch die finanziellen Fragen von grosser Bedeutung, besonders für den Kanton Waadt, aber auch für die Eidgenossenschaft.

Vorerst geht es um die Übernahme der EPUL in Lausanne und die Zustimmung zur Vereinbarung, da wir ja gemäss Mitteilung des Herrn Präsidenten das Bundesgesetz erst nachträglich behandeln. Wir müssen uns deshalb wohl zu Beginn die Frage stellen, ob eine Übernahme der EPUL durch den Bund sinnvoll, zeitgemäss und gerechtfertigt sei. Dabei dürfen wir von der Tatsache ausgehen, dass die EPUL bisher vom Kanton Waadt ausgezeichnet geführt wurde und ihre Aufgabe restlos erfüllt hat. Von dieser Seite gesehen, bestände also absolut kein Grund für den Bund, sich hier einzuschalten. Die Führung der EPUL durch den Kanton Waadt hat den Bund sogar finanziell entlastet, während nun andererseits die vorgesehene Neuregelung den Bund gewaltige Mittel kosten wird, wie Sie bereits gehört haben.

Wie Ihnen der Herr Kommissionspräsident bereits mitteilte, wäre es in Zukunft für den Kanton Waadt aber nicht mehr möglich, die erforderlichen Mittel allein aufzubringen, insbesondere bei einem weiteren Ausbau, und zwar selbst dann nicht, wenn erhöhte Subventionen ausbezahlt würden. Wir verstehen deshalb, dass der Staatsrat des Kantons Waadt die Initiative zur Übernahme der EPUL durch den Bund ergriff. Bei der Besichtigung und bei der Aussprache haben wir andererseits die Überzeugung gewonnen, dass es dem Kanton Waadt nicht etwa nur darum geht, andere Finanzquellen, das heisst den Bund als Geldgeber und Bauherrn zu finden. Der Kanton Waadt ist sich nämlich bewusst, dass er auch Werte an den Bund abgeben muss.

Nun müssen wir uns fragen, was geschieht, wenn die Vorlage abgelehnt wird. In einem solchen Fall müsste der Kanton Waadt bei den heutigen finanziellen Verhältnissen auf einen weiteren Ausbau verzichten. Er müsste sich darauf beschränken, die EPUL für zirka 1200 Studierende weiterzuführen, obschon uns allen bekannt ist, dass an unseren

Schulen Raumnot herrscht. Das würde andererseits den Bund verpflichten, die ETH in Zürich über eine optimale Grenze hinaus auszubauen oder, was wahrscheinlicher wäre, sich nach einem geeigneten Gelände zur Errichtung einer zweiten ETH in der Welschschweiz umzusehen. Damit ergäbe sich die merkwürdige Situation, dass der Kanton Waadt nicht in der Lage wäre, seine Schule auszubauen, während der Bund nicht weit davon eine zweite Schule errichten müsste.

Nun brauchen wir glücklicherweise über diese zweite oder dritte Möglichkeit gar nicht zu diskutieren, da uns die EPUL zur Verfügung steht. Dabei hoffe ich, dass der Artikel 1, Absatz 2, der Vereinbarung auf Seite 25, wonach die EPUL unter Wahrung ihrer Eigenart möglichst rasch auf eine Grössenordnung von 2000 Studierenden auszubauen ist, nicht ein Hintertürchen offen lassen soll, um später die enge Zusammenarbeit und die Koordination der Studienpläne mit der ETH in Zürich zu ignorieren oder sogar abzulehnen. Es kann sich nicht darum handeln, eine geistige Gleichschaltung zu erzwingen oder die Pflicht abzuleiten, an beiden Hochschulen alle Abteilungen zu führen, sondern es geht hier ganz einfach um die Zusammenarbeit zwischen der EPUL und der ETH in Zürich, und zwar in allen Fällen, wo an beiden Schulen dafür entsprechende Abteilungen geführt werden, aber auch bei der anschliessenden Weiterbildung und der Forschung. Ich wäre Herrn Bundesrat Tschudi daher sehr dankbar, wenn er uns, wie es bereits Herr Kollege Eisenring gewünscht hat, hierüber noch nähere Erklärungen abgeben könnte.

Über die einzelnen Übernahmbedingungen sind Sie durch die Botschaft und durch die Ausführungen der Kommissionspräsidenten eingehend orientiert worden. Ich möchte mich dazu nicht mehr näher äussern. Das Gelände in Dornigen eignet sich für die Aufnahme einer neuen Schule, wobei – das scheint mir besonders wichtig zu sein – auch nach der Verlegung, also nach einem späteren Ausbau der ETH Lausanne, die Zusammenarbeit mit der Universität in Lausanne absolut möglich ist. Wir denken hier besonders an den Besuch von allgemein bildenden Vorlesungen, die nicht zum Pensum eines Ingenieurs gehören, wie Geschichte, Sprachen usw. Ich bin froh, dass diese Möglichkeit bereits in Artikel 2, Absatz 3, des Gesetzes vorgesehen ist.

Neben den mehr technischen und finanziellen Überlegungen gibt es noch einige andere wichtige Gründe, die uns von der Richtigkeit der Übernahme überzeugen.

Wir diskutieren nämlich heute gerne und oft über Koordination und Zusammenarbeit. Bei dieser Zusammenlegung der beiden Hochschulen (EPUL und ETH) bietet sich dem Bund ein praktisches Beispiel für die Koordination, wie sie ja in Zukunft auch bei den kantonalen Hochschulen eingeleitet werden muss. Gleichzeitig erhalten aber auch endlich die Deutschschweizer Gelegenheit, einen Teil ihrer Studien in der welschen Schweiz zu absolvieren. – Bisher hat man häufig gesagt, die Welschschweizer seien sehr im Nachteil, weil sie immer in der deutschen Schweiz studieren müssten. Man kann dies auch umkehren und sagen, die Deutschschweizer waren im Nachteil, weil ihnen keine Möglichkeit geboten wurde, wenigstens einige Semester in der welschen Schweiz zu besuchen. Ich hoffe sehr, dass von einem regen Studentenaustausch beide Seiten, die Welschschweizer und die Deutschschweizer, kameradschaftliche und auch staatspolitische Gewinne mitnehmen können. – Diese Zusammenarbeit während des Studiums scheint mir besonders wichtig, ja geradezu die Voraussetzung dafür zu sein, dass auch bei der späteren Arbeit in der Forschung die Koordination gewährleistet wird. Ich glaube, hier ergeben sich aus einer engen Zusammenarbeit auch wirt-

schaftliche Vorteile für das ganze Land. Um diesen Austausch zu fördern, ist bereits festgelegt, dass die Vorlesungen an beiden Hochschulen in allen Landessprachen erteilt werden.

Wir dürfen, glaube ich, nach Berücksichtigung aller Argumente mit Überzeugung sagen, dass die Übernahme der EPUL durch den Bund nicht nur einen berechtigten Wunsch der Westschweizer erfüllt, sondern dass diese Übernahme in jeder Beziehung sinnvoll, zweckmässig und sachlich zu bejahen ist.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der radikaldemokratischen Fraktion, dem Bundesbeschluss betreffend Übernahme der EPUL zuzustimmen.

**M. Mugny:** Vous me permettez d'aborder non seulement certaines questions concernant l'EPUL mais aussi celles qui ont trait à la loi sur les écoles polytechniques fédérales. J'espère que notre président ne verra pas d'inconvenient à cette manière de faire.

La reprise de l'EPUL par la Confédération s'inscrit dans la logique de notre évolution économique et sociale. Elle pose des problèmes de coordination entre les deux écoles polytechniques de Zurich et de Lausanne, entre ces écoles polytechniques et les Universités, entre nos hautes écoles et les entreprises.

Tant il est vrai que l'autonomie nécessaire de nos hautes écoles ne doit pas nous faire oublier que les étudiants d'aujourd'hui entreront demain dans la vie pratique où ils seront appelés à se mesurer avec les réalités de la vie.

Et nous savons tous que ce passage de la théorie à la pratique, des laboratoires aux bureaux d'étude ou aux ateliers ne se fait pas toujours sans heurts.

Le but de l'opération à laquelle nous sommes appelés à souscrire aujourd'hui n'est pas seulement de décharger l'Etat de Vaud d'une école supérieure qui devient trop lourde pour nos contribuables. Il s'agit bien davantage de développer une institution qui a rendu de très grands services jusqu'à aujourd'hui, afin d'offrir à notre jeunesse des possibilités toujours plus larges d'accéder à des fonctions supérieures.

J'aimerais insister, dans ce débat d'entrée en matière, sur deux points qui me paraissent particulièrement importants, le premier c'est que nos écoles polytechniques, comme nos universités, ne doivent pas se satisfaire de distribuer à nos étudiants une instruction très spécialisée qui leur permettra plus tard de prétendre à des fonctions supérieures dans nos entreprises et dans notre économie.

Bien sûr, les connaissances techniques sont et seront toujours plus nécessaires. Mais cette instruction n'est pas en elle-même suffisante. A travers l'instruction dispensée, c'est à une éducation de l'homme lui-même qu'il faut tendre. Car si notre pays a besoin de spécialistes toujours mieux formés dans la construction mécanique, l'électronique, la physique et dans les sciences en général, nous avons un besoin encore plus grand d'hommes qui, dans leurs différentes fonctions, ont une haute conscience de leurs responsabilités.

Responsabilités envers le pays, envers l'entreprise qui fait appel à leurs services, envers leurs supérieurs, leurs subordonnés, envers eux-mêmes surtout. Car en définitive, c'est toujours de l'idée que chacun de nous se fait de ses propres fonctions que dépend la qualité du service rendu.

Une société libérale comme la nôtre exige plus encore que d'autres types de sociétés que les hommes qui exercent des responsabilités aient pleinement conscience de la valeur, de l'importance, de la portée de leur travail.



Ce sens des responsabilités, qui est le but le plus noble de l'éducation, s'acquiert lentement tout au cours des études, et plus tard encore. Il dépend avant tout de la qualité de l'enseignement dispensé. C'est dire toute l'importance que nous devons attacher au choix des professeurs qui sont et seront appelés à enseigner dans nos deux écoles polytechniques de Zürich et de Lausanne.

On pourrait aussi se demander si, à côté des cours purement techniques, il ne serait pas souhaitable d'offrir à nos futurs hommes de science la possibilité de suivre des cours différents, non obligatoires, non soumis à des examens, mais où des hommes engagés dans la pratique, reconnus pour leur valeur personnelle et la qualité de leur esprit, feraient part à nos étudiants de leurs réflexions et les aideraient à devenir pleinement des hommes.

Ce sens de la responsabilité ne limite en rien la liberté de l'enseignement et du choix des études. Il en est au contraire le complément nécessaire.

Le second point sur lequel j'aimerais m'attacher encore quelques minutes, c'est celui de faciliter l'accès de nos écoles polytechniques à des jeunes gens qui n'ont pas pu ou qui n'ont pas eu la chance de suivre le cours normal des écoles secondaires aboutissant à la maturité.

Des jeunes qui passent par l'apprentissage, puis par le technicum, peuvent se révéler parfaitement dignes et capables de suivre les cours et de passer les examens de nos écoles polytechniques.

Le projet qui nous est soumis prévoit en son article 7 que «les ordonnances et les règlements fixent les conditions d'admission des étudiants». Il est bien entendu qu'ici le terme d'étudiants comprend aussi les étudiantes.

Il ne s'agit pas, c'est évident, d'ouvrir les portes de nos écoles polytechniques à tous ceux qui peuvent présenter un diplôme de quelque nature que ce soit. Il faut que ceux qui désirent poursuivre leurs études dans une école polytechnique fassent la preuve qu'ils ont acquis un certain nombre de connaissances de base indispensables dans la spécialité où ils désirent entrer. Et qu'aussi ils manifestent une certaine qualité d'intelligence qui leur permettra de suivre les cours auxquels ils seront astreints.

Mais il serait tout aussi faux de barrer définitivement la route de l'école polytechnique à des jeunes gens capables dont le seul défaut serait de n'avoir pas suivi la filière normale des études secondaires. J'aimerais que M. Tschudi, conseiller fédéral, donne au Parlement des assurances sur ce point.

Car une société est saine dans la mesure où elle permet aux meilleurs de ses membres, aux plus dignes, aux plus capables, d'accéder aux responsabilités les plus hautes.

C'est ce courant constant du bas vers le haut qui assure le renouvellement nécessaire des élites, le rajeunissement des cadres, le dynamisme et la prospérité de la société toute entière.

Il n'y a pas de vraie démocratie sans cette ascension permanente des meilleurs vers les responsabilités. L'effort financier que le peuple suisse est appelé à consentir pour la formation de notre jeunesse, depuis l'école primaire jusqu'à l'université et aux écoles polytechniques, en passant par les différents degrés de la formation professionnelle, cet effort mérite bien d'obtenir le maximum d'efficacité. Il ne s'agit pas d'ouvrir les portes de la facilité: elles ne mènent nulle part. Il s'agit et c'est beaucoup mieux, d'offrir toutes ses chances à toute notre jeunesse.

Au nom du groupe conservateur chrétien-social, je vous recommande donc de voter l'entrée en matière et d'accepter l'arrêté fédéral concernant la reprise de l'EPUL et la loi fédérale sur les écoles polytechniques.

**M. Chavanne:** Je pense être ici, en cette heure historique où se tourne l'une des plus belles pages de l'histoire intellectuelle de notre pays, l'interprète de nombreux conseillers en remerciant le canton de Vaud de l'effort qu'il a fourni durant de nombreuses années, tant pendant des périodes économiquement faciles que pendant les périodes plus difficiles, pour maintenir une école professionnelle de très haute qualité dans notre pays. La qualité de cette école est attestée par les positions très importantes qu'occupent nombre de ses anciens élèves – les écoles professionnelles ont sur les écoles de culture générale cet avantage considérable qu'un avenir très proche justifie leur action et permet de déceler si elles répondent au but qu'elles se proposent –. Il fallait certainement, dans ce canton dont la vocation première ne fut pas industrielle mais bien agricole, à ses autorisés, au corps professoral et aux contribuables, beaucoup de courage, beaucoup de dévouement et je dirai beaucoup de générosité intelligente pour maintenir cette école et la développer – d'ailleurs la générosité est généralement plus intelligente que l'égoïsme.

C'est pour cela – ceci a d'ailleurs déjà été dit ici – qu'il n'est pas inutile tout simplement de dire sous la forme familière des Suisses romands, «merci les Vaudois»!

La nouvelle école polytechnique fédérale qui pourra se développer dans de meilleures conditions financières sera, tout d'abord un centre d'enseignement de très haute qualité et d'une très grande importance pour notre vie nationale. Les étudiants de langue allemande et de langue italienne continueront à y venir non seulement afin d'acquérir de meilleures connaissances linguistiques, mais surtout de mieux connaître, par une vie d'étudiant mêlée à celle de la population, les particularités de notre Suisse romande, et cela est très important. Nous croyons, d'ailleurs, qu'ils y rencontreront de nombreux étudiants de langue française, la Suisse romande ayant par rapport à sa population, un nombre relativement élevé de jeunes gens ayant obtenu leur maturité. D'autre part, comme nous l'avons constaté à plusieurs reprises, tant en commission que dans ce conseil, il est évident que les élèves diplômés de nos remarquables technicums pourront être de très bons élèves de l'EPUL. Je voudrais à ce propos, pour appuyer ce qui a été dit, signaler que, dans cette Université de Genève que je connais mieux que tout autre, les diplômés de nos technicums jouent un rôle de tout premier plan pour le développement de nos instituts de mathématique, de physique et de chimie.

Nous espérons encore que cette nouvelle EPUL, plus puissante au point de vue matériel, devienne toujours plus un centre de recherche pure et appliquée dont nous avons particulièrement besoin en Suisse romande. Nous avons déjà, dans les études romandes de troisième cycle de physique, de mathématique et d'astronomie, prévu la place de l'EPUL, qu'elle remplira dès que sa nouvelle situation sera définie.

La liaison entre une école de ce genre et les industries locales est extrêmement importante. Il serait regrettable que, chez nous, l'industrie s'établisse surtout dans une région déterminée ce qui n'est, d'ailleurs, pas imposé par la géographie de notre pays comme c'est le cas, par exemple en Allemagne ou en France. Il faut que notre industrie suisse se développe harmonieusement dans nos différentes régions et que nous n'arrivions pas à un quasi monopole d'un groupe. L'EPUL, transmise du Canton de Vaud à la Confédération, jouera, nous l'espérons, un rôle de premier plan dans l'avenir de notre économie nationale.

**Bächtold-Bern:** Als ehemaliger Absolvent der ETH Zürich gebe ich meiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass

die EPUL Lausanne und die ETH Zürich endlich zusammengelegt werden. Schon vor 40 Jahren haben wir als Studenten an der ETH es sehr vermisst, dass ein Übertritt von der einen in die andere Technische Hochschule nicht möglich war. Mit Recht hat Herr Bundesrat Tschudi der Kommission diese Zusammenlegung als Markstein in der eidgenössischen Hochschulpolitik bezeichnet. Angesichts dieser grossen Bedeutung der Vereinigung EPUL/ETH habe ich der Kommission die Frage gestellt, ob die Modalitäten der Übernahme und die geplante Regelung der Vereinigten Technischen Hochschulen einer Vernehmlassung unterworfen seien, einer Vernehmlassung vor allem bei den Professoren, Studenten und den interessierten Kreisen und Kantonen. Dies scheint nur in sehr beschränktem Umfang geschehen zu sein, was einigermaßen erstaunt.

Die Vorlage für die Übernahme der EPUL und das Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen sind richtigerweise sehr kurz gehalten und legen nur Grundsätze fest. Von besonderer Bedeutung werden daher die Einzelvorschriften in den Verordnungen und Reglementen sein, und es ist zu wünschen, dass zu deren Erarbeitung die Professorenschaft, vor allem auch die Studentenschaft befragt werde. Es ist dies einmal eine günstige Gelegenheit, auch die Studenten zum Wort kommen zu lassen.

Für die neue EPUL auf dem Areal Dorigny wurde uns eine Makette gezeigt, die eine Überbauung mit flachen, nur zweistöckigen Gebäuden vorsieht. Es wurde aber versichert, dass von der Direktion der eidgenössischen Bauten unabhängig von diesem generellen Projekt geplant werden könne.

Ich glaube, es darf hier festgestellt werden – das kam auch in der Kommission zum Ausdruck –, dass die Übernahmebedingungen grosszügig sind. Die Übernahme der halben Investitionsschuld von 11,5 Millionen Franken durch den Bund und das Rückkaufsrecht für die bestehenden Anlagen, welche Übernahme ja erst nach 25 Jahren in Frage kommt, zum gleichen Preis – eben zu den 11,5 Millionen Franken –, stellt ohne Zweifel ein Entgegenkommen an den Kanton Waadt dar. Dieses Entgegenkommen wird mit Recht mit den bisherigen Leistungen der Waadt für ihre Technische Hochschule begründet. Die einmütige Auffassung aller interessierter Kreise ist, dass die Studienpläne der beiden Hochschulen so aufeinander abgestimmt werden, dass der Übertritt von einer zur andern jederzeit möglich sei. Dies wird zugesichert. Gleichzeitig wird aber auch stipuliert, dass die Eigenart der EPUL, die eine stark abweichende Organisation gegenüber der ETH Zürich aufweist, erhalten bleibe. Wie diese beiden sich widersprechenden Bedingungen unter einen Hut gebracht werden können, sehe ich noch nicht ganz. Aber die erstere – die Übertrittsmöglichkeit – muss meines Erachtens unbedingt erfüllt werden. Es werden an der EPUL wie an der ETH Zürich Reformen nötig sein. Vor allem scheinen mir in Zürich die Abteilungen viel zu schwerfällig. Es sollten kleinere Departemente aus verwandten, eng zusammenhängenden Gebieten geschaffen werden, deren Organe in der Lage wären, dem zukünftigen Vizepräsidenten konkrete, praktische Vorschläge zu unterbreiten, was heute kaum der Fall ist. Es dürfte kaum mehr angängig sein, dass der dannzumalige Vizepräsident, wie heute der Schulratspräsident, weitgehend selbständig entscheidet. – In diesem Zusammenhang dürfte noch der Wunsch angebracht werden, dass sich die einzelnen Institute der ETH bald einmal schlüssig werden, welche von ihnen auf den Höggerberg verlegt werden sollen. Wie man mir sagte, ist dies noch nicht der Fall. Es ging dies auch aus der Interpellation des Kollegen Wartmann hervor. Es ist etwas bemühend, feststellen zu müssen, dass der ETH wohl grosszügige neue Gebäulichkeiten zur Verfügung gestellt

wurden, dass aber für deren Benützung scheinbar keine verbindlichen Pläne vorlagen.

Ich hoffe, dass bei der Besetzung der ebenfalls grosszügig geplanten Neuanlage von Dorigny von Anfang an in dieser Beziehung Einigkeit herrscht.

Abgesehen von den gemachten Einwänden und Anregungen kann ich mit Überzeugung, ja mit Begeisterung, für die Übernahme der EPUL durch den Bund und die Vereinigung mit der ETH Zürich plädieren und empfehle Ihnen, auch im Namen der Landesringfraktion, Eintreten.

**M. Teuscher:** Pendant l'année écoulée, notre parlement a pris d'importantes décisions concernant la formation universitaire de notre jeunesse. La Confédération permettra, par sa participation financière, de développer certains secteurs universitaires et de les adapter aux exigences de la connaissance et de la recherche.

Le transfert de l'Ecole polytechnique fédérale de l'Université de Lausanne s'inscrit dans cette ligne, et c'est dans l'ordre des choses. Une coordination toujours plus poussée dans tout ce qui touche aux domaines universitaires est le sûr moyen de maintenir le niveau des connaissances indispensables. Les sacrifices financiers sont grands, mais l'économie suisse à venir en dépend pour une grande part.

La loi sur l'aide aux universités va obliger nos établissements supérieurs d'instruction à collaborer étroitement. Certains fédéralistes s'en plaindront peut-être, car les traditions en seront quelque peu ébranlées. Mais je suis convaincu que c'était là le seul moyen réaliste d'envisager l'avenir.

Cependant, si la loi fédérale sur l'aide aux universités ne traite pas de la coordination entre écoles polytechniques et universités, celle-ci est indispensable au développement d'une activité fructueuse dans nos écoles supérieures, tout en évitant le double emploi. Cette très importante question doit être étudiée sans retard par les services compétents, afin que la valeur de nos écoles polytechniques soit égale et incontestée, aussi bien pour Zurich que pour Lausanne.

C'est dans ce sens que la fraction du parti suisse des paysans, artisans et bourgeois est favorable aux projets du Conseil fédéral et les votera à l'unanimité.

Il me reste un vœu à émettre dans le cadre de l'instruction de notre jeunesse. Si l'attention, actuellement, se porte essentiellement sur les universités, il faut relever qu'il ne s'agit que de 5 à 10% de nos jeunes gens. L'immense majorité de la jeunesse, si elle n'a pas le privilège de se considérer comme l'élite de demain, n'en reste pas moins, par son travail dans tous les secteurs de la nation, la base solide d'un développement harmonieux de la communauté.

Il est indéniable que, de plus en plus, les professions manuelles sont délaissées; la relève professionnelle en devient préoccupante. Les facilités accordées aux jeunes gens et jeunes filles pour leur permettre de poursuivre des études supérieures ont privé certaines professions d'une main-d'œuvre qui, de plus en plus, a tendance à déconsidérer les professions manuelles et artisanales. A l'heure actuelle, ce ne sont pas seulement les professions manuelles, mais aussi, depuis peu, les professions commerciales qui sont les plus touchées. Il suffit de considérer qu'il y a 15 à 20 ans, un jeune homme désireux d'entreprendre un apprentissage dans une banque, une assurance ou un commerce devait, en raison de la pléthore de candidats, s'inscrire longtemps d'avance et subir des examens d'admission.

Aujourd'hui, bien des établissements n'arrivent pas à recruter suffisamment d'apprentis. Certains acceptent même de prendre à leur service des jeunes gens qui n'ont pas terminé complètement leur scolarité primaire.

Si je me suis permis de faire une incursion dans ce domaine particulier de la formation professionnelle, c'est que j'estime indispensable, puisque la Confédération et les cantons ont fait un gros effort dans le domaine universitaire, d'en accomplir un plus grand encore, même prioritaire, dans l'éducation primaire, secondaire, dans l'orientation et la formation professionnelles. Ces divers stades de l'instruction sont les garants les plus sûrs d'une promotion des jeunes qui doit assurer le juste équilibre de la communauté. La préparation et l'éducation de notre jeunesse représentent pour notre génération une lourde responsabilité devant laquelle aucun d'entré nous ne doit se dérober; il en va de l'avenir de notre pays. Mais pour que l'effort soit parfaitement rentable, il faut encore améliorer les techniques d'orientation, la formation professionnelle, en tenant compte de tous les besoins de la nation; j'espère que, dans ce domaine, les autorités fédérales veilleront à ce que tous les secteurs responsables de l'éducation et de la formation de la jeunesse se développent en parallèle.

Le temps semble venu où les facultés universitaires ne peuvent plus être considérées comme institutions étrangères aux contingences économiques et sociales du pays. Peut-on honnêtement former des cadres, des spécialistes, sans s'occuper de savoir si l'économie et la société pourront les utiliser demain?

Si les universités, et j'y englobe tout ce qui touche aux études supérieures, veulent garder un caractère autonome, être une entreprise générale du savoir, posséder leur propre budget, le gérer et devenir à leur tour, dans l'économie, un groupe de pression, il leur faut aussi étudier le problème de l'orientation des étudiants, celui des débouchés et opérer les sélections nécessaires. Elles doivent trouver un appui efficace auprès des anciens étudiants, arrivés aux postes de commande et, par eux, participer et collaborer à la vie du monde de l'industrie et des affaires.

Si, au contraire, c'est l'Etat qui est appelé à régir le domaine universitaire, à en assurer la démocratisation, ou mieux, la généralisation des études, il devrait assumer lui-même la responsabilité de garantir aux étudiants la possibilité de s'intégrer à la vie nationale, économique et sociale, à la fin de leurs études.

Cette grande question demeure ouverte. La forme des relations étroites adéquates entre les universités et l'Etat reste à trouver. Tout en donnant satisfaction aux étudiants, elles devront assurer une participation efficace de ces derniers à la vie économique, industrielle et commerciale de notre communauté.

*Hier wird die Beratung abgebrochen  
Ici, le débat est interrompu*

Vormittagssitzung vom 1. Oktober 1968

Séance du 1<sup>er</sup> octobre 1968, matin

Vorsitz – Présidence: Herr *Conzett*

**9893. Polytechnische Schule der  
Universität Lausanne.  
Übernahme durch den Bund  
Ecole polytechnique de l'Université de  
Lausanne. Transfert à la Confédération**

**9831. Motion Eisenring.  
Reorganisation der Eidgenössischen  
Technischen Hochschule  
Réorganisation de l'Ecole polytechnique  
fédérale**

**9994. Interpellation Wartmann.  
Weiterer Ausbau der Eidgenössischen  
Technischen Hochschule  
Développement ultérieur de l'Ecole  
polytechnique fédérale de Zurich**

Siehe Seite 548 hiervor – Voir page 548 ci-devant

*Fortsetzung – Suite*

**Präsident:** Zunächst hat Herr Bundesrat Tschudi das Wort. Er wird gleichzeitig zur Motion Eisenring (welche in ein Postulat umgewandelt wurde) und zur Interpellation Wartmann Stellung nehmen.

**Bundesrat Tschudi:** Die Aufnahme dieser Vorlage durch Ihre Kommission und durch Ihren Rat erfüllt mich mit Genugtuung und Freude. Ich danke den Herren Referenten wie auch den Diskussionsvotanten für das grosse Verständnis gegenüber dem Vorschlag, es sei die EPUL als zweite eidgenössische Technische Hochschule vom Bund zu übernehmen.

Tatsächlich handelt es sich um eine Massnahme, der sowohl vom wissenschaftspolitischen als auch vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus grösste Bedeutung zukommt. In wissenschaftspolitischer Hinsicht gehört die Vorlage in den Kreis der mannigfachen Anstrengungen des Bundes, Lehre und Forschung zu fördern. Diese Uebernahme wird es zweifellos ermöglichen, an der EPUL auch die angewandte Forschung, der in seinem gestrigen Votum Herr Nationalrat Chavanne besondere Bedeutung beigemessen hat, zu fördern.

Ich möchte auf die wissenschaftliche Seite, die von den Herren Referenten sehr stark unterstrichen wurde, nicht mehr zurückkommen, sondern eher noch einige Bemerkungen zu den politischen Gesichtspunkten einer zweiten Eidgenössischen Technischen Hochschule anbringen.

Die Bedeutung liegt schon darin, dass in Zukunft der Bund in der deutschen und in der welschen Schweiz eine Hochschule führt. Wenn auch die Zürcher Hochschule mehr Studierende aufweist, so sollen doch beide gleich-

## **Polytechnische Schule der Universität Lausanne. Übernahme durch den Bund**

## **Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne. Transfert à la Confédération**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1968
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9893
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.09.1968
Date	
Data	
Seite	548-558
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 912

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Si je me suis permis de faire une incursion dans ce domaine particulier de la formation professionnelle, c'est que j'estime indispensable, puisque la Confédération et les cantons ont fait un gros effort dans le domaine universitaire, d'en accomplir un plus grand encore, même prioritaire, dans l'éducation primaire, secondaire, dans l'orientation et la formation professionnelles. Ces divers stades de l'instruction sont les garants les plus sûrs d'une promotion des jeunes qui doit assurer le juste équilibre de la communauté. La préparation et l'éducation de notre jeunesse représentent pour notre génération une lourde responsabilité devant laquelle aucun d'entré nous ne doit se dérober; il en va de l'avenir de notre pays. Mais pour que l'effort soit parfaitement rentable, il faut encore améliorer les techniques d'orientation, la formation professionnelle, en tenant compte de tous les besoins de la nation; j'espère que, dans ce domaine, les autorités fédérales veilleront à ce que tous les secteurs responsables de l'éducation et de la formation de la jeunesse se développent en parallèle.

Le temps semble venu où les facultés universitaires ne peuvent plus être considérées comme institutions étrangères aux contingences économiques et sociales du pays. Peut-on honnêtement former des cadres, des spécialistes, sans s'occuper de savoir si l'économie et la société pourront les utiliser demain?

Si les universités, et j'y englobe tout ce qui touche aux études supérieures, veulent garder un caractère autonome, être une entreprise générale du savoir, posséder leur propre budget, le gérer et devenir à leur tour, dans l'économie, un groupe de pression, il leur faut aussi étudier le problème de l'orientation des étudiants, celui des débouchés et opérer les sélections nécessaires. Elles doivent trouver un appui efficace auprès des anciens étudiants, arrivés aux postes de commande et, par eux, participer et collaborer à la vie du monde de l'industrie et des affaires.

Si, au contraire, c'est l'Etat qui est appelé à régir le domaine universitaire, à en assurer la démocratisation, ou mieux, la généralisation des études, il devrait assumer lui-même la responsabilité de garantir aux étudiants la possibilité de s'intégrer à la vie nationale, économique et sociale, à la fin de leurs études.

Cette grande question demeure ouverte. La forme des relations étroites adéquates entre les universités et l'Etat reste à trouver. Tout en donnant satisfaction aux étudiants, elles devront assurer une participation efficace de ces derniers à la vie économique, industrielle et commerciale de notre communauté.

*Hier wird die Beratung abgebrochen  
Ici, le débat est interrompu*

Vormittagssitzung vom 1. Oktober 1968

Séance du 1<sup>er</sup> octobre 1968, matin

Vorsitz – Présidence: Herr *Conzett*

**9893. Polytechnische Schule der  
Universität Lausanne.  
Übernahme durch den Bund  
Ecole polytechnique de l'Université de  
Lausanne. Transfert à la Confédération**

**9831. Motion Eisenring.  
Reorganisation der Eidgenössischen  
Technischen Hochschule  
Réorganisation de l'Ecole polytechnique  
fédérale**

**9994. Interpellation Wartmann.  
Weiterer Ausbau der Eidgenössischen  
Technischen Hochschule  
Développement ultérieur de l'Ecole  
polytechnique fédérale de Zurich**

Siehe Seite 548 hiervor – Voir page 548 ci-devant

*Fortsetzung – Suite*

**Präsident:** Zunächst hat Herr Bundesrat Tschudi das Wort. Er wird gleichzeitig zur Motion Eisenring (welche in ein Postulat umgewandelt wurde) und zur Interpellation Wartmann Stellung nehmen.

**Bundesrat Tschudi:** Die Aufnahme dieser Vorlage durch Ihre Kommission und durch Ihren Rat erfüllt mich mit Genugtuung und Freude. Ich danke den Herren Referenten wie auch den Diskussionsvotanten für das grosse Verständnis gegenüber dem Vorschlag, es sei die EPUL als zweite eidgenössische Technische Hochschule vom Bund zu übernehmen.

Tatsächlich handelt es sich um eine Massnahme, der sowohl vom wissenschaftspolitischen als auch vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus grösste Bedeutung zukommt. In wissenschaftspolitischer Hinsicht gehört die Vorlage in den Kreis der mannigfachen Anstrengungen des Bundes, Lehre und Forschung zu fördern. Diese Uebernahme wird es zweifellos ermöglichen, an der EPUL auch die angewandte Forschung, der in seinem gestrigen Votum Herr Nationalrat Chavanne besondere Bedeutung beigemessen hat, zu fördern.

Ich möchte auf die wissenschaftliche Seite, die von den Herren Referenten sehr stark unterstrichen wurde, nicht mehr zurückkommen, sondern eher noch einige Bemerkungen zu den politischen Gesichtspunkten einer zweiten Eidgenössischen Technischen Hochschule anbringen.

Die Bedeutung liegt schon darin, dass in Zukunft der Bund in der deutschen und in der welschen Schweiz eine Hochschule führt. Wenn auch die Zürcher Hochschule mehr Studierende aufweist, so sollen doch beide gleich-

wertig und gleichrangig sein. Es wird sich um zwei schweizerische Hochschulen und nicht um regionale Institute handeln. Dennoch ist es selbstverständlich, dass die ETH Lausanne vor allem der Wirtschaft der welschen Schweiz dienen wird.

Der Uebergang der EPUL an den Bund hat somit auch vom föderalistischen Standpunkt aus nicht nur Nachteile. Für den Kanton Waadt und für die welsche Schweiz brächte eine Hochschule, die hinter den Anforderungen der Zeit zurückbleibt, keinen Nutzen. Die finanzielle Belastung des Kantons Waadt wäre gross, ohne dass daraus entsprechende Erfolge resultieren könnten. Eine blühende Eidgenössische Technische Hochschule bildet hingegen ohne Zweifel ein starkes Stimulans für die Wirtschaft und für die Kultur Lausannes, der Waadt und der ganzen welschen Schweiz. Durch die neue eidgenössische Institution in Lausanne wird die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und dem Kanton Waadt sowie der Stadt Lausanne verstärkt. Auch dies wirkt sich zum Nutzen beider Teile aus und führt somit keineswegs zu einer Schwächung des Kantons. Auch der überzeugte Föderalist darf mit gutem Gewissen der Uebernahme der EPUL durch den Bund zustimmen. Dem Kanton Waadt bleibt im übrigen eine voll ausgebaute Universität. Er wird sich nach der Entlastung durch die Abgabe der EPUL mit um so stärkerem Einsatz der Entwicklung seiner Hochschule widmen können.

Nun einige Bemerkungen zum Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen und damit auch zur Motion von Herrn Nationalrat Eisenring.

Der Gesetzesentwurf folgt ziemlich weitgehend dem Beispiel des geltenden ETH-Gesetzes von 1854. Trotz seines ehrwürdigen Alters gilt es vielfach als Muster für Vorschläge zu Hochschulreformen. Das Gesetz hat nämlich mit dem vollamtlichen Schulratspräsidenten eine handlungs- und entscheidungsfähige Leitung geschaffen, die bekanntlich noch heute vielen Hochschulen fehlt. Vorweg möchte ich hervorheben, dass die neue Regelung wiederum eine der Grösse der Aufgabe entsprechende Leitung gewährleistet. Auch die ETH Zürich allein mit ihren über fünfzig Annexanstalten kann nicht mehr von einer einzigen Persönlichkeit geführt werden. Auch ohne Uebernahme der EPUL war die Anstellung eines hauptamtlichen Vizepräsidenten vom Bundesrat beschlossen worden. Nun ergibt sich die Möglichkeit, dem Schulrat eine dreiköpfige Spitze mit einem vollamtlichen Präsidenten und zwei vollamtlichen Vizepräsidenten zu geben. Für zwei Hochschulen mit vielen Annexanstalten und zirka 4000 Mitarbeitern ist dieses Führungsgremium nicht übersetzt, sondern es dürfte den Bedürfnissen gerecht werden.

Der Schulratspräsident ist für die Oberleitung und für die Koordination zuständig. Er wird sich auch direkt mit der Ueberwachung grosser Annexanstalten, wie der EMPA und des Reaktorinstitutes Würenlingen, befassen. Zu seinen wichtigsten Obliegenheiten wird die Vorbereitung der Wahl der Professoren gehören. Bekanntlich kommt diesen Wahlen ausschlaggebende Bedeutung zu. Allein gute Professoren gewährleisten Erfolge in Unterricht und Forschung. Ohne erstrangige Professoren nützen alle administrativen und finanziellen Vorkehrungen wenig.

Die beiden Vizepräsidenten sind die «Hausherren» der ETH Zürich, beziehungsweise der ETH Lausanne. Um den beiden Hochschulen ihren «génie propre» zu belassen, werden den beiden Vizepräsidenten weitgehende

Kompetenzen zugeteilt. Ihnen obliegt die unmittelbare Leitung und die Verwaltung ihrer Hochschule. Sie können selbstverständlich dem Hochschulrat Vorschläge unterbreiten. Es stehen ihnen aber auch zahlreiche Entscheidungsbefugnisse zu. Der Entwurf zur Vollziehungsverordnung sieht zum Beispiel vor, dass sie über die Zulassung der Studierenden, über die Befreiung von Gebühren, über die Gewährung von Stipendien, über die Zuerkennung von Diplomen, über die Wahl von Assistenten und so weiter entscheiden.

Wir bemühen uns darum, den beiden technischen Hochschulen eine Leitung zu geben, die schlagkräftig ist, die eine wirkungsvolle Koordination gewährleistet, ohne das Eigenleben der beiden Hochschulen zu beeinträchtigen.

Unter den Aufgaben der beiden technischen Hochschulen ist als neue Bestimmung die ausdrückliche Festlegung der Nachdiplom-Studien, des «troisième cycle», zu erwähnen. Diese Form muss systematisch ausgebaut werden. Die Ausbildung der künftigen Dozenten und des Führungsnachwuchses für die Industrie muss in solch fortgeschrittenen Studiengängen gesichert werden. Durch die Bestimmung, dass Unterricht und Forschung den schweizerischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen haben, werden die technischen Hochschulen zu einem ständigen Kontakt mit der Praxis, insbesondere mit der Industrie, verpflichtet.

Wie Sie von den Herren Referenten gehört haben, sieht Artikel 10 das Mitspracherecht der Studierenden vor. Schon bisher wurden die Studenten — auch ohne gesetzliche Verpflichtung — angehört, so dass zwischen Hochschulleitung und Studentenschaft ein Vertrauensverhältnis besteht. Dieses Vertrauen ist die beste Basis für die Zusammenarbeit. Es erscheint aber als richtig, im Gesetz klar zu regeln, dass die Schulbehörden die anerkannten studentischen Körperschaften zu Hochschulfragen anhören müssen und dass somit einer solchen studentischen Organisation das Recht zusteht, Vorschläge und Meinungsäusserungen einzureichen, die geprüft werden müssen. Die Studenten beider Hochschulen sind in einer allgemeinen studentischen Organisation zusammengefasst, so dass sie organisatorisch in der Lage sind, dieses Mitspracherecht auszuüben.

Die beiden Hochschulen sind nach dem Gesetz absolut gleichrangig und gleichwertig, aber nicht gleichförmig. Es soll also keine Gleichschaltung erfolgen. So sollen Fächer, die bisher in Lausanne nicht vertreten waren und für die eine einzige Hochschule genügt (insbesondere Landwirtschaft und Forstwesen), in Lausanne nicht eingeführt werden. Auch planen wir nicht die Einführung einer sogenannten Freifächer-Abteilung. Für allgemeinbildende Vorlesungen steht den Studierenden der ETH Lausanne die Universität Lausanne offen. Herr Nationalrat Mugny hat mit Recht auf die Wichtigkeit eines allgemeinbildenden Unterrichtes auch für die Naturwissenschaftler und die Ingenieure hingewiesen. Dieser Unterricht kann an der Universität Lausanne besucht werden, und wir werden entsprechende Abmachungen mit der Universität Lausanne treffen. Für neue Unterrichtssparten, insbesondere für den «troisième cycle», wird im Einzelfall zu prüfen sein, ob Zürich oder Lausanne der richtige Ort ist. Selbstverständlich wird der Unterricht in Zürich vorwiegend in deutscher und in Lausanne vorwiegend in französischer Sprache erteilt; doch kann an beiden Hochschule in allen Amtssprachen unterrichtet werden. Wir hoffen, dass weiterhin viele Romands in Zürich studieren werden — zurzeit handelt es sich um

400 Welschschweizer — und dass vermehrt Deutschschweizer nach Lausanne ziehen werden; denn jetzt ist die Zahl der Deutschschweizer an der EPUL zu gering. Wichtig ist, dass es an diesen schweizerischen Hochschulen möglich sein wird, in einer anderen Landessprache Prüfungen abzulegen und zu doktorieren. Da das spezifische Unterrichtssystem der beiden Hochschulen beibehalten werden soll, werden die Reglemente für die Vor- und die Schlussdiplomprüfungen nicht völlig übereinstimmen, doch werden die Diplome gleichwertig sein. Grossen Wert legen wir darauf, dass trotz den Verschiedenheiten des Unterrichtssystems der Uebertritt von der einen zur andern Hochschule auch während der Studien und nicht nur für Nachdiplomstudien jederzeit erfolgen kann, wie dies durch die von Ihrer Kommission gewählte Fassung von Artikel 7 des Gesetzes noch unterstrichen wird.

Herr Nationalrat Mugny hat gefordert, dass die beiden technischen Hochschulen auch Technikumsabsolventen, nicht nur Inhaber von Maturitätszeugnissen, aufnehmen. Schon heute ist dies möglich, wobei selbstverständlich eine Aufnahmeprüfung abgelegt werden muss. Wir werden bei Neufassung der Reglemente gerne überprüfen, ob hier noch Erleichterungen am Platze sind.

Ich glaube, dass das erste Anliegen der Motion von Herrn Nationalrat Eisenring erreicht wird durch die gesetzgeberischen und organisatorischen Massnahmen im Zusammenhang mit der Uebernahme der EPUL durch den Bund. Die Spitze der Exekutive entspricht der Ordnung in grossen Industriebetrieben und auch in amerikanischen Hochschulen, wie dies Herr Nationalrat Eisenring gewünscht hat. Ich darf ferner darauf hinweisen, dass überdies seit dem 1. Juli 1967 die Stelle eines vollamtlichen Delegierten des Schulrates errichtet und besetzt wurde. Er nimmt dem Präsidenten namentlich die Behandlung der Geschäfte ab, die sich aus der Verantwortung des Schulrates für die Annexanstalten der ETH, für das Reaktorinstitut in Würenlingen, für die EMPA, für das Schweizerische Institut für Nuklearforschung usw., ergeben. Es handelt sich hier um grosse und wichtige Betriebe. Für die Erfüllung des Anliegens von Herrn Nationalrat Eisenring genügt das neue Gesetz allein allerdings nicht. Von grösster Bedeutung sind die Ausführungserlasse. In einer Verordnung über den eidgenössischen Schulrat, die der Bundesrat auf den 1. Januar 1969 in Kraft setzen wird, werden die Zuständigkeiten des Hochschulrates und diejenigen der beiden Vizepräsidenten geordnet. Dem Hochschulrat obliegt vor allem die Antragstellung für alle Geschäfte, die in die Zuständigkeit des Bundesrates fallen. Die Verwaltungen der beiden Hochschulen werden also nicht direkt dem Bundesrat ihre Anträge unterbreiten, sondern über den Hochschulrat. Diese Regelung gewährleistet die unerlässliche Koordination und auch die Zusammenarbeit der Hochschulverwaltungen. Die interne Organisation der beiden Technischen Hochschulen in Zürich und in Lausanne wird durch zwei allgemeine Hochschulreglemente geordnet. Es ist nicht nötig, dass sie in allen Punkten identisch sind. Der derzeitigen Verwaltungs- und Unterrichtsorganisation der EPUL, die von derjenigen an der ETH Zürich abweicht, kann Rechnung getragen werden; denn, wie bereits gesagt, der «*génie propre*» ist ein wirklicher Wert, auf den wir nicht verzichten wollen. Die beiden Hochschulreglemente werden revidiert, sie können aber nicht schon auf den Beginn des kommenden Jahres erlassen werden, so dass die bisherigen allgemeinen Hochschulreglemente vorläufig weiterhin in Kraft blei-

ben, soweit nicht Spezialreglemente, wie insbesondere dasjenige über die Aufnahme von Studierenden und die Durchführung der Diplomprüfungen, schon auf frühere Zeitpunkte hin neu erlassen werden. Dem neu zu formierenden Hochschulrat muss angemessen Zeit eingeräumt werden, diese zu entwerfen und sie nach Konsultation mit dem Lehrkörper und mit den Studierenden — wie das Herr Nationalrat Bächtold verlangt hat — in Kraft zu setzen.

Die innere Struktur der beiden Hochschulen wird bei den Beratungen über den Erlass der zwei neuen allgemeinen Hochschulreglemente überprüft. Es drängen sich Reformen einerseits wegen der starken Zunahme der Zahl der Studierenden auf und andererseits wegen der geradezu stürmischen Entwicklung vor allem der technischen Wissenschaften, die teilweise auch zur Einführung neuer Lehrmethoden Veranlassung gibt. So wird insbesondere der Frage der Bildung von wissenschaftlichen Departementen — wie das auch gestern hier im Rat verlangt wurde — besondere Beachtung geschenkt werden.

Abschliessend darf festgehalten werden, dass durch das neue Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung der Vorschläge von Herrn Nationalrat Eisenring getan wurde. Durch die Vollzugserlasse wird die Reorganisation und die Modernisierung des Verwaltungsapparates weitergeführt werden. Ich danke Herrn Nationalrat Eisenring dafür, dass er sich bereit erklärt hat, seine Motion in ein Postulat umzuwandeln. Der Bundesrat ist gerne bereit, dieses entgegenzunehmen.

Nun noch die Antwort auf die Interpellation von Herrn Nationalrat Wartmann. Ich muss den Herrn Interpellanten nicht darüber orientieren, dass Bundesrat und Departement des Innern dem Ausbau der ETH ihre ganz besondere Aufmerksamkeit schenken. Unser Bestreben geht dahin, Dozenten und Studierenden bestmögliche Arbeits- und Forschungsbedingungen zu schaffen. Die gleiche Einstellung wird uns führen, wenn wir an den Neubau der ETH Lausanne auf dem Gelände in Dorigny herantreten. Ich glaube aber, dass sich jetzt weitere Erörterungen über Hochschulpolitik und den Ausbau der beiden Technischen Hochschulen erübrigen. Ich beschränke mich deshalb darauf, die fünf konkreten Fragen des Herrn Interpellanten möglichst präzise zu beantworten.

Erste Frage: Stimmt es, dass weder für den Mensa-Neubau noch für die Ueberbauung des ehemaligen EMPA-Areals, in die auch die Liegenschaft des heutigen Studentenheims einbezogen werden soll, die Planung abgeschlossen ist? Die kürzeste Antwort wäre: Ja. Die Planung weder für das Gebäude, welches die Abteilung für Bauingenieurwesen und Teile der Abteilung für Maschineningenieure auf dem ehemaligen EMPA-Areal, neben dem Hauptgebäude der ETH, hätte aufnehmen sollen, noch jene für den Mensa-Neubau auf dem Pfrundhausgarten und unter der Polyterrasse sind zum Abschluss gelangt. Beiden Projekten stellen sich städtebauliche und verkehrstechnische Probleme entgegen. Beim Mensabau kommen nachbarrechtliche Schwierigkeiten dazu, die trotz seit langem andauernden Verhandlungen bis zur Stunde noch nicht völlig überwunden werden konnten.

Zweite Frage: Wie weit sind die Vorarbeiten betreffend die Neubauten für Bauingenieurwesen und für Maschineningenieurwesen noch im Fluss? Die städtebaulichen Hemmnisse und das in letzter Zeit seit der Festlegung der ursprünglichen Ueberbauungskonzeption stark

gewachsene Raumprogramm der Abteilung für Bauingenieurwesen liessen erkennen, dass die vorgesehenen Neubauten auf dem alten EMPA-Areal nicht innert der in den Postulaten des National- und Ständerates angesetzten Zeit verwirklicht werden können. Ja, es stellte sich heraus, dass mit der bisherigen Konzeption eine wirklich befriedigende Lösung kaum zu erreichen wäre. In den Postulaten war bekanntlich der Baubeginn auf 1970 gewünscht worden. Empfindliche Einschränkungen des Raumprogramms wären angesichts der bestehenden Ueberbauungsvorschriften unumgänglich gewesen. Der Schweizerische Schulrat hat sich daher entschlossen, die in der Botschaft von 1965 niedergelegten Planungsrichtlinien zu überprüfen. Auf Empfehlung seiner beratenden Kommission für Planungsfragen und im Einvernehmen mit den Professoren der Abteilung für Bauingenieurwesen beschloss er am 6. Juli 1968, diese Abteilung in die Aussenstation Höggerberg zu verlegen und die für ihre Unterbringung erforderlichen Bauten dort projektieren zu lassen. Der abgeschlossene neue Studienplan und das nunmehr sozusagen bereinigte Raumprogramm der Abteilung II, Bauingenieurwesen, sollten es nach Meinung des Schulrates erlauben, die Projektierung ohne Verzögerung durchzuführen.

Dritte Frage von Herrn Nationalrat Wartmann: Kann das definitive Raumprogramm auf dem EMPA-Areal allen städtebaulichen und andern Vorschriften entsprechend verwirklicht werden? Der Beschluss des Schweizerischen Schulrates, die Abteilung Bauingenieurwesen auf den Höggerberg zu verlegen, schuf für die Ueberbauung des alten EMPA-Areals eine neue Ausgangslage. Es steht fest, dass für den Neubau auf diesem Areal eine Lösung gefunden werden kann, bei der die Raumprogramme der Abteilung für Maschineningenieurwesen sowie allfälliger weiterer Institute bei voller Ausnützung des Ueberbauungskoeffizienten verwirklicht werden können, da man nicht mehr an ein im Verhältnis zur Grundfläche überladenes Raumprogramm für beide Abteilungen (Bau- und Maschineningenieurwesen) gebunden ist. Der für die Weiterführung der Projektierungsarbeiten betreffend dieses Areal erforderliche Kredit ist im Voranschlag für 1969, also im Budget, das Sie demnächst erhalten werden, enthalten.

Vierte Frage: Eine mensalose Zeit soll nach Auffassung von Herrn Nationalrat Wartmann möglichst vermieden werden. Die angestellten Untersuchungen ergaben, dass für die Sicherstellung der Verpflegung der Studierenden und des Personals der ETH nicht auf den Betrieb des Studentenheimes an der Klausiusstrasse verzichtet werden kann, ehe die räumlich zumindest gleichwertige Ersatzlösung zur Verfügung steht. Im Falle der Realisierung des sogenannten Bauingenieur-Maschineningenieurgebäudes auf dem EMPA-Areal hätte das Studentenheim niedergerissen werden müssen. Eine etappenweise Bauabwicklung unter vorläufiger Aussparung des Studentenheimes hätte nicht ohne ganz erhebliche Mehrkosten und sonstige Unzuträglichkeiten bewerkstelligt werden können. Es zeigte sich auch keine Möglichkeit, irgendwelche provisorische Unterbringung der grossen Verpflegungsstätte zu finden. Unter diesen Umständen hätte mit dem Gebäude «Bauingenieure — Maschineningenieure» erst nach Bezugsbereitschaft der neuen Mensa, deren Projektierung, wie ich erwähnte, aus mancherlei Gründen noch nicht abgeschlossen ist, begonnen werden können.

Letzte Frage endlich von Herrn Nationalrat Wartmann: Ist der Bundesrat nicht auch der Auffassung, dass

die Verwirklichung der Bauingenieurbauten auf dem Höggerberg raschestens geprüft werden sollte? Das Gelände auf dem Höggerberg, das für die Bauingenieurabteilung in Aussicht genommen wurde, erlaubt es, deren Anlage grosszügig zu projektieren. Dazu dient als Grundlage das von der Abteilung selber aufgestellte Raumprogramm, das weitgehend mit den internationalen Normenflächen pro Bauingenieurstudent, auf deren mutmassliche Anzahl beim Vollausbau der ETH bezogen, übereinstimmt. Das Bestreben geht dahin, die Projektierungsarbeiten so zu fördern, dass wir den eidgenössischen Räten noch vor Ende 1969 eine Botschaft und einen Antrag zur Gewährung der erforderlichen Objektkredite vorlegen können. Gleichzeitig sollen die Vorarbeiten so weitergetrieben werden, dass, die Kreditverteilung vorausgesetzt, 1970 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann, also entsprechend den Postulaten des Nationalrates und des Ständerates. Es lässt sich heute noch nicht sagen, ob der Mensabau sich in der gleichen Botschaft behandeln lassen wird. Selbstverständlich wird auch diese wichtige Aufgabe mit der nötigen Aufmerksamkeit weiterverfolgt; solange aber keine neue Mensa steht, kann die alte nach dieser Konzeption weiterbetrieben werden.

Der Beschluss des Schulrates, von der Ausbaukonzeption von 1959 durch Verlegung der Bauingenieurabteilung nach der Aussenstation Höggerberg abzuweichen, wird weitere Nachwirkungen auf die bisherigen Planungsrichtlinien haben. Der Schulrat bemüht sich, noch vor Ende des laufenden Jahres bestimmen zu können, welche weiteren Abteilungen auf den Höggerberg verlegt und welche im Zentrum belassen werden.

Ich glaube, damit die Fragen von Herrn Nationalrat Wartmann beantwortet zu haben, und ich glaube darüber hinaus feststellen zu können, dass seine Auffassung sich mit unserer Konzeption deckt. Ich möchte nochmals wiederholen, dass der Bundesrat bereit ist, das Postulat von Herrn Nationalrat Eisenring entgegenzunehmen.

Den Vorsitz übernimmt Vizepräsident Aebischer-Freiburg.

M. Aebischer-Fribourg, vice-président, prend la présidence.

Le président: Nous traitons d'abord la motion Eisenring, transformée en postulat. Le Conseil fédéral accepte un tel postulat. Est-il combattu par un membre du Conseil? — Tel n'est pas le cas; il est accepté.

Monsieur Wartmann est invité à déclarer s'il est satisfait ou non de la réponse reçue au sujet de son interpellation.

Wartmann: Als Interpellant erkläre ich mich von den Antworten befriedigt. Ich danke gleichzeitig als Bauingenieur der ETH für die aus den Beratungen und Besprechungen herausgekommene neue Konzeption, wonach nun die Bauingenieurabteilung grosszügig und modern auf dem Höggerberg errichtet werden kann.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles*



*Artikelweise Beratung — Discussion des articles.***I**

**Bundesbeschluss über die Genehmigung  
der Vereinbarung zwischen  
der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
und dem Kanton Waadt  
betreffend Uebernahme der Polytechnischen Schule  
der Universität Lausanne (EPUL)  
durch die Eidgenossenschaft**

**Arrêté fédéral ratifiant la convention conclue  
entre la Confédération suisse et le canton de Vaud  
au sujet du transfert de l'Ecole polytechnique  
de l'université de Lausanne (EPUL) à la Confédération**

*Titel und Ingress***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

*Titre et préambule***Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 1***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 2***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

**Berger-Zürich, Berichterstatter:** Zum Artikel 2 hat der Ständerat eine Präzisierung beschlossen, die lautet: «... im Ausmasse von zirka 56 ha ...». Diese Präzisierung dient der Klarheit und sagt aus, wieviel Land zum verlangten Objektkredit von 3,7 Millionen Franken erworben werden soll. Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig Zustimmung.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 3***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Gesamtabstimmung — Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlusentwurfes 134 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Ständerat — Au Conseil des Etats*

**II**

**Bundesgesetz  
über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen  
Loi fédérale  
sur les écoles polytechniques fédérales**

*Titel und Ingress***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

*Titre et préambule***Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 1***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 2***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

**Antrag Ziegler***Abs. 3*

Der technische und naturwissenschaftliche Unterricht muss ergänzt werden ...

*Art. 2***Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

**Proposition Ziegler***Al. 3*

L'enseignement technique et scientifique doit être complété ...

**M. Ziegler:** Je me permets d'expliquer brièvement les raisons qui m'ont amené à retirer mes propositions:

Ces propositions étaient de deux sortes: la première concernait l'article 2. Elle demandait que tous les étudiants de l'EPUL suivent des cours en sciences sociales. L'Université de Lausanne est surchargée. Renvoyer les étudiants de l'EPUL aux salles surpeuplées de l'Université ne me paraît pas être une solution valable. J'aurais préféré que l'EPUL prévoie elle-même la création d'une section de sciences sociales.

La deuxième proposition concernait le chapitre III, notamment les articles 12, 13 et 14.

Ici, je voulais proposer l'introduction du «département» et l'abolition de l'étouffant système des chaires. La structure départementale, élaborée par l'Association suisse des jeunes chercheurs, commence à remplacer les chaires dans plusieurs universités cantonales.

Je regrette, dès lors, que la présente loi maintienne une structure archaïque et surannée du corps enseignant et du corps des chercheurs.

J'ai renoncé à vous soumettre ces propositions. Je n'ai pas fait partie de la commission préparatoire. Après discussion avec certains de mes collègues, il m'apparaît impossible d'ouvrir ici, ce matin, un débat aussi fondamental que celui qui a trait aux départements et à l'abolition du système des chaires.

Dernière remarque: Je sais que l'Etat central ne peut provoquer la réforme des structures si nécessaires et urgentes des universités cantonales.

Mais j'insiste sur un point: lorsque le gouvernement fédéral nous soumet un projet de loi concernant une école fédérale, nous avons le droit de lui demander des options structurelles modernes et véritablement contemporaines.

Je prie instamment M. le Président Tschudi de tenir compte de mes remarques à l'avenir.

**Bundesrat Tschudi:** Ich möchte Herrn Nationalrat Ziegler gerne kurz antworten. Eine eingehende Diskussion erübrigt sich, nachdem er seine Anträge zurückgezogen hat. Ich glaube, dass die gewählte Lösung, wonach die Studierenden die Nebenfächer, wenn ich so sagen darf, an der Universität Lausanne zu besuchen haben, richtig ist. Nur dieser Gesichtspunkt entspricht dem Ziel der Koordination, auf das Ihr Rat und die Öffentlichkeit grössten Wert legen. Die Abteilung für Sozialwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften der Universität Lausanne ist gut ausgebaut und leistungsfähig. Wenn Sie für die zukünftige Zahl der Studierenden infolge vermehrten Besuches durch Studenten der ETH Lausanne nicht genügt, kann sie weiterentwickelt werden. Sie haben dem Hochschulgesetz entnehmen können, dass, sofern der Unterricht beiden Hochschulen dient, der Bund bereit ist, sich finanziell an entsprechenden Auslagen zu beteiligen.

Was das von Herrn Nationalrat Ziegler gewünschte Departementssystem betrifft, habe ich in meinem Votum zum Eintreten soeben darauf hingewiesen, dass wir daran denken, in den neuen Hochschulreglementen Institute zu Departementen zusammenzufassen. Das Gesetz ist derart weit gefasst und verzichtet auf Detailvorschriften, dass der Bundesrat und der Hochschulrat in keiner Weise gehindert sind, das Departementssystem dort, wo es als zweckmässig erscheint, sowohl in Zürich als auch in Lausanne, einzuführen.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 3—4*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 5*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

**Antrag Ziegler**

*Abs. 2 (neu)*

Die Schaffung von Lehr- und Forschungsdepartementen, die die Studierenden, Assistenten und Lehrkräfte eines gleichen Faches vereinigen, wird gefördert.

*Art. 5*

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

**Proposition Ziegler**

*Al. 2 (nouveau)*

La création de départements d'enseignement et de recherche réunissant les étudiants, assistants et enseignants d'une même discipline scientifique sera favorisée.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 6*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 7*

**Antrag der Kommission**

*Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

*Abs. 2*

Die Studienpläne und die Diplomprüfungen der Hochschulen sind so zu koordinieren, dass die Diplome als gleichwertig gelten und dass die Studierenden in jedem Semester von einer an die andere Hochschule übertreten können. Inhaber der Diplome einer Hochschule sind ferner prüfungsfrei zu den Nachdiplomstudien der anderen Hochschule zuzulassen.

**Antrag Gut**

*Abs. 2*

Die Studienpläne und Prüfungen der Hochschulen sind so zu koordinieren, dass die Vordiplome und Diplome als gleichwertig gelten und dass die Studierenden in jedem Semester von der einen zur andern Hochschule übertreten können. Inhaber...

**Antrag Ziegler**

*Abs. 3 (neu)*

Die Reglemente und Studienpläne erleichtern soweit als möglich den freien Uebertritt der Studierenden von den Technischen Hochschulen der Schweiz in die anerkannten grossen Technischen Hochschulen des Auslandes.

*Art. 7*

**Proposition de la commission**

*Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Al. 2*

Les plans d'études et les examens de diplôme des deux écoles doivent être coordonnés de telle manière que les diplômés soient équivalents et que les étudiants puissent passer, à n'importe quel semestre, d'une école à l'autre. De plus, les diplômés de l'une des écoles devront pouvoir suivre sans examen d'admission spécial l'enseignement du troisième cycle de l'autre.

**Proposition Gut***Al. 2*

Les plans d'études et les examens des deux écoles doivent être coordonnés de telle manière que les examens propédeutiques et les diplômes soient équivalents et que les étudiants puissent passer, à n'importe quel semestre, d'une école à l'autre. De plus, les diplômés...

**Proposition Ziegler***Al. 3 (nouveau)*

Les règlements et plans d'études faciliteront dans la mesure du possible le libre passage des étudiants des écoles polytechniques de Suisse aux grandes écoles polytechniques reconnues de l'étranger.

**Gut:** Es geht mir um die Freizügigkeit zwischen Zürich und Lausanne. Gestern ist in eindringlichen Voten — ich erwähne besonders Herrn Chavannes — darauf hingewiesen worden, wie wichtig vom nationalen Standpunkt aus diese Freizügigkeit ist. Der Bundesrat ist sich in seiner Vorlage dessen voll bewusst. In der Botschaft schreibt er deshalb auf Seite 12: «Zudem soll die bei einer Uebernahme vorgesehene gegenseitige Anerkennung der Vordiplomprüfungen erstmals einen ungehinderten Uebertritt der Studenten von einer Hochschule zur andern ermöglichen.» Das bedeutet also die Anerkennung der Vordiplomprüfungen. Im Absatz 2 finden Sie aber die Anerkennung der Vordiplomprüfungen nicht, sondern dort ist nur davon die Rede, dass die Diplome als gleichwertig gelten. Wenn Sie einwenden würden, dass unter Diplomen auch die Vordiplome zu verstehen seine, müsste ich Ihnen entgegenhalten, dass der letzte Satz von Absatz 2 von den Inhabern der Diplome spricht, die prüfungsfrei zu den Nachdiplomstudien zuzulassen seien. «Diplom» heisst also «Schlussdiplom». Noch klarer wird das, wenn Sie den französischen Text betrachten. Da ist auf Seite 11 von der reconnaissance réciproque des examens propédeutiques die Rede. Das Wort «Diplom» ist nicht verwendet. Von den «examens propédeutiques» finden Sie im Absatz 2 nichts. Mein Antrag zielt deshalb dahin, das zu halten, was in der Botschaft versprochen wird, nämlich auch die Vordiplome anzuerkennen und damit die Kongruenz zwischen Botschaft und Gesetzestext herzustellen.

**Berger-Zürich, Berichterstatter:** Zu Ziffer 2 hat die Kommission ebenfalls Stellung bezogen. Sie beantragt Ihnen hier die Worte «mit möglichst wenig Schwierigkeiten» zu streichen. Verschiedene Kommissionsmitglieder vertraten die Auffassung, dass den Studenten die Freizügigkeit von einer Schule zur andern möglichst erleichtert werden soll. Diesen Wünschen hat die Kommission Rechnung getragen. In ihrem Namen beantrage ich Ihnen Zustimmung zum Antrag der Kommission.

Von Kollege Gut liegt ein weiterer Antrag zu Absatz 2 vor. In der Kommission konnte darüber nicht gesprochen werden. Persönlich neige ich zur Auffassung, dass der Antrag ohne weiteres entgegengenommen werden kann.

**M. Kohler, rapporteur:** En séance de commission, notre collègue M. Hofer avait demandé que le texte définisse d'une manière plus précise la notion de l'équivalence des diplômes et la possibilité de passage d'une école polytechnique à l'autre à n'importe quel semestre.

Cette proposition a été retenue par la commission unanime et je vous invite à l'accepter à votre tour.

M. Gut, de son côté, voudrait que les plans d'études et les examens soient coordonnés de telle manière que non seulement les diplômes, mais aussi les examens propédeutiques soient équivalents.

Une telle disposition risque à certains égards d'hypothéquer ce qu'on a appelé le génie propre des deux écoles. Il faut aussi constater que, par rapport au texte allemand, le texte français est plus précis. Cette question n'étant pas d'une grande importance, je vous invite à adopter la proposition de M. Gut.

**Le président:** La commission et le Conseil fédéral acceptent la proposition de M. Gut. Est-elle combattue au sein de l'assemblée? Tel n'étant pas le cas, elle est acceptée.

Il en est de même de la proposition de la commission concernant le deuxième alinéa de l'article 7.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 8—18*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 19*

**Antrag der Kommission**

*Abs. 1, 3*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

*Abs. 2*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

*Minderheit*

(König, Akeret, Albrecht, Bächtold-Bern, Copt, Graber, Kohler, Mugny, Ott, Wanner, Wartmann)

Der Hochschulrat besteht aus dem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und acht weiteren Mitgliedern. Jedem Sitzkanton ist eine Vertretung einzuräumen. Der Präsident und die Vizepräsidenten sind hauptamtlich tätig.

*Art. 19*

**Proposition de la commission**

*Al. 1, 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Al. 2*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Minorité*

(König, Akeret, Albrecht, Bächtold-Berne, Copt, Graber, Kohler, Mugny, Ott, Wanner, Wartmann)

Le conseil des écoles se compose d'un président, de deux vice-présidents et de huit autres membres. Il doit comprendre un représentant de chaque canton où siège une école. Le président et les vice-présidents exercent leurs fonctions à plein temps.

**König, Berichterstatter der Minderheit:** Namens der Hälfte der Kommission, die dank der doppelten Stimme des Herrn Kommissionspräsidenten zu einer Minderheit geworden ist, darf ich den Antrag begründen, den neuorganisierten Schulrat, jetzt Hochschulrat genannt, um zwei Mitglieder zu erweitern, und jedem Sitzkanton, dem Kanton Waadt und dem Kanton Zürich, in dieser Behörde eine Vertretung einzuräumen.

Das geflügelte Wort jeder Hochschulreform ist die Koordination. Wir sind alle der Ueberzeugung, dass angesichts der gewaltigen Entwicklung, die wir mitmachen müssen, mitmachen wollen, äusserste Sparsamkeit am Platze ist und dass alles unternommen werden muss, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Die Anwendung dieses Grundsatzes führt die Minderheit dazu, zu sagen, es soll auch hier, beim Hochschulrat, alles getan werden; um eine enge personelle Zusammenarbeit sicherzustellen. Die Koordination soll nicht nur spielen zwischen den beiden technischen Hochschulen von Lausanne und Zürich, sondern sie soll auch spielen zwischen den technischen Hochschulen und den Universitäten und ganz besonders zwischen den beiden technischen Hochschulen und den Universitäten an den Orten der technischen Hochschulen. Hier liegt eine ausgesprochene Nahtstelle vor, bei der die gute Koordination die grössten Früchte tragen kann und tragen wird.

Sie wissen, dass die ETH in Zürich auch eine Freifächer-Abteilung betreibt. Sie haben gehört, dass in Lausanne diese Absicht, eine solche zu betreiben, nicht besteht, dass man sich vereinbaren will mit der Universität Lausanne; das zeigt, dass man dort eng zusammenarbeiten will und wird. Sie müssen wissen, dass in Zürich an der Universität und sicher auch in Lausanne an der Universität eine ausgedehnte naturwissenschaftliche Fakultät betrieben wird für Physik, Chemie, Botanik, alles Dinge, die an der ETH in Zürich auch gelehrt werden. Aus dieser doppelten Existenz der gleichen Fächer am gleichen Ort in unmittelbarer Nachbarschaft haben sich im Laufe der Zeit dank der Zusammenarbeit zwischen dem Schulratspräsidenten und der zürcherischen Kantonsregierung eine ganze Reihe gemeinsam geführter Institute und eine ganze Reihe Doppelprofessuren verschiedener Ausgestaltungen ergeben.

Ich sage also: Hier liegt eine ganz besondere Nahtstelle vor, und es ist ganz selbstverständlich, dass der Ausbau der Zusammenarbeit wesentlich gefördert wird, wenn die Behörde, die die kantonale Universität betreibt, einen Vertreter in der Behörde der eidgenössischen Schule besitzt. Was ich hier vertrete, ist sicher nichts Neues; auf andern Gebieten ist das selbstverständlich. In der Kommission des Landesmuseums, das in Zürich zu Hause ist, sitzt seit Jahrzehnten ein Vertreter der Kantonsregierung. Wir haben selber bei der Schaffung des Hochschulförderungsgesetzes es als selbstverständlich empfunden, dass der Präsident des Schulrates Mitglied der kantonalen Hochschulkonferenz wird, weil wir auch auf diesem Sektor für die Zusammenarbeit sind, weshalb wir jetzt umgekehrt einem Kantonsvertreter einen Sitz im Hochschulrat gewähren wollen.

Wir sind uns bewusst, dass wir deshalb die Konzeption des Bundesrates, die im Sinne des Postulates von Herrn Kollege Eisenring verwirklicht werden sollte, nicht zerstören wollen. Auf Anregung unseres Kollegen Wartmann haben wir darum vorgeschlagen, dass man die Mitgliederzahl des Hochschulrates um 2 erhöhen sollte: Also 3 vollamtliche Bundesfunktionäre und 8 weitere Mitglieder.

Sie werden mich fragen, ob das notwendig sei; die bisherige Ordnung habe doch auch zur Koordination geführt. Wir sagen ja, selbstverständlich; aber ich könnte mir doch einen Ausbau der Koordination vorstellen, und ich bitte Sie, zu beachten, dass jetzt, mit der Neuorganisation des Hochschulrates, eine veränderte Lage eintritt. Der Schulratspräsident wird seinen Sitz nicht mehr am Ort der kantonalen Universität in Zürich haben, sondern er disloziert nach Bern, und weder die Waadt noch Zürich haben den Vorteil, den Herrn Schulratspräsidenten in unmittelbarer Nähe zu haben. Der Vizepräsident ist zwar vorhanden, aber er stellt keinen vollwertigen Ersatz dar. Das darf ich Ihnen aus meiner Erfahrung als zürcherischer Erziehungsdirektor sagen. Ich muss überhaupt erklären, Herr Bundesrat Tschudi wird einige Schwierigkeiten haben; theoretisch hört sich seine Organisation sehr gut an, aber es hat sich bereits beim Ersatz von Herrn Pallmann gezeigt, dass es gar nicht so leicht ist, für den wichtigen Posten qualifizierte Kandidaten zu finden. Jedenfalls musste man davon abgehen, einen bisherigen Professor, ein Mitglied des Lehrkörpers, zu berufen, und ich kann mir lebhaft vorstellen, dass für die Funktion von Vizepräsidenten die Auswahl wirklich qualifizierter Vertreter noch geringer sein wird.

Das sind die Gründe, die die Minderheit veranlassten, Ihnen diesen Antrag zu stellen. Darf ich zum Schluss, als Mitglied der Zürcher Regierung, noch sagen, dass mich der Regierungsrat beauftragt hat, den Nationalrat zu bitten, dem Minderheitsantrag zuzustimmen. Der Regierungsrat hatte keine Gelegenheit, in einem Vernehmlassungsverfahren zu diesem Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen. Er hat zu spät vernommen, dass mit der Uebernahme der EPUL eine Aufhebung des bisherigen ETH-Gesetzes vorgesehen und dass eine neue Redaktion eines Bundesgesetzes beabsichtigt sei. Der Regierungsrat bittet Sie deshalb, nachdem er die Möglichkeit nicht hatte, seine Meinung dem Bundesrat vorzutragen, dem Minderheitsantrag zu entsprechen.

**M. Reverdin:** Je souhaite que, dans le futur conseil, il y ait un, voire deux Vaudois, un ou même deux Zurichois; j'admets aussi que les circonstances pourraient faire qu'il n'y en ait pas pendant quelque temps. La coordination souhaitée par M. Koenig est absolument nécessaire, non seulement avec les universités immédiatement voisines des écoles polytechniques, mais également avec les autres universités car, dans bien des domaines, on doit arriver maintenant à des solutions nationales aussi bien dans l'enseignement que dans la recherche.

Néanmoins, la proposition de notre collègue, M. Koenig, me paraît présenter de sérieux inconvénients. C'est pourquoi je la combats et j'espère vous persuader qu'elle doit être repoussée. Un inconvénient mineur est, sans doute, celui d'augmenter le nombre des membres du Conseil. Moins un conseil est nombreux, plus il est généralement efficace dans la délibération comme dans la décision. Mais ce qui me paraît surtout dangereux, c'est de créer des droits et de lier ainsi le Conseil fédéral. Deux cantons qui ont déjà le privilège d'avoir sur leur territoire les hautes écoles techniques auraient le privilège complémentaire de pouvoir exercer sur le destin de ces écoles, qui sont des institutions nationales, une influence plus grande que les autres cantons qui sont également intéressés.

Comme nous le savons par expérience en ce qui concerne le Conseil fédéral, il est pénible d'être lié par des règles trop strictes lorsqu'il s'agit de compléter un conseil au fur et à mesure des démissions, des retraites et des décès. Quand un conseiller fédéral zurichois ou bernois se retire, nous sommes, dans cette salle, obligés de trouver un Bernois ou un Zurichois qui soit du même parti et qui, généralement, puisse prendre la direction du même département. Nous sommes trop étroitement liés dans notre choix; nous en avons souffert très souvent. Or, pour ce qui concerne le conseil d'école, il faudra veiller à ce que l'industrie et certaines branches de l'administration fédérale soient représentées. A ce sujet, j'estime que l'on a l'intention de faire trop de place aux représentants de l'administration fédérale dans le Conseil des Ecoles, mais, ce n'est pas dans la loi et cela pourra toujours être corrigé. Il serait souhaitable que, par exemple, l'agriculture ou les syndicats soient représentés. Il faudra qu'il y ait des Romands, un Tessinois, des Suisses alémaniques, il importera surtout qu'il y ait des personnes capables d'assumer la direction et de contrôler la gestion de deux écoles polytechniques travaillant solidairement. Si en plus de ces exigences, il y a l'obligation de désigner un Zurichois et un Vaudois, les choses deviennent fort compliquées. Lors d'une vacance, il faudra que le Conseil fédéral ait la liberté de choisir l'homme de la situation, celui qui est en mesure de rendre les plus grands services à l'école, aux deux écoles.

Quant aux cantons de Zurich et Vaud, il importe de considérer que les cantons et leur gouvernement peuvent, sans qu'il y ait à cela aucune espèce d'obstacle, prendre en permanence contact avec la direction de l'école qui est sur leur territoire, avec le conseil des écoles. En outre, pour ce qui est de la coordination, notons qu'il existe déjà suffisamment d'organes qui s'en chargent, la conférence universitaire et le conseil de la science notamment. Bref, il me semble qu'il est préférable de lier le moins possible le Conseil fédéral de manière qu'il puisse, lors de chaque vacance, agir sans avoir à tenir compte de droits qui seraient concédés cette fois-ci à deux cantons, puis à des services de l'administration, puis à des groupements industriels ou que sais-je. L'objectif essentiel est en effet d'assurer la meilleure gestion possible de ces écoles et de leur donner, par rapport au gouvernement fédéral et aux gouvernements cantonaux, l'autonomie qui est nécessaire à toute haute école et à toute université.

Encore une fois, je n'ai aucune objection à ce qu'il y ait un, deux, trois Zurichois, un, deux, trois Vaudois dans le conseil, mais je crois qu'il faut éviter de restreindre à l'avance les choix qui devront être faits, de cas en cas, en fonction de ce qui paraîtra le plus favorable aux écoles elles-mêmes.

**Berger-Zürich, Berichterstatter der Mehrheit:** In Artikel 19, Absatz 2, wird durch den Bundesrat vorgeschlagen: «Der Hochschulrat besteht aus dem Präsidenten, 2 Vizepräsidenten und 6 weiteren Mitgliedern...» Die Diskussion in der Kommission und auch heute hier drehte sich darum, ob zusätzlich jeder Sitzkanton innerhalb des Hochschulrates vertreten sein solle. Gemäss den Ausführungen des Herrn Bundesrat Tschudi in der Kommissionssitzung war der Kanton Zürich bis heute im Hochschulrat vertreten. Auch die Frage, was in dieser Hinsicht mit dem Kanton Waadt geschehen solle, ist in der Kommission berührt worden, und man konnte vernennen, dass mit dem Kanton Waadt bestimmt eine Lösung gefunden werden könne.

Gestern ist nun hier durch Herrn Kollege Eisenring erklärt worden, es komme nicht darauf an, ob der Hochschulrat aus 6 oder 8 Mitgliedern bestehe; es gehe darum, dass wir in den Hochschulrat die Wägsten und Besten abordnen. Nach meiner Auffassung hat hier Herr Kollege Eisenring die richtigen Worte gefunden.

Weiter darf man vielleicht feststellen, das die bisherige Ordnung — mindestens soweit ich das vernennen konnte — keinen Anlass zu Differenzen geboten hat. Sie ist den gestellten Aufgaben sicher gerecht geworden.

In der Kommission ist ferner die Koordination zwischen den einzelnen Hochschulen unbestritten geblieben. Gemäss den vorhandenen Bestrebungen muss diese Koordination sicher weiter ausgebaut werden; auf jeder Seite scheint mir der Wille dazu vorhanden zu sein, das Maximum zu leisten, damit die an dieser Stelle geäusserten Wünsche eben nicht nur Wünsche bleiben, sondern in der Zukunft realisiert werden können.

Nun geht es darum: Sollen dem Bundesrat durch die Erweiterung der Mitgliederzahl von 6 auf 8 zwingende Einschränkungen auferlegt werden? Ich glaube, dass jeder hier Anwesende mir zugeben wird, dass die Anlaufzeit ohnehin mit wesentlichen Schwierigkeiten verbunden sein wird und man deshalb gerade in dieser Zeit möglichst beweglich bleiben sollte. Die vorhin angeführten Argumente betreffend Vertretungsrecht der Sitzkantone scheinen mir bereits teilweise erfüllt zu sein, und man ist ja bereit, auch dem Kanton Waadt soweit als möglich entgegenzukommen. Weil der Sprechende also besonders in der Anlaufzeit beweglich bleiben möchte, stimmt er der Auffassung des Bundesrates zu. Es geht hier sicher um eine «dünne» Mehrheit; aber ich glaube, sie sei nun zur Genüge begründet worden, so dass ich Ihnen empfehlen kann, dem Antrag von Bundesrat und Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

**M. Kohler, rapporteur de la majorité:** L'article 19 est le seul qui ait donné lieu à une confrontation au sein de la commission.

La proposition de M. König préconise l'octroi d'un siège au canton de Vaud et un autre au canton de Zurich dans le Conseil des Ecoles. Cette proposition a été amendée par M. Wartmann qui suggère de porter de 6 à 8 les membres assesseurs de la commission et elle a été combattue par M. Tschudi, conseiller fédéral. C'est ainsi que la proposition König a réuni 11 voix, 11 voix également combattant cette proposition. En vertu de ses pouvoirs, le président de la commission départagea le vote en faveur de la proposition du Conseil fédéral. La majorité de la commission s'est donc prononcée pour ce texte.

J'avais estimé personnellement qu'il serait équitable d'octroyer un siège à chacun des cantons de Zurich et de Vaud et cela pour des raisons de coordination tout d'abord, de rationalisation ensuite et, me semble-t-il, d'équité, puisque l'on accorderait de la sorte à ces deux cantons une représentation tout à la fois minimale et maximale. Je ne partage pas l'avis de M. Reverdin lorsque ce dernier préconise que seuls des Vaudois et des Zurichois pourraient former la commission. Il me semble au contraire que l'on doit en l'occurrence faire appel à un certain fédéralisme.

On dit que les deux cantons polytechniques, si j'ose m'exprimer de la sorte, étaient assurés d'avoir un représentant par le biais des directeurs vice-présidents. Mais on oublie ainsi, d'une part, que ceux-ci seront des fonctionnaires de la Confédération et d'autre part, qu'ils ne

seront pas nécessairement des ressortissants vaudois ou zurichois. Même si le Conseil fédéral veille à éviter toutes lacunes en ce domaine il s'agit du principe. C'est pourquoi j'avais opté pour la proposition de M. König, et je maintiens ma manière de voir.

**Bundesrat Tschudi:** Der Bundesrat ist mit einem Teil der Erwägungen des Herrn Nationalrat König völlig einverstanden; gegen andere hat er gewisse Bedenken. Ich darf aber vorerst eine Bemerkung des Herrn Nationalrat König richtigstellen. Er hat nämlich erklärt, dass der Schulratspräsident künftig seinen Sitz in Bern haben werde. Der Präsident wird aber, wie in der Botschaft ausdrücklich dargelegt ist, seinen Sitz weiterhin in Zürich haben. Wir dislozieren ihn nicht nach Bern; denn der Bundesrat ist der Auffassung, dass der Schulratspräsident in engstem Kontakt mit der Hochschule selbst, den Professoren und Studierenden stehen müsse und nicht im engsten Kontakt mit seinen Vorgesetzten in Bern. Wir wissen, dass dadurch die Schwierigkeit entsteht, dass er etwas weiter entfernt ist von der ETH Lausanne, die er ebenfalls zu leiten hat. Ihm wird aber selbstverständlich auch in Lausanne ein Büro zur Verfügung stehen, und er wird einen Teil seiner Arbeitszeit in Lausanne zu verbringen haben. Die Reisedistanz zwischen Zürich und Lausanne im Vergleich zu Bern—Lausanne ist nicht dertart grösser, dass deswegen eine Dislokation nach Bern gerechtfertigt wäre. Der Schulratspräsident wird also weiterhin in Zürich arbeiten.

In einem zweiten Punkt darf ich Herrn Nationalrat König beruhigen, nämlich in bezug auf die Wahl der Vizepräsidenten. Wir sind in der glücklichen Situation, gute und fähige Kandidaten für dieses neue, wichtige Amt zu haben. Es wird uns gelingen, Leute aus der Hochschule selbst, die sich in der Lehre und im Kontakt mit Studierenden sehr bewährt haben, als Vizepräsidenten sowohl für Zürich als auch für Lausanne zu wählen.

Als richtig und nötig betrachten wir die Erwägungen von Herrn Nationalrat König über die Koordination zwischen ETH Zürich und ETH Lausanne einerseits und den Hochschulen dieser Kantone andererseits. Die Zusammenarbeit soll möglichst eng gestaltet werden, zum Nutzen beider Teile. Für beide Technische Hochschulen ist ferner ein guter Kontakt mit den Behörden der Sitzkantone notwendig. Wir dürfen uns glücklich schätzen, dass die ETH Zürich immer auf das Wohlwollen und die Unterstützung der Behörden von Kanton und Stadt Zürich zählen durfte. Ich möchte es nicht unterlassen, Herrn Regierungsrat König als Erziehungsdirektor des Kantons Zürich für sein grosses Verständnis und seine ständige Hilfe zu danken.

Aus diesen Erwägungen hat der Bundesrat seit jeher zwar nicht Vertreter Zürichs in den Schulrat gewählt, aber immer eine angesehene Persönlichkeit aus Zürich ernannt. Er wird auch in Zukunft diese Praxis verfolgen, unabhängig von Ihrem Entscheid, und zwar wird er die gleiche Haltung auch für den Kanton Waadt einnehmen. Diese Mitwirkung geeigneter Persönlichkeiten aus den Sitzkantonen liegt nicht zuletzt im Interesse der ETH selbst.

Nun zu den Bedenken: Der Hochschulrat hat vielfältige Aufgaben zu erfüllen; er hat grössere und kleinere Entscheide zu fällen; er wird auch das Management zu führen haben, wie das Herr Nationalrat Eisenring gestern schilderte. Er hat den Charakter einer Exekutive, einer Verwaltungsbehörde, die viele laufende Geschäfte zu erledigen hat. Diese Tatsache spricht eher gegen eine

zu grosse Zahl von Mitgliedern. Je kleiner das Gremium, desto schlagkräftiger; obwohl ich zugebe, dass selbstverständlich der Unterschied zwischen 9 und 11 Mitgliedern nicht sehr wesentlich ins Gewicht fällt und nicht entscheidend ist.

Das zweite Bedenken besteht gegen den Begriff «Vertreter». Es kann daraus abgeleitet werden, dass die Sitzkantone ihre Vertreter bestimmen können. Ich anerkenne, dass der Begriff nicht so ausgelegt werden muss, aber er kann so ausgelegt werden. Der Wahlbehörde muss aber die Zuständigkeit zur Wahl — und auch die Verantwortung für die Wahl — belassen werden. Die Zusammensetzung des Hochschulrates muss sehr sorgfältig ausgewogen werden, damit neben den Sprachen, neben den Landesteilen, auch verschiedene Wissenschaftsrichtungen, ferner die forschende Industrie mit ihren besonderen Kenntnissen und Erfahrungen mitwirken kann. Wir haben also gar nichts einzuwenden und sind völlig damit einverstanden, dass die Praxis verfolgt wird, immer mindestens je eines der Mitglieder des Hochschulrates aus dem Kanton Zürich und aus dem Kanton Waadt zu wählen; aber wir haben Bedenken gegen die Bezeichnung von «Vertretern». Der entscheidende Gesichtspunkt bei der Wahl liegt in den hohen Qualitäten, in der Kompetenz der Mitglieder des Hochschulrates; und ich glaube Ihnen versichern zu dürfen, dass der Bundesrat wie bisher auch in Zukunft diesem Moment grösste Beachtung schenken wird.

#### *Abstimmung — Vote*

##### *Abs. 2 — Al. 2*

Für den Antrag der Mehrheit	74 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	61 Stimmen

#### *Art. 20—29*

##### **Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

##### **Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

*Angenommen — Adopté*

#### *GesamtAbstimmung — Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	141 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

*An den Ständerat — Au Conseil des Etats*

## **Polytechnische Schule der Universität Lausanne. Übernahme durch den Bund**

## **Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne. Transfert à la Confédération**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1968
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9893
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	01.10.1968
Date	
Data	
Seite	558-567
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 915

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

article que nous vous proposons à l'unanimité d'approuver dans le texte de votre dépliant.

Par ce fait l'article 20, dans lequel l'alinéa 6 «celui qui enfreint les dispositions de l'article 7» a été supprimé, reste inchangé. Il ne fait plus, par conséquent, objet de la présente révision, restant dans la loi dans son texte original.

**Tschopp**, Berichterstatter: Letzte Differenz: Artikel 19, Ziffer 1. Hier geht es um ein juristisches Problem. Den Artikel 19 müssen wir im Zusammenhang mit dem geänderten Artikel 7 betrachten. Das Bundesgesetz enthält unter IV die Strafbestimmungen. Artikel 19 ahndet unbefugte Herstellung, Verwendung von Betäubungsmitteln; Artikel 20 Verstöße gegen Ein- und Ausfuhr; Artikel 21 umschreibt die Vergehen gegen die Kontrollpflicht, und Artikel 22 enthält eine generelle Strafklausel. Alle diese Strafnormen beziehen sich ausdrücklich auf Betäubungsmittel. In der Kommission sind Bedenken geäußert worden, die Artikel-7-Substanzen, die eben keine Betäubungsmittel sind, dem Strafartikel 20 zu unterstellen.

Die Verwaltung hat uns eine Ergänzung zu Artikel 19 vorgeschlagen, der Bundesrat schliesst sich diesem Vorschlag an. Sie finden ihn auf der Fahne auf Seite 3. Jede Rechtsunsicherheit beim Umgang mit neuen Substanzen wird auf diese Weise vermieden, und damit wird auch eine Änderung in Artikel 20 überflüssig. Die Kommission beantragt Ihnen, die Fassung in Artikel 19 zu genehmigen. Entsprechend, wenn Sie diesem Beschluss zustimmen, wird dann die Streichung in Artikel 20 – diese Streichung bezieht sich nur auf Alinea 6 – überflüssig, weil das Problem in Artikel 19 gelöst wird, und Artikel 20 bleibt dann in der jetzt geltenden Fassung bestehen.

*Angenommen – Adopté*

*Art. 20, Ziffer 1*

**Antrag der Kommission**

Streichen.

*Art. 20, chiffre 1*

**Proposition de la commission**

Biffer.

*Angenommen – Adopté*

*Art. 25, Abs. 1, Art. 29, Art. 31, Abs. 3*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Art. 25, al. 1, art. 29, art. 31, al. 3*

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen – Adopté*

*Abschnitt II*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Chapitre II*

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Gesetzentwurfes

115 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

## 9893. Polytechnische Schule der Universität Lausanne. Übernahme durch den Bund Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne. Transfert à la Confédération

Siehe Seite 558 hiervor – Voir page 558 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 2. Oktober 1968  
Décision du Conseil des Etats du 2 octobre 1968

*Differenzen – Divergences*

**Bundesgesetz – Loi fédérale**

*Art. 7, Abs. 2, erster Satz*

**Antrag der Kommission**

Die Studienpläne und die Diplomprüfungen der Hochschulen sind so zu koordinieren, dass die Vordiplome und Diplome als gleichwertig gelten und dass die Studierenden von der einen zur andern Hochschule übertreten können.

*Art. 7, al. 2, première phrase*

**Proposition de la commission**

Les plans d'études et les examens des deux écoles doivent être coordonnés de telle manière que les examens propédeutiques et les diplômes soient équivalents et que les étudiants puissent passer d'une école à l'autre.

**Berger-Zürich**, Berichterstatter: Bei der Beratung der Vorlage – Übernahme der Polytechnischen Schule der Universität Lausanne durch den Bund – ist im Ständerat eine Differenz entstanden.

Der Ständerat ist der Auffassung, dass die von uns beschlossene Formulierung, dass der Übertritt in jedem Semester möglich sein soll, zu weitmaschig gefasst sei. Er schlägt daher vor, dass der Übertritt der Studierenden wenigstens nach jedem Vordiplom erfolgen könne. Diese Fassung geht der nationalrätlichen Kommission wieder etwas zu weit. Wir haben in diesem Zusammenhang zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung die Angelegenheit besprochen und gelangen zur Auffassung, dass die Formulierung: «Die Studienpläne und Prüfungen der Hochschulen sind so zu koordinieren, dass die Vordiplome und Diplome als gleichwertig gelten und dass die Studierenden von der einen zur anderen Hochschule übertreten können», genügen sollte. Damit würde der Stein des Anstosses «in jedem Semester» durch die nationalrätliche Kommission fallengelassen, wodurch der Ständerat wiederum in die Lage versetzt würde, auf seine Formulierung zu verzichten.

Im Namen der einstimmigen Kommission kann ich Ihnen die vorgelesene Formulierung von Artikel 7, Ziffer 2, beantragen.

**M. Kohler**, rapporteur: Une constatation s'impose: c'est qu'il n'existe aucune opposition majeure pouvant justifier le renvoi de cette affaire. Le renvoi serait d'autant plus regrettable que les mesures d'aide extraordinaire de la Confédération en faveur des universités prennent fin à partir du 1<sup>er</sup> janvier prochain. Autrement dit, le canton de Vaud en serait privé; on se trouverait alors dans une situation juridique extrêmement embarrassante, la loi sur les écoles polytechniques fédérales étant directement liée à la convention de reprise de l'EPUL par la Confédération.



La divergence provoquée par le Conseil des Etats porte sur la décision de notre conseil faisant sienna la proposition Gut qui, à l'article 7, tend à étendre la coordination au plan d'études et aux examens dans les deux écoles, de telle manière que les examens propédeutiques soient équivalents et que les étudiants puissent passer d'une école à l'autre à n'importe quel semestre.

En fait, la modification du Conseil des Etats confirme le droit de passage d'une école à l'autre, tient compte du fait que la notion de la période scolaire est applicable à l'année scolaire et non pas au semestre, tout en admettant des exceptions en cours d'année pour les cas extraordinaires. Par conséquent, les opinions de nos conseils ne sont pas si éloignées l'une de l'autre.

Notre commission s'est réunie aujourd'hui et est arrivée à la conclusion que l'inscription dans la loi de passages à n'importe quel semestre peut entraîner des répercussions plus ou moins draconiennes qui pourraient être aussi bien préjudiciables aux étudiants intéressés qu'à l'organisation propre aux deux écoles. C'est pourquoi à l'unanimité de ses membres elle fait abandon de la notion, plutôt de la mention «à n'importe quel semestre». C'est là un résultat de compromis auquel devrait pouvoir se rallier M. Gut dont les intentions essentielles sont respectées, comme au reste le Conseil des Etats qui n'a pas accepté une discrimination de semestres par trop exclusive.

Ce faisant, notre commission entend souligner une fois encore sa volonté d'accorder aux deux écoles leur autorité à part entière, sans velléité de subordination de l'une par l'autre, tout en assurant la coordination ou les coordinations qui s'imposent et en maintenant leur caractère propre. Elle exprime par là son souci de favoriser les études dans toute la mesure du possible, compte tenu des exigences légitimes de la formation et de concéder aux étudiants appelés à fréquenter les deux écoles polytechniques l'égalité des chances et les facilités de passage nécessaires.

Je vous demande dès lors, Monsieur le Président et Messieurs, de vous rallier à votre tour à notre proposition.

*Angenommen – Adopté*

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

Vormittagssitzung vom 3. Oktober 1968

Séance du 3 octobre 1968, matin

Vorsitz – Présidence: Herr *Conzett*

### 9314. Verwaltungsverfahren. Bundesgesetz Procédure administrative. Loi

Siehe Seite 314 hiervor – Voir page 314 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 17. September 1968  
Décision du Conseil des Etats du 17 septembre 1968

#### *Differenzen – Divergences*

**Tschäppät**, Berichterstatter: Es werden am Schluss bei den beiden Gesetzen «Verwaltungsverfahren» und «Verwaltungsgerichtsbarkeit» noch drei Differenzen zum Ständerat bestehen, die allerdings keineswegs grundsätzlicher Natur sind.

Ich darf einleitend dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement herzlich danken für die gründliche Vorarbeit und besonders auch für die Bemühungen der Herren Bundesrat von Moos und Dr. Muff im Differenzbereinigungsverfahren.

#### *Art. 2*

#### **Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

#### **Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

**Tschäppät**, Berichterstatter: In Artikel 2, Absatz 1 und 2, des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren hat der Ständerat das Adverb «lediglich» gestrichen, das im Hinblick auf die nach Artikel 3 anwendbaren ergänzenden Verfahrensbestimmungen etwas zu schroff wirkte. In Absatz 2 hat er überdies die Verweisung auf Artikel 32 über die Eröffnung der Verfügungen in einem amtlichen Blatte gestrichen. Diese kommt in der Tat für Verfügungen über die Abnahme von Fähigkeitsprüfungen ernsthaft nicht in Frage. An Stelle von Absatz 3, der zu Artikel 2bis wird, tritt ein neuer Absatz 3. Dieser erklärt die Artikel 18 bis 21 über die Fristen auf die Schätzungskommissionen im Sinne von Artikel 57ff. des Enteignungsgesetzes anwendbar und nimmt damit eine bevorstehende Revision des Enteignungsgesetzes vorweg. Die Ergänzung zieht einmal die Streichung von Artikel 2bis, Litera e, nach sich. Ausserdem lässt sich dann Artikel 110 des Enteignungsgesetzes streichen, was der Einfachheit halber in Abschnitt IV der Schlussbestimmungen über die Verwaltungsgerichtsbarkeit geschieht.

Unsere Kommission beantragt in allen drei Punkten, dem Ständerat Folge zu leisten.

**M. Glasson Pierre**, rapporteur: La loi sur la procédure administrative ne présente plus que quelques divergences d'avec les décisions du Conseil des Etats, divergences qui peuvent d'ailleurs être éliminées sans trop d'obstacles.

Aux alinéas 1 et 2 de l'article 2, le Conseil des Etats a biffé l'adjectif «seuls» qui lui est apparu comme trop absolu au regard des dispositions complémentaires de l'article 3. A l'alinéa 2, il a supprimé la mention de l'article 32 dont le contenu, il est vrai, ne serait pas sérieuse-

## **Polytechnische Schule der Universität Lausanne. Übernahme durch den Bund**

## **Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne. Transfert à la Confédération**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1968
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9893
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.10.1968
Date	
Data	
Seite	610-611
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 924

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.



## **Polytechnische Schule der Universität Lausanne. Übernahme durch den Bund**

## **Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne. Transfert à la Confédération**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1968
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9893
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1968
Date	
Data	
Seite	620-620
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 928

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

in Kraft setzen zu können. Die Kommission schliesst sich dieser Auffassung an. Nachdem die Botschaft bereits in unserem Besitze ist, liegt es beim Parlament, die Behandlung der Vorlage so rasch als möglich vorzunehmen. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich bei der Neuregelung dieser Materie entgegenstellen, ist es vorsichtiger, die Frist nicht zu kurz zu bemessen.

Neben dem reinen Verlängerungsbeschluss enthält die Vorlage auch eine materielle Aenderung, die besonders dringlich ist. Beim heute gültigen Gesetz vermag insbesondere die sehr unbewegliche Zuteilung von Unionskäse an die Mitgliederfirmen der Käseunion in keiner Weise zu befriedigen. Es ist heute einfach nicht mehr zu verantworten, dass gewisse Absatzmöglichkeiten einzelner Exporteure nicht voll ausgenützt werden können, weil diesen Exporteuren über ihre feste Quote hinaus keine weitere Ware mehr zur Verfügung steht. Das ist gerade heute, bei den grossen, kaum absetzbaren Vorräten an Käse ein Nachteil, der nicht einfach belassen werden kann. Um diesen schwersten Fehler des Gesetzes sofort einigermaßen korrigieren zu können, schlägt der Bundesrat die Schaffung einer Warenreserve von höchstens 60 000 q Käse vor, die alsdann den leistungsfähigen Exporteuren zur Verfügung gestellt werden soll. Dies erfordert die Ergänzung des Artikels 12e des Milchbeschlusses durch die neuen Absätze 5 und 6.

Namens der einstimmigen Kommission habe ich die Ehre, Ihnen zu beantragen, auf den Beschlussentwurf einzutreten und ihm zuzustimmen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
Le Conseil passe sans opposition à la discussion  
des articles*

*Artikelweise Beratung — Discussion des articles*

*Titel und Ingress*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrats.

*Titre et préambule*

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national.

*Angenommen — Adoptés*

*Abschnitte I, II, III*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

*Chapitres I, II, III*

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national.

*Angenommen — Adoptés*

*Gesamtabstimmung. — Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 40 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

Vormittagssitzung vom 18. Juni 1968

Séance du 18 juin 1968, matin

Vorsitz — Présidence: Herr Wipfli

**9893. Polytechnische Schule  
der Universität Lausanne  
Übernahme durch den Bund  
Ecole polytechnique  
de l'Université de Lausanne.  
Transfert à la Confédération**

Botschaft, Gesetz- und Beschlussentwurf vom 4. März 1968  
(BBl I, 699)

Message, projet de loi et d'arrêté du 4 mars 1968  
(FF I, 728)

**Bundesbeschluss über die Genehmigung  
der Vereinbarung zwischen der Schweizerischen  
Eidgenossenschaft und dem Kanton Waadt  
betreffend Uebernahme der Polytechnischen Schule  
der Universität Lausanne (EPUL)  
durch die Eidgenossenschaft**

**Arrêté fédéral ratifiant la convention conclue entre  
la Confédération suisse et le canton de Vaud  
au sujet du transfert de l'Ecole polytechnique de  
l'Université de Lausanne (EPUL) à la Confédération**

**Antrag der Kommission**

Eintreten.

**Proposition de la commission**

Passer à la discussion des articles.

*Berichterstattung — Rapport général*

M. Torche, rapporteur: La commission du Conseil des Etats chargée d'examiner le projet d'arrêté fédéral ratifiant la convention conclue entre la Confédération, d'une part, et le canton de Vaud, d'autre part, au sujet du transfert de l'Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne, dénommée l'«EPUL», à la Confédération, cette commission, au nom de laquelle j'ai mission de vous présenter ce rapport, s'est réunie à Lausanne les 17 et 18 avril dernier, visitant tout d'abord le terrain prévu à Dorigny pour les constructions futures de la nouvelle cité universitaire et le bâtiment actuel de l'école polytechnique.

L'arrêté fédéral prévoit ledit transfert et l'ouverture d'un crédit d'ouvrage de 3,7 millions de francs pour l'achat du terrain nécessaire à Dorigny, sur le territoire de la commune d'Ecublens. Je veux d'abord traiter ce problème, me réservant ensuite de revenir sur la question de la nouvelle loi sur les écoles polytechniques fédérales, celle-ci étant rendue nécessaire au cas où les Chambres approuveraient le premier arrêté, à savoir celui de la reprise de l'EPUL par la Confédération.

Déjà, lors du cinquantième anniversaire de l'EPUL, en 1903, son directeur de l'époque se posait la question de savoir si l'école polytechnique de Zurich serait toujours le seul établissement supérieur de la Confédération et si, dans l'intérêt général du pays, il n'y aurait pas lieu de prévoir, dans un avenir rapproché, la création d'un second établissement du même genre. Il y a donc plus

de soixante ans qu'a été soulevé un problème qui réclame aujourd'hui une solution.

De nos jours, l'EPUL comprend une école d'ingénieurs et une école d'architecture. La première comprend six sections: génie civil, mécanique, électrotechnique, physique, chimie, géomètres du registre foncier. Elle compte 19 laboratoires et instituts qui permettent de faire l'enseignement théorique et exécutent en outre, sur commande, des recherches pour l'industrie. Si tout concorde dans les buts assignés à l'EPUL et à l'Ecole polytechnique fédérale, en matière de formation, il existe cependant des différences importantes dans la manière dont les études sont réglées. Les plans d'études divergent sensiblement de nos jours.

Il y a dix ans, l'école ne comptait que 755 étudiants. Actuellement, le grand nombre des étudiants étrangers s'explique principalement par le fait qu'en comparaison avec la situation existant dans les territoires germanophones, il n'y a que peu de hautes écoles techniques de langue française. En outre, on note dans celles-ci un fort afflux de ressortissants de pays en voie de développement qui étaient autrefois des colonies françaises. Mais il ne faut pas oublier que les diplômés étrangers de nos hautes écoles deviennent, très souvent, des amis de la Suisse et, une fois rentrés chez eux, de remarquables ambassadeurs de notre pays.

Avec quelque 1200 étudiants à l'heure actuelle, l'EPUL a atteint les limites de l'effectif qu'elle peut accueillir. Les deux hautes écoles techniques de notre pays devraient pouvoir recevoir, dans un avenir assez proche, quelque 14 000 à 16 000 étudiants (y compris ceux du troisième cycle). Ces chiffres sont dans la ligne des études faites et, entre autres, de ceux que contient le rapport de la Commission Labhardt. Comme l'on se propose d'agrandir l'Ecole polytechnique fédérale de manière que 10 000 étudiants environ y trouvent place, il faut aussi absolument développer l'EPUL, progressivement bien entendu. Pour l'immédiat, il faut que l'EPUL puisse accueillir 2000 étudiants au moins, tout en prévoyant les possibilités d'arriver à 6000, par la suite. Le terrain, actuellement à disposition de l'EPUL, ne permet pas de prévoir ces agrandissements. La seule solution, possible et judicieuse, est de transférer cette école à Dorigny, à quelques kilomètres du centre de Lausanne, en direction de Genève. C'est un endroit magnifique, très bien exposé, ensoleillé et qui se prêtera remarquablement bien à l'installation d'un centre ou complexe universitaire.

De cette situation est née la convention concernant le transfert de l'EPUL à la Confédération.

En effet, l'entretien d'une école polytechnique, en plus d'une université pleinement développée, dépasse à l'heure actuelle les possibilités financières du canton de Vaud. Si l'on veut toutefois assurer la relève scientifique dans les disciplines techniques, relève dont dépend notre économie publique, il est nécessaire, alors, que la Confédération prenne à sa charge l'EPUL.

Le problème d'aide fédérale à l'EPUL avait déjà fait l'objet de deux interpellations des conseillers nationaux Sollberger et Bühler, les 2 octobre 1958 et 29 avril 1959. Une autre demande d'aide de la Confédération a fait l'objet d'un message du Conseil fédéral, le 24 janvier 1961, lors du projet d'agrandissement de l'EPUL, mis sur pied par l'Etat de Vaud, dont le coût s'élevait à plus de 11 millions de francs. A l'époque, une contribution unique, du tiers des frais, fut accordée par les Chambres, soit par arrêté fédéral du 9 mars 1961.

Une aide spéciale fut aussi accordée au canton de Vaud lors de l'établissement du régime provisoire d'aide de la Confédération aux universités cantonales, par arrêté fédéral, vous vous en souvenez, du 16 juin 1966.

La question de l'aide fédérale s'est naturellement à nouveau posée lors de l'établissement du régime permanent d'aide de la Confédération aux universités cantonales, «régime» qui, comme vous le savez, est en train de faire la navette entre les deux Chambres. Il est à noter que ledit projet ne prévoit plus de montant en faveur de l'EPUL, vu la proposition qui devait être faite de reprise de cette école par la Confédération.

Le Conseil de la science a déclaré, le 26 avril 1966, qu'une aide de la Confédération à l'EPUL devait, certainement, être accordée, mais qu'il serait plus avantageux de transférer l'école elle-même à la Confédération.

Le Conseil de l'Ecole polytechnique fédérale, à Zurich, lui aussi, est d'avis que le canton de Vaud ne peut plus supporter à l'heure actuelle la charge de l'EPUL et faire face aux exigences de son développement dans le domaine des appareils et des constructions, de sorte que la reprise de l'EPUL par la Confédération serait plus rentable à celle-ci que le système des subventions fédérales répétées. La période marquant le passage de l'aide provisoire à l'aide permanente serait tout indiquée pour opérer ce transfert.

Selon les directives de l'Ecole polytechnique fédérale, en cas de transfert:

- l'EPF et l'EPUL devraient former des diplômés de valeur égale, dont les diplômes seraient reconnus sans qu'une distinction soit faite en Suisse ou à l'étranger;
- l'EPF et l'EPUL devraient conserver leur caractère propre soit dans le régime de l'école, soit dans celui de l'enseignement;
- l'EPF et l'EPUL ne devraient pas être gérées selon des critères linguistiques; Suisses romands et alémaniques seraient fortement représentés dans le corps enseignant et parmi les étudiants des deux écoles;
- l'enseignement et la recherche devraient être coordonnés, autant que possible, ceci requérant une direction générale pour les deux écoles et une bonne coopération entre elles.

Le Conseil d'Etat vaudois est d'avis que cette reprise est indiquée, car l'EPUL n'a pas un caractère purement vaudois, ni même romand, mais remplit bien une tâche nationale.

C'est pourquoi, en date du 23 août 1966, le Conseil d'Etat du canton de Vaud a adressé au Conseil fédéral une requête lui demandant d'examiner les possibilités de transformer l'EPUL en une seconde école polytechnique fédérale.

Donnant suite à cette requête et tenant compte des avis que je viens d'indiquer, des pourparlers ont été engagés. Le fait que la Suisse possède dans l'EPUL une seconde école polytechnique, à part entière, présente un grand avantage. Pour bien assurer la relève, dont on a urgent besoin dans les sciences techniques, il faut absolument agrandir l'EPUL, l'adapter aux impératifs de l'heure dans l'enseignement et la recherche. Cette tâche ne peut plus être laissée au seul canton de Vaud dont les moyens financiers ne suffisent plus à couvrir les frais, parallèlement à ceux dont il a la charge pour son université et dont le développement entraînera lui aussi d'importantes dépenses.

Notre pays a besoin plus que jamais de cette école et seul son transfert à la Confédération peut assurer son efficacité quant à l'avenir. L'EPUL remplit une tâche nationale du fait qu'elle complète efficacement l'Ecole polytechnique fédérale, d'une part, et qu'elle la décharge, d'autre part; ce rôle se renforcera encore à l'avenir, mais pour ce faire, il ne suffit pas de procéder à des agrandissements. Il faut assurer l'équivalence des voies de formation, différentes en soi, mais qui aboutissent à l'équivalence des certificats d'étude. De ce point de vue aussi, la transformation de l'EPUL en une école polytechnique fédérale est la meilleure des garanties.

Pour introduire l'étude de nouvelles branches et créer de nouvelles chaires, il faudra examiner toujours avec soin ce qui commande une collaboration judicieuse entre les deux écoles. Il s'agira d'observer les exigences de la coordination comme règle première en particulier dans l'organisation de l'enseignement du troisième cycle, que ce soit sous forme d'études avancées (recherche ou doctorat) ou sous forme de cours.

On peut dire qu'en assumant la charge des deux écoles techniques de degré universitaire, la Confédération pourra mettre en œuvre une conception d'ensemble moderne de l'enseignement technique.

Dans le cadre de la commission, lors des débats sur l'entrée en matière, il a été fait allusion au risque de voir diminuer les prestations fédérales en faveur des universités cantonales par suite de la reprise de l'EPUL par la Confédération. A cette éventualité, il a été répondu que la reprise de l'EPUL est bien un complément des exigences universitaires, mais que comparée à celles-ci, la reprise de l'EPUL n'exige que de petits montants.

Au point de vue des devoirs et compétences, le Conseil de l'école n'en manquera pas, par exemple: préparation du choix des professeurs, direction des bâtiments annexes. Au lieu d'un président, il y aura désormais un groupe de trois responsables et, malgré l'institution d'une charge de vice-président à Zurich, le rectorat est maintenu, ce qui ne signifie pas que l'EPUL doit aussi avoir un recteur.

Au point de vue financier, selon les estimations faites, les charges brutes d'exploitation de l'EPUL pourraient se monter en 1969 à 13 millions de francs et augmenter progressivement à 23 millions jusqu'en 1972. Quant aux recettes provenant de droits, de taxes d'inscription et de cours, on peut les évaluer à quelque 1,8 million de francs pour 1969 et prévoir une augmentation jusqu'à 2,3 millions d'ici 1974.

Les investissements seront de l'ordre de 200 millions de francs, ce qui, réparti sur un programme de 8 ans par exemple, représente des charges annuelles de 25 à 30 millions de francs pour la Confédération.

En plus, la Confédération doit prendre à sa charge des contributions uniques, soit l'indemnité de 11,5 millions de francs selon convention avec le canton de Vaud, et environ 3,7 millions de francs pour le rachat du terrain de Dorigny, somme sur laquelle 2,4 millions de francs peuvent être réglés par compensation avec la créance afférente au prix de vente convenu à l'époque.

Ce transfert de l'EPUL à la Confédération entraîne une charge très sensible pour le régime financier à un moment où l'on ne voit pas comment pourvoir à la couverture des dépenses. Mais entre le projet de transfert et celui du régime d'aide aux universités existe un rapport très étroit et il importe de franchir complètement le pas pour venir en aide à nos universités.

Comme on l'a très justement fait remarquer dans le cadre de cette commission lors des débats sur l'entrée en matière, le projet est à considérer sous l'angle des intérêts de tous les participants: la reprise de l'EPUL n'est pas seulement une affaire du canton de Vaud, mais il s'agit bien plutôt d'un devoir et d'une responsabilité de la Confédération. Celle-ci est par principe intéressée à la solution du problème, à savoir comment procurer de la place à 16 000 étudiants dans les écoles techniques supérieures. Par la reprise de l'EPUL, la Confédération continue à remplir son devoir constitutionnel d'entretenir une école technique supérieure.

La contribution unique de 11,5 millions dont il a été parlé représente les 50 pour cent de la somme des investissements non amortis découlant des efforts du canton de Vaud pour développer l'EPUL durant ces 10 dernières années. Contre remboursement de cette somme, l'actuel terrain de l'EPUL, «Les Cèdres», sera remis au canton de Vaud plus tard, lorsque l'EPUL aura été complètement transférée à Dorigny.

Il a été remarqué dans le cadre de cette commission que le fait de donner une compensation de 11,5 millions de francs au canton de Vaud, alors qu'il serait déchargé de l'EPUL, n'était pas très indiqué, ceci d'autant plus que cette somme représentera dans le futur le prix de reprise du terrain des «Cèdres». Le canton de Vaud serait ainsi plusieurs fois favorisé: par la suppression des charges de l'EPUL, par la compensation de 11,5 millions de francs et plus tard par le transfert du terrain des «Cèdres», représentant une somme symbolique.

Toutefois, comme il a été répondu, la position de la Confédération envers le canton de Vaud n'apparaît pas si généreuse, si l'on considère, d'une part, son geste envers l'EPUL et, d'autre part, ses prestations en faveur de l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich.

On a également et très justement fait observer que la Confédération ne paraît pas défavorisée si l'on considère les différents engagements en confrontation. Lors du contrat conclu en 1905-1908 avec la Ville et le canton de Zurich pour la reprise de l'EPF, la Confédération a reçu 3,7 ha de terrain et a payé 1,1 million de francs. Dans la transaction actuelle, la Confédération reçoit au total 56 ha de terrain, dont 10 ha — représentés par «Les Cèdres» — à rendre plus tard; il reste un gain de 46 ha. Pour cette surface 13 fois plus grande que celle de l'EPF au début, la Confédération doit déboursier 3,7 millions de francs. Bien sûr, le changement de valeur de la monnaie est à prendre en considération. Mais si cette transaction avait été faite alors, avec toutes les obligations alors en vigueur (p. ex. droits de participation aux bénéfiques), il aurait fallu déboursier 10 millions.

Le Conseil fédéral se propose donc de développer l'EPUL le plus rapidement possible pour lui permettre d'accueillir environ 2000 étudiants. Il faut pour cela transférer progressivement l'école à Dorigny. Au dernier stade du développement, lorsque toute l'école aura été transférée, des places auront été créées pour 6000 étudiants.

Dans la zone de 56 ha prévue pour l'EPUL à Dorigny se trouve du terrain appartenant à la Ville de Lausanne, terrain acheté en commun avec la Confédération en 1942 en vue de la création d'un aéroport à Ecublens. Ce projet ayant été abandonné, la part de la Confédération a été rachetée par la Ville de Lausanne en 1960. Tenant compte des conditions prévues lors de cet achat et de cette revente, la parcelle de

56 ha environ nécessaire à l'EPUL serait rachetée par la Confédération sous certaines conditions, dont la principale est que ce rachat soit fait au même prix que celui qui a été convenu en 1960; de la sorte, la Ville de Lausanne doit renoncer, comme l'a fait la Confédération en 1942, à un éventuel gain sur la vente de cette parcelle.

Afin de procéder à ce rachat, la Confédération propose d'ouvrir un crédit d'ouvrage de 3,7 millions de francs.

En ce qui concerne les dispositions relatives au personnel, il a été décidé que la Confédération prend à son service le personnel permanent de l'EPUL en lui assurant les mêmes conditions en matière de rétribution. Ce personnel sera soumis à l'avenir aux prescriptions applicables au personnel fédéral. Les membres du corps enseignant de l'EPUL seront en principe mis sur pied d'égalité avec ceux de l'EPF.

Dans le domaine des assurances contre l'invalidité, vieillesse et décès, le personnel sera assuré par la Confédération et le corps enseignant sera également mis sur pied d'égalité avec celui de l'EPF. Le personnel sera tenu, lui, de s'affilier à la Caisse fédérale d'assurance. La Caisse de pension de l'Etat de Vaud versera le capital de couverture.

Au point de vue administratif, le projet prévoit qu'un Conseil des écoles polytechniques fédérales sera chargé de la direction générale, de la coordination et de la surveillance des deux écoles. Ce conseil se composera d'un président, de deux vice-présidents, qui exerceront leurs fonctions à plein temps, ainsi que de six autres membres. Les deux vice-présidents seront chargés chacun de la direction et de l'administration directes d'une école.

La reprise de l'EPUL par la Confédération constitue une nouvelle étape de notre politique universitaire et elle est conforme à la nouvelle conception élaborée par le Conseil suisse de la science. Un système de libre-passage des étudiants d'une école à l'autre est prévu, les deux établissements étant désormais sur le même pied d'égalité.

La convention passée entre la Confédération et le canton de Vaud, élaborée par les délégations des deux parties, Conseil fédéral et Gouvernement vaudois, a été approuvée par le Conseil d'Etat vaudois le 2 février 1968, par le Grand Conseil le 7 mai et par le Conseil fédéral le 4 mars de la même année.

Il reste donc une formalité, la ratification de la convention par l'autorité compétente de la Ville de Lausanne. Nous n'avons pas de souci sur ce point puisque votre commission a entendu M. Chevallaz, conseiller national et syndic de Lausanne.

Tous les aspects du problème ayant été examinés et les questions soulevées ayant reçu réponse satisfaisante, au nom de la commission, je vous propose donc d'accepter le projet d'arrêté fédéral ratifiant la convention conclue entre la Confédération et le canton de Vaud au sujet du transfert de l'Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne (EPUL) à la Confédération.

Après vous être prononcés sur ce projet d'arrêté, ratifiant cette convention, nous pourrions passer à la deuxième partie du message, à savoir l'adoption de la nouvelle loi fédérale relative aux écoles polytechniques supérieures.

**Stucki:** Auch ich bin für Eintreten, denn ich sehe die Notwendigkeit des Uebergangs der EPUL an den Bund ein. Erlauben Sie mir aber doch vielleicht drei kritische Bemerkungen anzubringen. Einmal ist dieser

Uebergang an den Bund vom Standpunkt des Föderalismus aus zu bedauern. Der Kanton Waadt hat sich um die EPUL grosse Verdienste erworben; die EPUL steht in hohem Ansehen, und es ist doch schade, dass dieses kantonale Institut an den Bund übergehen muss; es ist zu hoffen und zu wünschen, dass diese Hochschulzentralisierung damit beendet ist, damit nicht noch Universitäten irgendwie an den Bund übergehen müssen.

Dann wollte ich doch auf die erhebliche neue finanzielle Belastung hinweisen, die dieser Uebergang der EPUL für den Bund bedeutet. Auf Seite 14 der Botschaft heisst es: «Die Uebernahme der EPUL durch den Bund zieht eine neue, sehr fühlbare Belastung des Finanzhaushaltes nach sich, und dies in einem Zeitpunkt, in dem noch keine Klarheit darüber besteht, wie die Mittel zur Deckung dieser Ausgaben beschafft werden sollen.» Ich möchte diesen Satz nur unterstreichen. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die jährlichen Mehrausgaben für den Bund 13 bis 23 Millionen betragen werden, 200 Millionen müssten voraussichtlich für Investitionen aufgewendet werden, nur um die Studentenzahl der EPUL auf 2000 bringen zu können, vorgesehen ist ja aber ein Ausbau auf 6000 Studenten, und bis dieser Ausbau dann durchgeführt werden kann, werden noch viele hundert Millionen investiert werden müssen, Millionen, die heute noch in keinem Finanzplan enthalten sind.

Dann möchte ich doch noch darauf hinweisen, dass die Vereinbarung mit dem Kanton Waadt für den Kanton Waadt meines Erachtens recht günstig ausgefallen ist. Wir nehmen ja dem Kanton Waadt eine Last ab, und dafür bezahlen wir noch 11,5 Millionen. Diese Zahlung lässt sich sicher irgendwie rechtfertigen; diese 11,5 Millionen entsprechen 50 Prozent der Aufwendungen des Kantons Waadt, die heute noch nicht amortisiert sind. Diese Zahlung bedeutet sicher auch eine gewisse Honorierung der Verdienste des Kantons Waadt für die EPUL.

Etwas weniger begreiflich ist mir der Artikel 12 I der Vereinbarung. Dieser Artikel 12 I der Vereinbarung lautet wie folgt: «Nach Abschluss der Verlegung der EPUL nach Dorigny steht dem Kanton Waadt das Recht zu, das frei werdende Grundstück, einschliesslich Gebäulichkeiten, unter Zurückerstattung der Abfindung von 11,5 Millionen Franken zurückzukaufen.» Ich stosse mich keineswegs an dieser Rückkaufmöglichkeit, aber ich finde es etwas stossend, dass diese 11,5 Millionen hier bereits festgelegt sind; denn die Verlegung nach Dorigny soll ja innerhalb von 25 Jahren erfolgen — ich sage ausdrücklich soll —, vielleicht dauert es noch erheblich länger. In diesen 25 oder vielleicht 30 oder 40 Jahren kann noch verschiedenes passieren. Dazu kommt noch, dass es sich um sehr wertvolles Land handelt. Auf dieser Liegenschaft «Les Cèdres» stehen auch Gebäude, die zum Teil nach dem Dernier cri gebaut sind, und persönlich bin ich überzeugt, dass wenn dieser Rückkauf einmal in Frage kommt, diese 11,5 Millionen nur einen Bruchteil des effektiven Wertes ausmachen. Deshalb glaube ich, ist es ein Schönheitsfehler, dass man sich auf diese 11,5 Millionen bereits jetzt schon festgelegt hat.

Wir können zu diesem Vertrag nur ja oder nein sagen; eine Rückweisung hat meines Erachtens keinen Sinn; man würde damit wahrscheinlich erheblich Porzellan zerschlagen, und so komme ich dazu, Ihnen aus staatspolitischen Gründen zu empfehlen, auch diesem Vertrag zuzustimmen, wenn ich auch der Meinung bin,



dass der eine oder andere Schönheitsfehler darin enthalten ist; auf diese Dinge wollte ich doch aufmerksam machen.

**Reimann:** Wir haben es hier mit einer Vorlage zu tun, die mit der letzte Woche verabschiedeten Hochschul-Vorlage in den grossen Rahmen der Förderung durch den Bund zu stellen ist hinsichtlich des akademischen Nachwuchses und der wissenschaftlichen Forschung. Man kann nun diese Operation der Uebernahme der EPUL durch den Bund als die Uebernahme einer neuen Last oder das Eingehen eines interessanten Geschäftes bezeichnen, je nach dem Standpunkt, auf dem man steht. Auf jeden Fall aber bringt der Kanton Waadt nicht nur Passiven in die Vernunftthe der EPUL mit der ETH mit. Mit dem welschen Charme und dem welschen Geist kommt ein willkommenes Konkurrenzelement in den Kreis der Technischen Hochschulen. Auch die stolze ETH wird das eine oder andere von unsern welschen Freunden lernen können. Wenn zum Beispiel der Bundesrat in seiner Botschaft auf Seite 12 schreibt, dass die EPUL mit einer teilweise auf die Praxis orientierten Forschung einen Rückhalt für die stark spezialisierte westschweizerische Industrie darstelle, so ist dieser Umstand doppelt zu unterstreichen und auch ändern zur Nachahmung zu empfehlen.

Da der Bundesrat in dieser Botschaft schon auf den Zusammenhang zwischen der EPUL und der Hochschul-Vorlage hinweist, muss auch einmal auf die teilweisen Schwierigkeiten der Koordination zwischen den Technischen Hochschulen einerseits und den kantonalen Hochschulen andererseits hingewiesen werden. Beim Hochschulgesetz koordiniert innerhalb der Universitäten die Hochschulkonferenz bzw. der Wissenschaftsrat und, nach dieser Vorlage, bei den technischen Hochschulen der Hochschulrat. Beide Funktionslinien kommen nur beim Bundesrat zusammen. Hier liegt eine eindeutige Schwäche des gegenseitigen Koordinationsproblems. Dazu kommt, dass die technischen Hochschulen in den konkreten Koordinationsgesprächen am längeren Hebelarm sitzen. Meine diesbezüglichen Ausführungen sind nicht theoretische Annahmen, sondern sie beruhen auf Wahrnehmungen aus der Praxis. Es ist z. B. heute so weit, dass der Bundesrat in gewissen technischen Fragen, in Diskussionen und in Streitgesprächen zwischen den Universitäten und der Eidgenössischen Technischen Hochschule z. B. in bezug auf den neuen Beschleuniger für Villigen quasi in letzter Instanz entscheiden muss, ob dem Vorschlag der Universitäten oder der ETH zu entsprechen sei oder nicht. Ich möchte keinen Antrag stellen, aber doch den Bundesrat bitten, die vorhandene Koordinationslücke zwischen den technischen Hochschulen und den kantonalen Universitäten gelegentlich zu schliessen, um unnötigen Energieverbrauch und unnütze hitzige Debatten, die nur Zeit und Geld erfordern, zu vermeiden.

Mit dieser Bemerkung stimme auch ich für Eintreten und Annahme der Vorlage.

**Jauslin:** Sie werden begreifen, dass ich als Absolvent der ETH mich speziell mit diesem Geschäft befasst habe. Grundsätzlich will ich nichts wiederholen, was schon gesagt worden ist; ich bin ebenfalls für Eintreten.

Es wird vor allem die Koordination der Ausbildung an diesen beiden Technischen Hochschulen in den Vordergrund gestellt, aber es scheint mir, dass doch gewisse Widersprüche in der Vorlage vorhanden sind. Auf

Seite 8 wird speziell darauf hingewiesen, auf «die Koordination» und auf «eine Gesamtkonzeption für die Pflege der technischen Wissenschaften», dann auch auf Seite 9 «in Unterricht und Forschung so weitgehend als möglich zu koordinieren». Auf Seite 11 steht, dass «die funktionellen Beziehungen zwischen den beiden Technischen Hochschulen des Landes namentlich die unter ihnen zu verwirklichende Koordination die besondere Aufmerksamkeit verdienen», vor allem (auf Seite 12) «bei einer Uebernahme vorgesehene gegenseitige Anerkennung der Vordiplomprüfungen».

Dann aber steht auf Seite 19, erstaunlicherweise als Erläuterung zu Artikel 7: «Hingegen wird es sich als notwendig erweisen, für die Vor- und Schlussdiplomprüfungen der beiden Hochschulen voneinander abweichende Bestimmungen zu erlassen, damit die künftige ETH-Lausanne — im Sinne der Wahrung ihrer Eigenart — ihr derzeitiges Prüfungssystem beibehalten kann.» Wenn also auf der einen Seite verlangt wird, dass die Vordiplomprüfungen gegenseitig anerkannt werden sollen, dann sollte es eigentlich möglich sein, dies mit gleichen oder ähnlichen Diplomregulativen durchzuführen.

Ich glaube, der Kern für diese Zwiespältigkeit geht aus dem Satz auf Seite 9 hervor, wo steht: «ETH und EPUL sollen bezüglich ihrer Schul- und Unterrichtssysteme eigenständig bleiben, das heisst, letztere hätte sich nicht dem Schulsystem der ETH anzupassen.» Ich glaube, der zweite Teil dieses Satzes ist massgebend. Es ist auch gar nicht meine Auffassung, dass sich die EPUL an die ETH angleichen sollte. Wir haben ja den glücklichen Fall, dass die EPUL auch gewachsen ist und sehr viel Positives beitragen kann, so dass es sich nicht darum handeln kann, dass die EPUL sich an die ETH angleicht, sondern dass eine richtige Zusammenarbeit stattfinden soll. Es sind nicht alle Zustände in der ETH unbedingt so glücklich, dass die EPUL sie übernehmen sollte. So soll es beispielsweise an der Abteilung I vorkommen, dass Professoren kaum Zeit haben, sich den Vorlesungen zu widmen, weil sie zu viele Privataufträge behandeln. Es ist nicht zu hoffen, dass das allgemein Fuss fasst.

Aber, auch bei den Medizinern sind die Prüfungen eidgenössisch geregelt. Das hindert nicht, dass jede Universität ihre Eigenständigkeit behält. Ich möchte damit ausdrücken, dass der Wille zur Koordination vorhanden sein muss, ohne dass deswegen die Eigenständigkeit verloren gehen soll. Die Koordination sollte durch den Hochschulrat, der vielleicht hier etwas wenig Gewicht hat, erfolgen, insbesondere sollte er für die Planung der gesamten Hochschule zuständig sein. Ich glaube nicht, dass der Text in erster Linie massgebend ist für das Funktionieren der Zusammenarbeit, sondern in erster Linie sind der Wille der Beteiligten und der Geist dieser Koordination massgebend; aber ich hoffe, dass nicht im Vordergrund steht, unbedingt zwei Hochschulen züchten zu wollen, sondern zu versuchen, das Beste aus dieser Zusammenarbeit herauszuholen.

**Bundesrat Tschudi:** Wie schon der Herr Kommissionsreferent, Herr Ständerat Torche, ausgeführt hat, behandeln wir eine Vorlage von sehr grosser wissenschaftspolitischer Tragweite. Sowohl die Uebernahme der EPUL durch den Bund als zweite Bundeshochschule als auch das neue Organisationsgesetz für die Eidgenössischen Technischen Hochschulen, das anschliessend beraten wird, sind sehr bedeutungsvolle Gesetze. Ich möchte Herrn Ständerat Torche für die sehr

kompetente und umfassende Darlegung der Vorlage danken; er erspart es mir, Ihnen eingehende Ausführungen vorzutragen. Ich danke aber auch den Diskussionsvotanten, den Herren Ständeräten Stucki, Reimann und Jauslin, für ihre wohlwollende Unterstützung der Vorlage.

Es handelt sich um ein Ergebnis unserer hochschulpolitischen Konzeption, die Ihnen aus den Publikationen des Wissenschaftsrates und insbesondere aus den Diskussionen bei der Beratung des Hochschulförderungsgesetzes bekannt ist. Es besteht ein sehr enger Zusammenhang zwischen dem Hochschulförderungsgesetz und dieser Vorlage, wie Herr Ständerat Reimann mit Recht unterstrichen hat. Das Hochschulförderungsgesetz sieht nämlich keine Beiträge für die EPUL vor, während in der Uebergangsordnung noch Subventionen des Bundes an die EPUL ausgerichtet wurden, sogar ein doppelter Studienrichtungsbeitrag.

In den wissenschaftspolitischen Diskussionen in Ihrem Rat, im Nationalrat und auch in der Öffentlichkeit wird die Aufgabe der Kooperation oder Koordination sehr stark unterstrichen. Bei den kostspieligen technischen Wissenschaften ist sie ganz besonders wichtig. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, dass die Uebernahme der EPUL durch den Bund die sicherste und beste Gewähr für die Koordination bietet, denn die beiden Hochschulen werden unter einer einheitlichen Leitung stehen. Ich möchte in diesem Sinne Herrn Ständerat Jauslin beruhigen; der Präsident, der für beide Schulen zuständig ist, wird nach dem Gesetz und nach der Vollzugsverordnung insbesondere mit der Aufgabe der Koordination betraut. Das Unterrichtssystem ist zwar an beiden Hochschulen verschieden und soll verschieden bleiben. Der Kanton Waadt und die EPUL legen, nach meiner Meinung mit Recht, Gewicht auf das, was als «le génie propre» umschrieben wird, denn darin liegt eine Bereicherung unseres Unterrichtssystems. Wir werden dennoch dafür besorgt sein, dass der ungehinderte Uebertritt von der EPUL in die ETH gesichert ist. Das ist das Wesentliche. Entscheide über die Einführung neuer Fachgebiete und über die Schaffung neuer Lehrstühle werden sich fortan stets auf eine sorgfältige Prüfung im Lichte der Erfordernisse eines sinnvollen Zusammenwirkens der beiden Hochschulen stützen müssen. Insbesondere bei der Verwirklichung der *postgraduate studies*, des troisième cycle, der weitgehend neu aufgebaut wird, wird die Beobachtung des Anliegens der Hochschulkoordination oberste Richtlinie sein.

Herr Ständerat Reimann hat den weiteren Gesichtspunkt hervorgehoben, nämlich dass nicht nur die Koordination unter den beiden eidgenössischen Technischen Hochschulen wesentlich sei, sondern auch die Koordination zwischen den acht kantonalen Hochschulen und den beiden eidgenössischen Technischen Hochschulen. Es ist aber nicht völlig zutreffend, wenn er der Meinung ist, dass allein der Bundesrat diese Aufgabe zu übernehmen habe. Der Wissenschaftsrat ist ganz besonders hierfür zuständig, nach der Umschreibung, wie sie seinen Aufgaben im neuen Hochschulgesetz gegeben worden ist. Schon von Anfang an haben wir dafür gesorgt, dass im Wissenschaftsrat nicht nur die Hochschulkantone, sondern auch die ETH vertreten sind, er hat die Aufgabe, die gesamte Wissenschaftspolitik zu koordinieren, insbesondere also auch den Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, die Herr Ständerat Reimann mit Recht unterstrichen hat. Ich gebe ihm aber gerne die

Zusicherung, dass neben dem Wissenschaftsrat auch das Departement und der Bundesrat dieser Aufgabe ganz besondere Aufmerksamkeit schenken werden.

Das Bedürfnis nach einer zweiten technischen Hochschule in unserem Lande ist durch die ausgezeichnete Entwicklung der EPUL bewiesen. Ihr internationales Ansehen ist sehr gut und ich möchte das hier unterstreichen, der Kanton Waadt verdient unsere Anerkennung für die Führung und für die Finanzierung dieser technischen Hochschule. Ist nun eine Uebernahme durch den Bund begründet? Das wurde in Ihrer Diskussion nicht bestritten, aber von Herrn Ständerat Stucki aus föderalistischen Erwägungen, für die ich Verständnis habe, wurde es etwas bedauert. Die Initiative ist vom Regierungsrat des Kantons Waadt ausgegangen. Es ist also nicht so, dass der Bund seine gierige Hand nach einer weiteren kantonalen Institution ausgestreckt hätte. Der Kanton Waadt musste diesen Antrag stellen, weil die Belastung durch eine voll ausgebaute Hochschule und eine technische Hochschule für ihn zu gross ist. Insbesondere wäre der Kanton Waadt nicht in der Lage gewesen, den absolut nötigen Ausbau und die Modernisierung der EPUL zu finanzieren. Die EPUL darf nicht verkümmern, sie darf nicht auf das Niveau einer zweitrangigen technischen Hochschule zurückfallen. Darum haben sowohl der Schulrat wie auch der Wissenschaftsrat die Uebernahme der EPUL durch den Bund eindeutig als die beste Lösung bezeichnet, und zwar als zweckmässiger als eine Subventionierung im Rahmen des Hochschulgesetzes mit besonderen Ansätzen. Die EPUL erfüllt — wie Herr Ständerat Torche mit Recht unterstrichen hat — eine gesamtschweizerische und nicht bloss eine regionale Aufgabe, so dass die Führung durch den Bund gerechtfertigt ist. Ich darf aber Herrn Ständerat Stucki in diesem Zusammenhang die Zusicherung geben, dass der Bund keineswegs die Absicht hat, weitere Hochschulen zu übernehmen oder zu «nationalisieren», wie auch schon formuliert wurde, und dass auch von keinem Kanton irgendwelcher Vorschlag in dieser Richtung vorliegt.

Die Verhandlungen zwischen dem Bund und dem Kanton Waadt wurden in einer Atmosphäre gegenseitigen Verständnisses geführt. Der Uebernahmevertrag, den die eidgenössischen Räte zu ratifizieren haben, berücksichtigt nach unserer Auffassung in billiger Weise die beidseitigen Interessen. Ich glaube nicht, dass der Vertrag die Interessen der einen Seite oder der anderen Seite vernachlässigt, und ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang — insbesondere weil Herr Ständerat Stucki darauf hingewiesen hat — noch auf die finanziellen Folgen des Vertrags eingehen.

Zu den übrigen Klauseln möchte ich mich nicht äussern, sie wurden von Herrn Ständerat Torche erläutert. Wir müssen sofort, gemäss dem Entwurf zum Bundesbeschluss, 3,7 Millionen Franken zahlen für 56 Hektaren Land in Dorigny, für ausgezeichnet gelegenes Land, das ein Vielfaches dieses Preises wert ist. Von diesen 3,7 Millionen Franken können wir 2,4 Millionen Franken verrechnen mit einer Schuld der Stadt Lausanne, so dass die effektive Zahlung nur 1,3 Millionen Franken beträgt. Ab Januar 1969 muss der Bund die Betriebskosten übernehmen. Sie betragen 1966 7,5 Millionen Franken, wobei wahrscheinlich im Budget des Kantons Waadt nicht sämtliche Kosten der EPUL belastet waren. Die Kosten aller Hochschulen sind im raschen Steigen begriffen. Vor allem sind elf neue Professuren an der EPUL dringend nötig, ebenso weiteres Personal, so dass,

wie gesagt wurde, die Betriebskosten für das nächste Jahr auf 13 Millionen Franken geschätzt werden. Sie werden ansteigen bis auf etwa 23 Millionen Franken im Jahr, denen etwa 2 Millionen Franken Einnahmen gegenüberstehen.

Nun zu dieser Abfindung von 11,5 Millionen Franken an den Kanton Waadt, die er zurückbezahlen kann, wofür er dann wieder das Terrain in «Les Cèdres» erhält (uns bleiben aber die 56 Hektaren in Dorigny): Ich möchte unterstreichen, dass man den Vertrag als Ganzes betrachten muss und dass er dann für den Bund sicher nicht ungünstig ist. Für den Kanton Waadt ergibt sich der klare Vorteil, dass er in Zukunft von der grossen finanziellen Belastung durch die Führung einer technischen Hochschule befreit wird. Umgekehrt muss aber auch unterstrichen werden, dass bis jetzt der Kanton Waadt eine Belastung getragen hat, die kein anderer Kanton kennt. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Beitrag von 11,5 Millionen Franken an nicht abgeschriebene Aufwendungen des Kantons Waadt nicht unbillig. Der Kanton Waadt führt in Zukunft keine technische Hochschule mehr, er hat sie abgegeben, er muss aber die übrigen 11,5 Millionen Franken noch abschreiben; diese bleiben auf seinem Belastungskonto. Wir bekommen für 11,5 Millionen Franken das Eigentum am sehr wertvollen Gelände «Les Cèdres». Ich brauche nicht zu verheimlichen, dass dieser Vorschlag von uns ausgegangen ist. Der Kanton Waadt wollte ursprünglich das Eigentum «Les Cèdres» behalten; wir haben erklärt, wenn der Bund schon die Technische Hochschule übernehmen müsse, dann wolle er auch das Eigentum. Wenn er einmal dieses Land nicht mehr benötigt, dann stellt sich das Problem anders. Solange wir die EPUL dort führen, wollen wir Land und Gebäude zu eigen haben. Der Kanton kann später, nach der Verlegung nach Dorigny, zum gleichen Betrag dieses Land zurückkaufen. Dannzumal wird, wie es mit Recht gesagt wurde, dieses Land in «Les Cèdres» noch viel wertvoller sein, obwohl uns ja die Zukunft, wie sie sich in 25 oder 30 Jahren darstellt, nicht bekannt ist. Aber hier erfolgt die völlige Gleichbehandlung für den Bund, wie er sie bei Dorigny verlangt. Wir kaufen nämlich das Land in Dorigny zum Preise des Jahres 1942 zurück, obwohl es heute ohne weiteres 25mal mehr wert ist; es handelt sich um ein flachgelegenes Terrain ganz nahe am See. Wir können nun nicht dem Kanton Waadt andere Bedingungen auferlegen, als wir sie für uns fordern beim Rückkauf des Geländes in Dorigny. Im ganzen gesehen handelt es sich also um eine ausgewogene, vernünftige Lösung zwischen Bund und Kanton; es hat kein kleinliches Markten Platz gehabt, es erfolgt auch keine ungerechtfertigte Begünstigung oder eine ungerechtfertigte Benachteiligung der einen oder der andern Seite.

Endlich möchte ich auch in Bestätigung der Ausführungen von Herrn Ständerat Stucki unterstreichen, dass die Betriebsausgaben plus die Baukosten schon ab 1969 eine erhebliche Belastung des Bundesbudgets bedeuten; diese Belastung tritt zu den Subventionen an die kantonalen Hochschulen hinzu. Bei der Beratung über das Hochschulgesetz haben wir auf die Bedenken hingewiesen, insbesondere schon deshalb, weil das Bundesbudget defizitär ist, und weil es bis jetzt nicht gelungen ist, diese Lücke zu schliessen. Aber wir müssen auch hier wieder unterstreichen, dass diese Lücke bei weitem nicht allein auf die Hochschulförderung oder gar auf die Uebernahme der EPUL zurückzuführen ist, sondern dass hier wesentliche andere Faktoren ebenfalls eine

Rolle spielen; ich möchte erneut unterstreichen, dass es sich hier um wachstumsfördernde Investitionen handelt, die wir nicht vernachlässigen dürfen. Nachdem wir die Hochschulförderung beschlossen haben, müssen wir einen ganzen Schritt tun und dazu gehört unbedingt der Ausbau der EPUL. Die Frage der Finanzierung dieser Kosten bleibt eine Aufgabe für den Bundesrat und für die eidgenössischen Räte. Der Bundesrat hat das erneut in seinen Richtlinien über die Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1968—1971 unterstrichen, und wir haben die bestimmte Hoffnung, dass es gelingen wird, die Lücke zu schliessen. Mit diesen Ausführungen möchte ich Sie meinerseits bitten, auf die Vorlage einzutreten.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
*Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles*

*Artikelweise Beratung — Discussion des articles*

*Titel und Ingress*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Titre et préambule*

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 1*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 2*

**Antrag der Kommission**

Für den erforderlichen Landerwerb im Ausmass von zirka 56 ha in Dorigny, Gemeinde Ecublens (VD), wird ein Objektkredit von 3 700 000 Franken bewilligt.

**Proposition de la commission**

Un crédit d'ouvrage de 3,7 millions de francs est ouvert pour l'achat du terrain de quelque 56 ha nécessaire à Dorigny, commune d'Ecublens (VD).

M. Torche, rapporteur: A l'article 2, votre commission vous propose une petite adjonction, à savoir ajouter après achat du terrain nécessaire les trois mots «de quelque 56 hectares». Il s'agit donc là d'une précision plutôt que d'une modification.

Un membre de la commission avait proposé de biffer cet article. Cette proposition a été rejetée à une grosse majorité. L'opinion émise par ce membre de la commission relevait le fait que, le canton de Vaud n'ayant pas procédé à tous les amortissements — ce qui est normal puisque ces dépenses sont intervenues au cours de ces dernières années —, il recevait encore une indemnité spéciale. De ce fait, il semblait également injuste à ce membre de la commission que cette somme puisse être remboursée, ce qui assure au canton de Vaud la libre disposition d'une propriété de valeur. Telle était l'argu-

mentation avancée. La réponse donnée est claire: le but de l'opération, dans son ensemble, est de recevoir Dorigny avec ses 46 hectares pour permettre une construction d'ensemble puisque, comme vous le savez, le canton de Vaud va également créer son centre universitaire cantonal sur ce complexe de Dorigny. Par bonheur, cette politique est possible et c'est très heureux qu'une pareille politique ait été conçue et voulue à temps. Pareille politique permettra d'éviter qu'on doive racheter continuellement à des prix très élevés de nouveaux immeubles, de nouveaux terrains, comme c'est le cas pour le Polytechnicum fédéral de Zurich. Vous connaissez les montants élevés que les Chambres ont été appelées à voter au cours de ces dernières années et vous savez combien l'extension nécessaire de l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich se révèle coûteuse à cause des prix qu'il faut payer pour les achats de terrains. Nous évitons tout cela, et pour longtemps, grâce à ce centre universitaire de Dorigny. De plus, je voudrais rappeler les desiderata de la Ville de Lausanne qui doivent aussi être pris en considération puisque, sans la politique de la Ville de Lausanne qui, il y a bientôt 30 ans, a prévu à Ecublens un aéroport en accord avec la Confédération, nous ne bénéficierions pas actuellement d'une situation aussi favorable.

Autrement dit, en résumé, les prestations et les contreprestations des trois partenaires, c'est-à-dire: la Confédération, l'Etat de Vaud et la Ville de Lausanne, ces prestations et contreprestations sont bien équilibrées. Il s'agit d'un tout et on ne peut pas en dissocier quoi que ce soit sans compromettre l'ensemble de l'arrangement.

Telles sont les raisons pour lesquelles votre commission a rejeté d'abord cette proposition de biffer l'article 2. En revanche, elle vous propose d'apporter la précision précitée à cet article.

*Angenommen — Adopté*

### Art. 3

#### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

#### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen — Adopté*

#### *Gesamtabstimmung — Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlusentwurfes 35 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

### Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen Loi sur les écoles polytechniques fédérales

M. Torche, rapporteur: La commission du Conseil des Etats, au nom de laquelle je viens de rapporter, a également été chargée d'étudier la nouvelle loi sur les écoles polytechniques fédérales qui est rendue nécessaire par le transfert de l'EPUL que vous venez de décider. Chronologiquement, c'est donc en deuxième lieu, en quelque sorte, que nous devons aborder cette loi. En effet, par ce transfert, la loi fédérale du 7 février 1854 sur la création d'une école polytechnique fédérale — loi qui a duré fort longtemps — doit être abrogée et, partant, une nouvelle loi régissant les deux écoles polytechniques fédérales doit, elle, être mise sur pied.

La nouvelle loi ne contiendra que les dispositions fondamentales les plus importantes. Les points particuliers seront traités dans des ordonnances ou des règlements pour tenir compte des développements rapides de la formation dans les sciences et de l'évolution générale rapide que nous connaissons. Ce mode de faire a fait ses preuves; la durée de la loi actuelle sur l'Ecole polytechnique fédérale, plus que centenaire, le démontre. C'est donc la loi fédérale de 1854 sur l'EPF qui a servi de modèle, principalement dans sa structure, à l'établissement de la nouvelle loi qui vous est proposée.

Les deux écoles seront toutes deux nommées «écoles polytechniques fédérales» et seule la désignation de la ville, Zurich ou Lausanne, les distinguera. Des chaires particulières pour l'enseignement des branches de culture générale pourront être mises au programme à l'EPUL, ce qui n'a pas été prévu jusqu'à maintenant, alors que c'est le cas à Zurich depuis la fondation de l'école.

Quelques remarques encore, d'ordre général, bien entendu: la possibilité de compléter le programme des études par un enseignement du troisième cycle est très important. Cet enseignement est indispensable de nos jours; la forme la plus connue, à ce degré, est le doctorat. De plus, des cours annuels pour des disciplines particulières ou des cours spéciaux de brève durée, ou encore des cours du soir pendant les études régulières pourront également être envisagés. Une grande attention doit donc être accordée à cet enseignement du troisième cycle, bien nécessaire à une époque d'évolution rapide et d'accroissement du nombre des étudiants.

Un cours préparatoire organisé depuis longtemps déjà à l'EPUL pour les mathématiques — cours qui a fait ses preuves — sera maintenu et introduit éventuellement à Zurich. Les principes de la liberté d'enseignement et de la recherche, choses toutes naturelles dans notre pays, sont inscrits dans la loi; je pense que c'est aussi très heureux.

La reconnaissance des trois langues officielles comme langues d'enseignement est importante pour les étudiants, principalement pour les examens, les exercices, les tâches pratiques et les colloques. Il y a déjà plusieurs chaires dont le titulaire enseigne en français à Zurich. A Lausanne, il devra être aussi possible d'enseigner en allemand et en italien. Des règlements particuliers traiteront de l'admission des étudiants, des plans normaux d'études et des examens propédeutiques et finaux. Certains seront communs aux deux écoles; il faudra cependant, dans certains cas, des dispositions différentes, par exemple pour les examens propédeutiques et finaux, afin de conserver à l'EPUL son caractère particulier. Mais toutes dispositions devront être prises pour que les étudiants puissent répartir leurs études, entre les deux écoles, sans perte de temps et sans trop de difficultés pratiques.

Les taxes d'inscription et de cours seront uniformes pour les deux écoles.

Le droit des associations d'étudiants, reconnues par les deux écoles polytechniques, de faire connaître leur avis sur les problèmes universitaires sera sauvegardé.

Le droit de nommer tous les professeurs est expressément réservé à la compétence du Conseil fédéral. Par contre, le Conseil des écoles polytechniques fédérales ou, selon les cas, ses vice-présidents seront compétents pour autoriser les privat-docents à enseigner ou faire appel à des chargés de cours ainsi que pour nommer les assistants. Les attributions seront réglées en détail dans les actes législatifs complémentaires.

Les représentants du corps enseignant des deux écoles seront consultés également avant que les décisions sur des questions importantes, concernant les hautes écoles, ne soient prises.

Le Conseil fédéral est donc l'autorité supérieure des écoles polytechniques et c'est lui qui nomme le Conseil de celles-ci. La coordination, entre les deux hautes écoles, est certainement garantie au mieux par le fait que la même autorité a la main sur elles.

Concernant les prestations que le canton et la Ville de Zurich et le canton de Vaud et la Ville de Lausanne auront éventuellement à fournir aux écoles polytechniques fédérales, des contrats particuliers seront conclus entre la Confédération et ces cantons et villes.

L'un des arrêtés des plus importants sera celui qui touche la délimitation des attributions des autorités des écoles qui ne sont pas définies dans la loi. Cette ordonnance, dont le projet a déjà été établi, après discussions entre les délégations de la Confédération et du canton de Vaud, sera intitulée «Ordonnance sur le Conseil des écoles polytechniques fédérales». Vu son rapport étroit avec la nouvelle loi fédérale, cette ordonnance doit être mise en vigueur en même temps que la loi. L'ordonnance mentionnera, entre autres, la compétence du Conseil fédéral de décider, sur proposition du Conseil des écoles polytechniques fédérales, la création ou la suppression de chaires.

Voilà, en résumé, quelques réflexions que je tenais à faire au sujet de cette nouvelle loi qui, je le répète, a pris comme modèle celle de 1854, qui a fait ses preuves.

Au nom de la commission du Conseil des Etats, je propose donc, après avoir approuvé l'arrêté de ratification et la convention conclue entre la Confédération et le canton de Vaud, au sujet du transfert de l'EPUL, d'approuver également la nouvelle loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales, non seulement pour l'entrée en matière, mais également pour le texte, quitte à admettre quelques petites modifications, d'ordre rédactionnel, qui vous seront proposées par votre commission.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
*Le Conseil passe sans opposition à la discussion*  
*des articles*

*Artikelweise Beratung — Discussion des articles*

*Titel und Ingress*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Titre et préambule*

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen — Adoptés*

*Art. 1—21*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen — Adoptés*

*Art. 22 und 23*

**Antrag der Kommission**

*Art. 22*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Abs. 2*

Streichen.

*Art. 23*

Der Bundesrat wählt auf Antrag des Hochschulrates die Professoren und entscheidet auch über deren Entlassungsbegehren.

*Art. 22 et 23*

**Proposition de la commission**

*Art. 22*

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Al. 2*

Biffer.

*Art. 23*

Sur proposition du Conseil des écoles, le Conseil fédéral nomme les professeurs et statue sur leurs demandes de démission.

M. Torche, rapporteur: A l'article 22 votre commission vous propose de biffer le deuxième alinéa et de l'inclure dans le texte de l'article 23 où il a plutôt sa place.

*Angenommen — Adoptés*

*Art. 24*

**Antrag der Kommission**

Wenn sich ein Professor in Erfüllung seiner Amtspflichten oder in seinem übrigen Verhalten in dem Grade fehlbar macht, dass sein weiteres Wirken an einer der Hochschulen nicht mehr tragbar erscheint, so kann er vom Bundesrat, nach Anhören des Hochschulrates, seines Amtes enthoben werden.

**Proposition de la commission**

Le Conseil fédéral peut, après avoir pris l'avis du Conseil des écoles, révoquer les professeurs qui auraient manqué gravement à leurs devoirs, ou dont le maintien en fonctions ne serait plus possible en raison de leur conduite.

M. Torche, rapporteur: Votre commission vous propose un nouveau texte qui serait le suivant: «Le Conseil fédéral peut, après avoir pris l'avis du Conseil des écoles, révoquer les professeurs qui auraient manqué gravement à leurs devoirs ou dont le maintien en fonction ne serait plus possible en raison de leur conduite.» Le texte proposé par le Conseil fédéral indiquait: «sauf proposition motivée du Conseil des écoles», tandis que deux membres de votre commission demandaient de prévoir «après avoir pris l'avis du Conseil des écoles», l'initiative d'une telle démarche devant rester entre les mains et la compétence du Conseil fédéral. Autrement dit, le nouveau texte qui vous est soumis a l'approbation de tout le monde. En conséquence, votre commission unanime vous le propose.

*Angenommen — Adopté*

Art. 25—29

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

M. Torche, rapporteur: Votre commission n'a plus de proposition de modification à vous faire. Elle vous recommande, par conséquent, d'adopter les articles 25 à 29 tels qu'ils sont proposés par le Conseil fédéral.

*Angenommen — Adoptés*

*Gesamtabstimmung — Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 33 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**9898. Alters- und Hinterlassenenversicherung.  
7. Revision**

**Assurance vieillesse et survivants.  
7<sup>e</sup> revision**

Botschaft, Gesetz- und Beschlussentwurf vom 4. März 1968  
(BBl I, 602)

Message, projet de loi et projet d'arrêté du 4 mars 1968  
(FF I, 627)

**Antrag der Kommission**

Eintreten.

**Proposition de la commission**

Passer à la discussion des articles.

*Berichterstattung — Rapport général*

Odermatt, Berichterstatter: Am 1. Januar 1968 ist das sozialpolitisch grösste Werk unseres Landes, die Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung ins 21. Jahr des Bestehens und eines segensvollen Wirkens eingetreten.

Bittere Not und finanzielle Bedrängnis der alten Leute, Witwen und Waisen konnten durch sie gemildert werden. Im ganzen wurde während diesen 20 Jahren ein Betrag von 14 844 000 000 Franken ausbezahlt, und zwar 11 438 000 000 in Form von ordentlichen und 3 406 000 000 Franken in Form von ausserordentlichen Renten. Unsere AHV ist eine Sozial- und Solidaritätsinstitution ureigenster schweizerischer Konzeption und Prägung. Wir gedenken heute in Dankbarkeit der Schöpfer des ersten Gesetzentwurfes von 1946, von denen Bundesrat Dr. Walter Stampfli sel., Direktor Arnold Saxer und Dr. E. Kaiser genannt seien. Der Gesetzgeber war sich von Anfang an bewusst, dass mit diesem Erlass auf eidgenössischer Ebene Neuland betreten werde, und dass er keinen Anspruch auf Vollkommenheit und Unabänderlichkeit erheben dürfe. Nach einer kurzen Anlaufzeit galt es alsdann schrittweise die sich zeigenden Lücken zu schliessen, Härten zu mildern und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Leistungen zu

verbessern. So will ich in kurzen Zügen die Hauptpunkte der sechs bisherigen AHV-Revisionen festhalten. Die 1. Revision, die auf den 1. Januar 1951 in Kraft trat, bezweckte die Ausdehnung des Bezückerkreises der Uebergangsrentner durch eine Erhöhung und elastischere Gestaltung der Einkommensgrenzen. Die sinkende Beitragsskala wurde für Einkommen der Selbständig-erwerbenden von 4800 Franken anwendbar erklärt. Der Revisionseffekt blieb mit 12 Millionen Franken sehr bescheiden. — Die 2. Revision, auf den 1. Januar 1954 rechtskräftig geworden, brachte nochmals eine Erhöhung der Einkommensgrenzen für die Uebergangsrentner. Die ausserordentlichen und ordentlichen Renten wurden erhöht und die Leistungen an Witwen mit Kindern verbessert. Mit dieser Revision wurde auch die Beitragspflicht der über 65jährigen Erwerbstätigen abgeschafft. Der Revisionseffekt belief sich auf 83 Millionen Franken.

Die 3. Revision vom 1. Januar 1956 kam vor allem den vergessenen Alten zugut, indem auf die Abstufung der Uebergangsrenten nach Einkommen und nach Ortsklassen verzichtet wurde. Der Revisionseffekt bezifferte sich auf 19 Millionen Franken.

Mit der auf den 1. Januar 1957 in Kraft getretenen 4. Revision erfuhren die ordentlichen Vollrenten eine allgemeine Erhöhung, und die Teilrenten der ältern Jahrgänge wurden durch die doppelte Anrechnung der Beitragsdauer ebenfalls erhöht. Das Rentenalter der Ehefrau wurde von 65 auf 63 Jahre herabgesetzt. Der Anspruch auf Hinterlassenenrenten erfuhr eine Verbesserung. Erstmals wurden Uebergangsrenten für Auslandsschweizer ermöglicht. Die sinkende Beitragsskala erfuhr eine weitere Erhöhung auf Einkommen bis 7200 Franken. Revisionseffekt: 157 Millionen Franken.

Auf den 1. Januar 1960 trat das Invalidengesetz in Kraft. Nachdem die Leistungen der IV weitgehend auf den Bestimmungen des AHV-Gesetzes basieren, war auch eine Anpassung des AHV-Gesetzes notwendig. Zugleich erforderte die starke Zunahme der Fremdarbeiter eine gesetzliche Regelung der Pro-rata-Renten jener Ausländer, die nur kurzfristig in unserem Lande tätig sind. Diese Pro-rata-Methode sollte die Garantie bieten, dass das finanzielle Gleichgewicht selbst bei einer weiteren Zunahme der ausländischen Arbeitskräfte gewahrt bleibe. Zugleich musste bei dieser sogenannten Anpassungsrevision des AHV-Gesetzes das Rentensystem auf die IV abgestimmt werden.

Die 5. Revision vom 1. Juli 1961 brachte eine durchschnittliche Rentenerhöhung von rund 29 Prozent. Die sinkende Beitragsskala erfuhr eine weitere Ausdehnung auf Einkommen bis Fr. 9000.—. Gleichzeitig wurde die Verpflichtung im Gesetz stipuliert, dass das Verhältnis zwischen Renten, Preisen und Löhnen periodisch, d. h. alle fünf Jahre, zu überprüfen sei. Revisionseffekt: 385 Millionen Franken. Desgleichen fand die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Finanzierung der AHV eine Neuregelung.

Die in unserem Rat in der Wintersession 1963 behandelte letzte und finanziell bedeutendste Revision, die rückwirkend auf den 1. Januar 1964 in Kraft trat, bezweckte eine einheitliche Erhöhung der Renten um einen Drittel. Die Teilrenten alter Ordnung fielen weg. Das Rentenalter der Frau wurde um ein Jahr auf 62 Jahre reduziert, und Zusatzrenten von 40 Prozent für Ehefrauen unter 60 Jahren und für Kinder der Altersrentner wurden eingeführt. Die Einkommensgrenzen für ausserordentliche Rentner erfuhren eine weitere Erhöhung.

## **Polytechnische Schule der Universität Lausanne. Übernahme durch den Bund**

## **Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne. Transfert à la Confédération**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1968
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9893
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.06.1968
Date	
Data	
Seite	103-112
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 881

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Im Namen der Kommissionsmehrheit — sie setzt sich meines Wissens aus elf Mitgliedern gegen zwei Mitglieder zusammen — beantrage ich Ihnen, an unserem Beschluss festzuhalten.

*Angenommen — Adopté*

*Art. 6, Abs. 2, 1. Satz*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

*Art. 6, al. 2, 1re phrase*

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national.

**Odermatt, Berichterstatter:** Die Aenderung in Artikel 6, Absatz 2, beschlägt nur formelle Vorschriften in bezug auf administrative Vorkehren der Kantone. Materielle Bedeutung kommt dieser Bestimmung nicht zu. Die Kommission beantragt Ihnen Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

*Angenommen — Adopté*

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**Vormittagsitzung vom 2. Oktober 1968**

**Séance du 2 octobre 1968, matin**

Vorsitz — Présidence: Herr *Wipfli*

**9893. Polytechnische Schule der Universität  
Lausanne. Übernahme durch den Bund  
École polytechnique de l'Université de  
Lausanne. Transfert à la Confédération**

Siehe Seite 103 hiervor — Voir page 103 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 1. Oktober 1968  
Décision du Conseil national du 1er octobre 1968

*Differenzen — Divergences*

**Bundesgesetz — Loi fédérale**

*Art. 7*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**M. Torche, rapporteur:** Dans sa séance d'hier, le Conseil national a voté l'arrêté relatif au transfert à la Confédération de l'Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne, selon le message 9893, en se ralliant au texte adopté par notre Chambre, c'est-à-dire au texte du Conseil fédéral légèrement modifié à l'article 2. Par conséquent, il n'y a pas de divergence sur l'arrêté lui-même. En revanche, il en existe une dans le texte de la loi fédérale sur les écoles polytechniques, qui est un com-

plément à l'arrêté fédéral lui-même. Cette divergence est de peu d'importance. A l'article 7, 2e alinéa, en effet, le texte proposé par le Conseil fédéral et voté par notre Chambre était le suivant:

«Les plans d'études et les examens de diplôme des deux écoles doivent être coordonnés de telle manière que les diplômés soient équivalents et que les étudiants puissent passer, à n'importe quel semestre, d'une école à l'autre en n'éprouvant qu'un minimum de difficultés. De plus, les diplômés de l'une des écoles devront pouvoir suivre sans examen d'admission spécial l'enseignement du troisième cycle de l'autre.»

Autrement dit, l'idée voulue par le législateur, c'est d'assurer, dès le début, la plus grande coordination entre les deux écoles de manière que les étudiants puissent profiter au mieux des possibilités qu'elles leur offrent.

Le Conseil national, à la suite de la proposition de sa commission, a estimé nécessaire de biffer un petit membre de phrase, celui qui dit que les étudiants devraient pouvoir passer d'une école à l'autre «en n'éprouvant qu'un minimum de difficultés».

Réunie ce matin, votre commission est d'avis qu'il faut éviter cette divergence et biffer dès lors ce membre de phrase, qui n'est pas d'une importance capitale. L'idée essentielle, c'est que la coordination existe dès le début et que l'on facilite vraiment l'accès aux deux écoles.

Dans ces conditions, votre commission, unanime, vous propose de vous rallier au texte issu des délibérations du Conseil national et, par conséquent, d'éliminer la petite divergence.

**Präsident:** Herr Wenk unterbreitet einen kleinen Abänderungsantrag zu Artikel 7.

**Wenk:** Mir scheint der Antrag Gut sei nicht gut; wenn hier die Studienpläne und Prüfungen so zu koordinieren sind, dass in jedem Semester ein Wechsel von der einen Hochschule zur andern möglich wird, so ist das ganz einfach eine Uebertreibung. Man fällt von einem Extrem ins andere. Vor einigen Jahren war es an der ETH nicht möglich, auch nur ein Jahr an eine ausländische Hochschule zu gehen; es wurde einem hervorragenden Studenten nach einem solchen Aufenthalt erklärt: «Das ist ganz interessant, dass Sie dort gewesen sind, uns aber kümmert das nicht. Sie haben hier Ihr Studium fortzusetzen, wo sie aufgehört haben.» Das war ganz bestimmt übertrieben und nicht im Interesse einer guten Ausbildung unserer Ingenieure. Wenn man nun aber umgekehrt einen Wechsel jedes Semester vorsieht, so gibt das eine Einengung, vergleichbar etwa den preussischen Mittelschulen, wo man wusste, am 1. Montag im April wird in der dritten Klasse der Feldhase behandelt. Soweit sollte man nicht gehen. Eine Schule muss eine gewisse Bewegungsfreiheit haben, und gerade in diesem Falle wäre es doch denkbar, dass der gleiche Dozent für die beiden Hochschulen engagiert wird, dass er vielleicht im Sommersemester seine Spezialvorlesung in Zürich und im Wintersemester die gleiche in Lausanne halten könnte. Zudem ist vom Studierenden aus zu sagen, dass ein Wechsel der Hochschule nicht ganz ohne Schwierigkeiten vor sich geht; denn man braucht dazu nicht nur Sprachkenntnisse genereller Art, sondern man muss noch die Fachsprache beherrschen. Nach einem der beiden Vordiplome wäre ein Wechsel ausserordentlich wertvoll.

Es ist zu begrüßen, dass das Gesetz eine Koordination erzwingt. Es wäre aber eine unerträgliche Einengung,



wenn die Koordination so weit gehen müsste, dass ein Uebergang von der einen Hochschule zur andern jederzeit möglich würde.

Stimmen Sie meinem Vorschlag zu, so schaffen wir zwar eine neue Differenz, aber nur eine kleine. Ich glaube, das Gesetz würde dadurch um so viel besser, dass sich der Aufwand lohnte.

**Jauslin:** Ich möchte den Vorschlag von Herrn Wenk unterstützen. Ich bin überzeugt, dass es sich nur um ein Versehen handelt. Es ist richtig, dass man diese Uebergänge nach den Prüfungen und nicht nach jedem Semester macht, weil das sonst eine vollständige Uebereinstimmung der Studienpläne bedingen würde.

**M. Choisy:** Comme président du conseil de l'Ecole polytechnique de Lausanne, je voudrais appuyer la proposition de notre collègue Wenk.

En effet, le projet de loi tel qu'il nous est soumis est beaucoup trop strict. Nombre de cours durent une année. Il est donc tout à fait vain de prévoir la possibilité de passer sans difficulté chaque semestre d'une école à l'autre. C'est toujours dommage d'inclure dans une loi une disposition qu'on aura de la peine à respecter. Aussi je me rallie à la proposition de M. Wenk en l'amendant cependant un peu. Il faut réserver toutes les possibilités. Dans ce cas on pourrait compléter le texte de M. Wenk en disant: «... de passer au moins après chaque examen propédeutique...», ce qui ouvre toutes les possibilités, mais ne crée l'obligation que pour le passage après les examens propédeutiques. Une telle formule serait peut-être plus facilement acceptée par nos collègues du Conseil national.

**Wenk:** Ich bin mit dem Antrag des Herrn Choisy einverstanden.

**M. Torche, rapporteur:** Je me permets d'abord de dire que je parle à titre personnel. Je n'ai eu connaissance de la proposition de M. Wenk, amendée par M. Choisy, que tout à l'heure. Par conséquent la commission qui a siégé à 9 heures moins le quart, ce matin, l'ignorait aussi.

Quant au fond, M. Wenk a raison. Du reste, l'intervention de M. Choisy le montrée, la formule «à n'importe quel semestre» n'est pas heureuse, semble-t-il, par les renseignements qui viennent d'être donnés et, par conséquent, la modification me paraît indiquée. Le seul ennui est que nous créons une nouvelle divergence. Dans ces conditions, il faut que le Conseil national et sa commission, siégeant aujourd'hui, liquident ce point jusqu'à demain. A mon avis, c'est faisable et je crois donc que la proposition de M. Wenk, amendée par M. Choisy, est la meilleure et, partant, nous devrions l'adopter, mais en étant bien conscients de cette divergence et dans l'idée qu'elle pourrait être liquidée dans les 48 heures qui viennent. En effet, si la loi n'était pas votée en votation finale vendredi, à la fin de cette session, cela retarderait son entrée en vigueur qui est prévue pour le 1er janvier 1969.

En résumé, je pense que le Conseil national peut voter le texte proposé par M. Wenk et amendé par M. Choisy, et que la divergence nouvelle pourra être éliminée jusqu'à la fin de la session.

**M. Barrelet:** J'appuie M. Choisy qui a amendé la proposition de M. Wenk non seulement dans l'intérêt des

étudiants, mais aussi pour la facilité de liquidation des cas qui sont soumis aux conseils des différentes écoles. Ne compliquons donc pas le texte législatif, nous devons le remettre sur la bonne voie et c'est pourquoi j'appuie cette proposition.

*Abstimmung — Vote*

Für den Antrag Wenk/Choisy

31 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

Vormittagssitzung vom 3. Oktober 1968

Séance du 3 octobre 1968, matin

Vorsitz — Présidence: Herr *Wipfli*

## 9893. Polytechnische Schule der Universität Lausanne. Übernahme durch den Bund

### École polytechnique de l'Université de Lausanne. Transfert à la Confédération

Siehe Seite 240 hiervor — Voir page 240 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 2. Oktober 1968

Décision du Conseil national du 2 octobre 1968

*Differenzen — Divergences*

**Bundesgesetz — Loi fédérale**

*Art. 7, Abs. 2, 1. Satz*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

*Art. 7, al. 2, 1re phrase*

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national.

**M. Torche, rapporteur:** Comme vous vous en souvenez, nous avons remplacé hier, à l'article 7, sur la proposition des nos collègues MM. Wenk et Choisy, la phrase «à n'importe quel semestre», qui ne nous paraissait pas satisfaisante, par «après chaque examen propédeutique». Il est ainsi résulté une petite divergence de notre décision.

La commission du Conseil national s'est réunie hier pour l'examiner. Elle a fait diligence, car il était souhaitable que cette divergence fût liquidée le plus rapidement possible, de manière que la votation finale puisse intervenir encore au cours de la présente session.

Le Conseil national a repris le problème en séance de relevée. Il a admis que le nouveau texte adopté par le Conseil des Etats est plus précis et préférable au texte imprimé, mais à la suite de sa commission, il a préféré biffer purement et simplement les mots «à n'importe quel semestre». MM. Wenk et Choisy, avec qui j'ai pris contact, estiment que nous pouvons adhérer à la décision du Conseil national, la formule qu'il propose donnant toute satisfaction, et ainsi, la divergence serait éliminée.

Je crois savoir que M. le chef du Département de l'intérieur approuve également la nouvelle formule du

## **Polytechnische Schule der Universität Lausanne. Übernahme durch den Bund**

## **École polytechnique de l'Université de Lausanne. Transfert à la Confédération**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1968
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9893
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.10.1968
Date	
Data	
Seite	240-241
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 941

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

wenn die Koordination so weit gehen müsste, dass ein Uebergang von der einen Hochschule zur andern jederzeit möglich würde.

Stimmen Sie meinem Vorschlag zu, so schaffen wir zwar eine neue Differenz, aber nur eine kleine. Ich glaube, das Gesetz würde dadurch um so viel besser, dass sich der Aufwand lohnte.

**Jauslin:** Ich möchte den Vorschlag von Herrn Wenk unterstützen. Ich bin überzeugt, dass es sich nur um ein Versehen handelt. Es ist richtig, dass man diese Uebergänge nach den Prüfungen und nicht nach jedem Semester macht, weil das sonst eine vollständige Uebereinstimmung der Studienpläne bedingen würde.

**M. Choisy:** Comme président du conseil de l'Ecole polytechnique de Lausanne, je voudrais appuyer la proposition de notre collègue Wenk.

En effet, le projet de loi tel qu'il nous est soumis est beaucoup trop strict. Nombre de cours durent une année. Il est donc tout à fait vain de prévoir la possibilité de passer sans difficulté chaque semestre d'une école à l'autre. C'est toujours dommage d'inclure dans une loi une disposition qu'on aura de la peine à respecter. Aussi je me rallie à la proposition de M. Wenk en l'amendant cependant un peu. Il faut réserver toutes les possibilités. Dans ce cas on pourrait compléter le texte de M. Wenk en disant: «... de passer au moins après chaque examen propédeutique...», ce qui ouvre toutes les possibilités, mais ne crée l'obligation que pour le passage après les examens propédeutiques. Une telle formule serait peut-être plus facilement acceptée par nos collègues du Conseil national.

**Wenk:** Ich bin mit dem Antrag des Herrn Choisy einverstanden.

**M. Torche, rapporteur:** Je me permets d'abord de dire que je parle à titre personnel. Je n'ai eu connaissance de la proposition de M. Wenk, amendée par M. Choisy, que tout à l'heure. Par conséquent la commission qui a siégé à 9 heures moins le quart, ce matin, l'ignorait aussi.

Quant au fond, M. Wenk a raison. Du reste, l'intervention de M. Choisy le montrée, la formule «à n'importe quel semestre» n'est pas heureuse, semble-t-il, par les renseignements qui viennent d'être donnés et, par conséquent, la modification me paraît indiquée. Le seul ennui est que nous créons une nouvelle divergence. Dans ces conditions, il faut que le Conseil national et sa commission, siégeant aujourd'hui, liquident ce point jusqu'à demain. A mon avis, c'est faisable et je crois donc que la proposition de M. Wenk, amendée par M. Choisy, est la meilleure et, partant, nous devrions l'adopter, mais en étant bien conscients de cette divergence et dans l'idée qu'elle pourrait être liquidée dans les 48 heures qui viennent. En effet, si la loi n'était pas votée en votation finale vendredi, à la fin de cette session, cela retarderait son entrée en vigueur qui est prévue pour le 1er janvier 1969.

En résumé, je pense que le Conseil national peut voter le texte proposé par M. Wenk et amendé par M. Choisy, et que la divergence nouvelle pourra être éliminée jusqu'à la fin de la session.

**M. Barrelet:** J'appuie M. Choisy qui a amendé la proposition de M. Wenk non seulement dans l'intérêt des

étudiants, mais aussi pour la facilité de liquidation des cas qui sont soumis aux conseils des différentes écoles. Ne compliquons donc pas le texte législatif, nous devons le remettre sur la bonne voie et c'est pourquoi j'appuie cette proposition.

*Abstimmung — Vote*

Für den Antrag Wenk/Choisy

31 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**Vormittagssitzung vom 3. Oktober 1968**

**Séance du 3 octobre 1968, matin**

Vorsitz — Présidence: Herr *Wipfli*

## **9893. Polytechnische Schule der Universität Lausanne. Übernahme durch den Bund**

### **École polytechnique de l'Université de Lausanne. Transfert à la Confédération**

Siehe Seite 240 hiervor — Voir page 240 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 2. Oktober 1968

Décision du Conseil national du 2 octobre 1968

*Differenzen — Divergences*

**Bundesgesetz — Loi fédérale**

*Art. 7, Abs. 2, 1. Satz*

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

*Art. 7, al. 2, 1re phrase*

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national.

**M. Torche, rapporteur:** Comme vous vous en souvenez, nous avons remplacé hier, à l'article 7, sur la proposition des nos collègues MM. Wenk et Choisy, la phrase «à n'importe quel semestre», qui ne nous paraissait pas satisfaisante, par «après chaque examen propédeutique». Il est ainsi résulté une petite divergence de notre décision.

La commission du Conseil national s'est réunie hier pour l'examiner. Elle a fait diligence, car il était souhaitable que cette divergence fût liquidée le plus rapidement possible, de manière que la votation finale puisse intervenir encore au cours de la présente session.

Le Conseil national a repris le problème en séance de relevée. Il a admis que le nouveau texte adopté par le Conseil des Etats est plus précis et préférable au texte imprimé, mais à la suite de sa commission, il a préféré biffer purement et simplement les mots «à n'importe quel semestre». MM. Wenk et Choisy, avec qui j'ai pris contact, estiment que nous pouvons adhérer à la décision du Conseil national, la formule qu'il propose donnant toute satisfaction, et ainsi, la divergence serait éliminée.

Je crois savoir que M. le chef du Département de l'intérieur approuve également la nouvelle formule du

Conseil national. Je vous invite en conséquence, à titre personnel, car je n'ai pas eu la possibilité de réunir la commission, de faire vôtre le texte adopté à titre définitif par le Conseil national.

*Angenommen — Adopté*

## 9365. Finanzhaushalt. Bundesgesetz Finances de la Confédération. Loi

Botschaft und Gesetzentwurf vom 21. Februar 1968  
(BBI I, 471)

Message et projet de loi du 21 février 1968 (FF I, 491)

Beschluss des Nationalrates vom 27. Juni 1968  
Décision du Conseil national du 27 juin 1968

### Antrag der Kommission

Eintreten.

### Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles.

### Berichterstattung — Rapport général

**Oechslin**, Berichterstatter: Bis zum Vorliegen des Entwurfes vom 21. Februar 1968 über das «Bundesgesetz über den eidgenössischen Finanzhaushalt» fehlte für das Budgetrecht der Eidgenossenschaft eine zusammenfassende Kodifikation. Die einzelnen Bestimmungen fanden sich zerstreut in der Bundesverfassung, in Bundesgesetzen, Bundesbeschlüssen, Verordnungen und Dienstabweisungen. Dabei ist in den letzten Jahren der ständig sich ausdehnende öffentliche Haushalt so gross geworden, dass er das volkswirtschaftliche Geschehen in allen Sektoren nachhaltig beeinflusst. Die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden, die bereits über einen Fünftel des Bruttosozialproduktes beanspruchen, können so gesteuert werden, dass sie konjunkturausgleichend wirken und das volkswirtschaftliche Wachstum beeinflussen. Damit gewinnen die gesetzlichen Bestimmungen über die öffentlichen Finanzen und über die Finanzhaushaltsführung an Wichtigkeit.

Der vorliegende Entwurf verfolgt den Zweck, die heute bereits geltenden und praktizierten Grundsätze und Vorschriften über Budget und Rechnung in einem einheitlichen Erlass zu kodifizieren. Damit wird die Uebersicht und Einheitlichkeit erreicht und die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im praktischen Anwendungsbereich verstärkt und verbessert.

Der Wunsch und die Absicht, das Haushaltrecht zusammenfassend gesetzlich zu ordnen, ist schon so alt wie der Bundesstaat. Bereits in der ersten Budgetbotschaft für das Jahr 1849 und zum Vermögensstatus auf 31. Dezember 1848 wird der Erlass eines organischen Gesetzes über das gesamte Bundesfinanzwesen in Aussicht gestellt, das die sämtlichen Rechnungs- und Kontrollverhältnisse der Zentral- und Spezialverwaltungen zu regeln und festzustellen hätte. Und hundert Jahre später, mit der Botschaft vom 22. Januar 1948, erklärte der Bundesrat, er beabsichtige, ein Gesetz über den eidgenössischen Finanzhaushalt vorzulegen, welches die Grundsätze der

Haushaltsführung verankere. Ohne der Frage nachzugehen, weshalb ein solches Gesetz so lange auf sich warten liess, darf festgestellt sein, dass die Haushaltsführung des Bundes bisher nicht ungeregt war.

Bereits der Bericht des ersten eidgenössischen Finanzexperten, des Bankdirektors Speiser von Basel, legte besonderes Gewicht auf eine konstante Aufstellungsmethode, auf die Einheit, die genügende Detaillierung und die Bruttoveranschlagung. Wenn auch seit Bestehen des eidgenössischen Staatshaushaltes die vielen Spielregeln der Buchhaltung und Haushaltsführung verschiedenen Interpretationen, Lehrmeinungen und Praktiken ausgesetzt waren, so folgten doch Voranschlag und Rechnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft immer in hohem Masse den gesunden, grundlegenden Prinzipien der Wahrheit, der Klarheit und der Einheit. Das Fehlen einer gesetzlichen Haushaltordnung hat andererseits auch erleichtert, die Haushaltsführung laufend dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik und den rotierenden Zeitbedürfnissen anzupassen. So wurde im Jahre 1913 zur doppelten Buchhaltung übergegangen, 1940 der systematische Kontenplan eingeführt, 1948 zur Universalität und Einheit zurückgekehrt und von 1951 an der Verpflichtungskredit eingeführt und ausgebaut.

Die beiden Finanzkommissionen haben, in Berücksichtigung der stark steigenden Einnahmen und Ausgaben und der mit der Konjunktur bedingten Pendelausschläge und möglichen Schwankungen in einem Staatshaushalt, am 15. März 1965 den Bundesrat ersucht, je einen Gesetzentwurf für die Führung des Finanzhaushaltes und für die Finanzkontrolle auszuarbeiten und vorzulegen mit dem Ziel, die bewährte Praxis fester zu verankern und zu vereinheitlichen, unter Berücksichtigung der neuzeitlichen Erkenntnisse, ohne dabei in Erstarrung zu geraten. Bereits am 18. August 1965 hat die Eidgenössische Finanzverwaltung einen Vorentwurf herausgegeben. Die Finanzkommissionen haben diesen unter Beizug der Herren Professor Dr. R. Probst und Dr. Hans Letsch in mehreren Sitzungen beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen und die Stellungnahme der andern Departemente führte zum Entwurf vom 16. Mai 1966, welcher dem Vernehmlassungsverfahren zugeführt werden konnte. — Das eidgenössische Finanzkontrollgesetz konnte den eidgenössischen Räten schon am 25. November 1966 unterbreitet und am 28. Juni 1967 verabschiedet und auf den 1. Januar 1968 in Kraft gesetzt werden.

Nunmehr hat der Bundesrat dem Parlament auch den Zwillingbruder zur parlamentarischen Begutachtung und Annahme unterbreitet. Der Entwurf fand allgemein eine positive Aufnahme. Nur eine Vernehmlassung befürchtete, die rechtliche Unbeweglichkeit des Bundeshaushaltes werde durch eine gesetzliche Normierung noch verstärkt. Die Vorlage wurde im Nationalrat am 27. Juni 1968 behandelt und mit 103 Stimmen — ohne Gegenstimme — angenommen.

Die erweiterte Finanzkommission des Ständerates hat die Vorlage am 3. September 1968 in Bern beraten und den Gesetzentwurf als notwendig, zweckmässig und sehr gut befunden.

Die Systematik des Entwurfes zum Finanzhaushaltsgesetz umfasst 36 Artikel, gegliedert in 7 Abschnitte.

Im ersten Abschnitt werden nach der Umschreibung des Geltungsbereiches die für die Führung des eidgenössischen Finanzhaushaltes massgeblichen Grundsätze an die Spitze gestellt.

Das neue Gesetz regelt den gesamten Finanzhaushalt des Bundes, einschliesslich seine unselbständigen Be-

## **Polytechnische Schule der Universität Lausanne. Übernahme durch den Bund**

### **École polytechnique de l'Université de Lausanne. Transfert à la Confédération**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1968
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9893
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.10.1968
Date	
Data	
Seite	241-242
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 942

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vormittagssitzung vom 4. Oktober 1968  
Séance du 4 octobre 1968, matin

Vorsitz — Présidence: Herr *Wipfli*

**9893. Polytechnische Schule der Universität  
Lausanne. Übernahme durch den Bund  
École polytechnique de l'Université  
de Lausanne. Transfert à la Confédération**

Siehe Seite 241 hiervor — Voir page 241 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 2. Oktober 1968  
Décision du Conseil national du 2 octobre 1968

*Schlussabstimmung — Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 39 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**9898. Alters- und Hinterlassenen-  
versicherung  
Assurance-vieillesse et survivants**

Siehe Seite 227 hiervor — Voir page 227 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 2. Oktober 1968  
Décision du Conseil national du 2 octobre 1968

**I**

**Bundesgesetz betreffend Aenderung  
des Bundesgesetzes über die  
Alters- und Hinterlassenenversicherung  
Loi fédérale modifiant la loi  
sur l'assurance-vieillesse et survivants**

*Schlussabstimmung — Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 40 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**II**

**Bundesbeschluss über das Volksbegehren  
für den weiteren Ausbau  
von Alters- und Hinterlassenenversicherung  
und Invalidenversicherung**

**Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire  
en faveur d'une nouvelle amélioration  
de l'assurance-vieillesse et survivants  
et de l'assurance-invalidité**

*Schlussabstimmung — Vote final*

Für Annahme des Beschlusentwurfes 40 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat — Au Conseil national*

**9952. Änderung des Taggeldergesetzes  
Modification de la loi  
sur les indemnités de présence**

Siehe Seite 220 hiervor — Voir page 220 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 1. Oktober 1968  
Décision du Conseil national du 1er octobre 1968

*Schlussabstimmung — Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 41 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat — Au Conseil fédéral*

**Schluss des Amtlichen Bulletins der Herbstsession 1968**

*Fin du Bulletin officiel de la session d'automne 1968*

## **Polytechnische Schule der Universität Lausanne. Übernahme durch den Bund**

## **Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne. Transfert à la Confédération**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1968
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9893
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1968
Date	
Data	
Seite	254-254
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 944

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.